1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

RM

25. Juli 1986

Nummer 18/19

Legalisiert

von HELMUT WEISS

Mit einem anderen Begriff kann das Urteil des BVG in Sachen Parteispenden kaum bezeichnet werden. Bis zu 100000 DM steuerlich absetzbar: Allein diese Summe macht schon deutlich, welche Kreise da bevorzugt behandelt werden. Das wurde selbst in den abweichenden Voten zweier Richter klar.

Die politische Bedeutung des Urteils liegt aber nicht nur in diesem eindeutigen Fakt. Sie liegt auch darin, daß damit nachträglich ein Persilschein erteilt wird. Nicht im Sinne einer Amnestie wie sie einst Kohl und Spießgesellen wollten. Aber wohl in dem Sinne, daß die politische Einflußnahmen mittels Großspenden (die dann von anderen über das Steueraufkommen bezahlt werden müssen) offiziell gebilligt wird.

Das Urteil wird jedenfalls keineswegs nur dazu dienen, künftig legal Unternehmergeld auf Steuerzahlerkosten an die bürgerlichen Parteien fließen zu lassen ohne dunkle Umwege über Sammelvereine und was da alles ans Tageslicht gekommen war. Es wird auch dazu dienen, die noch anhängigen Prozesse verschiedenster Art, die in diesem Zusammenhang aufgelaufen sind, entsprechend zu beeinflussen.

Zwar gibt es keine nachträgliche Gesetzgebung, aber es gibt Rahmen, die gesteckt werden, und dieser in Karlsruhe gesteckte Rahmen paßt den Schmiergeldakrobaten sehr gut ins Konzept.

Nachdem von den ganzen gemachten feierlichen Versprechungen, selbst vom in anderen bürgerlichen Staaten absolut üblichen „gläsernen Abgeordneten" nichts aber auch gar nichts übrig geblieben ist, nachdem im Hauptprozeß um Flick alles im Sinne der Angeklagten vorangetrieben wird, wird dieser Rahmen sicher dazu dienen, endlich den so lange gesuchten Teppich über die ganze Schmutzaffäre, die ja nur eine Augenblicksaufnahme aus dem Bonner Alltag war, zu breiten. Das Urteil ist dafür der Besen.

Dementsprechend: Aufatmen überall, in Bonn und Koblenz, in Stuttgart und München — in all den Zentren des Geldumschlages wg. politischer Entscheidungen. Die Absichten, die die Bonner Parteien mit ihrem neuen Finanzierungsgesetz verfolgten, sind im wesentlichen verwirklicht worden, auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Steine von Herzen gefallen sein.

Zwar: Es werden immer neue Details öffentlich aufgedeckt darüber, wer alles wie am Politikerkauf beteiligt war, aber inzwischen ist auch schon ein gewisser Gewöhnungsprozeß eingetreten — die Zeit arbeitet für die Täter, und Maßnahmen sind ja keine ergriffen worden, Prozesse endlos verzögert.

Und: Es war ja nicht der erste Markstein, der erfolgreich gesetzt wurde. Einige Versuche sind zwar gescheitert, am deutlichsten, wie bekannt, der Amnestieversuch. Aber daß der Kanzler mit seinen Aussagen so glatt durchkam, war schon ein großer Schritt, das jetzige Urteil geht diesen Weg weiter.

Trotzdem: Die Linke sollte das Thema, was da so beschönigend „Parteispendenaffäre" genannt wird, zum Thema im kommenden Bundestagswahlkampf machen, sowohl allgemein, als auch konkret, bezogen auf entsprechende Kandidaten der verschiedenen Parteien. Dies betrifft in erster Linie Abgeordnete der Regierungskoalition — und profilierte rechte Sozialdemokraten.



Brennende Crossroads: Der Kampf in Südafrika bleibt auch unter dem „Ausnahmezustand" ungebrochen und auch trotz des Terrors des Rassistenregimes in Form solcher Brandstiftungen. (Auf Seite 13 dieser Ausgabe dokumentieren wir Beiträge zum Prozeß gegen die „6 von Sharpeville" und zu „Daimler Benz in Südafrika").

Blüm und der Abgrund

von HORST DIETER KOCH

Der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB und die Vorsitzenden von 15 Einzelgewerkschaften trafen sich am 17. Juli in Frankfurt mit der CDA-Spitze. Wichtiges stand auf dem Programm: die Rettung der Einheitsgewerkschaft. Blüm hatte sie zur atmosphärischen Vorbereitung des Treffens in verschiedenen Stellungnahmen ganz deutlich „am Abgrund" gesehen.

Nach dem Gespräch sah Blüm immerhin ein „Geländer gezogen". Der Grund für Blüms Zufriedenheit ist einsichtig. Diesem ersten Gespräch sollen bis zur Bundestagswahl weitere folgen. Blüm will bis zur Wahl die gewerkschaftsfeindliche Politik seiner Regierung vergessen machen. Blüm, um den Dialog mit den Gewerkschaften bemüht — das soll dem Fernsehpublikum in den nächsten Monaten vorgeführt werden.

Monika Wulf-Mathies beurteilt es durchaus zutreffend: Sie habe den Eindruck, daß die Sozialausschüsse sich weniger um die Einheitsgewerkschaft sorgten, als vielmehr den Versuch unternähmen, „die Gewerkschaften in bestimmten Punkten der politischen Auseinandersetzung zu neutralisieren."

In Wirklichkeit weiß Blüm genau, daß Einheitsgewerkschaft nicht einfach bedeutet, daß in ihr verschiedene Parteibücher friedlich koexistieren. Die Einheitsgewerkschaft, einschließlich CDU-orientierter Kolleginnen und Kollegen, streikte 1984 für die 35-Stunden-Woche und Blüm ließ den kalt Ausgesperrten das Kurzarbeitergeld sperren — egal welches Parteibuch sie in der Schublade hatten. Die Einheitsgewerkschaft, einschließlich CDU-Anhänger, demonstrierte gegen die gewerkschaftsfeindliche Änderung des § 116. Blüm peitschte sie durch. Er trat damit auch den Willen jener Arbeiterinnen und Arbeiter mit Füßen, die CDU gewählt hatten.

Nein, es besteht kein aktueller Bedarf, die Einheitsgewerkschaft durch Blüm definieren zu lassen. Sie bestimmt sich in der Realität des gewerkschaftlichen Kampfes. In der Realität dieses Kampfes hat Blüm sich nicht nur außerhalb der Einheitsgewerkschaft gestellt, sondern gegen sie. Es nützt dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft nicht, wenn durch Treffen wie das vom 17. Juli diese Tatsache aus dem öffentlichen Bewußtsein gedrängt wird.



MORGENLAND: Ein ausführliches Interview mit Nedim Hazar über fortschrittliche Kultur(-arbeit), Musik aus der Türkei und von hier. Schwächen und Stärken der Szene — auf den **Seiten 14/15.** **SCHMÜCKER-PROZESS:** „Die im Dunkeln sieht man nicht" — Karin Wagner über die Geschichte des „Falles Schmücker" bis zum jüngsten Prozeß auf **Seite 11.** **NEUE TECHNIK:** Konkret bei Siemens; ein Beitrag mit Faktenauswertung für eine konkretere Debatte über Auswirkungen usw. ist dieses Mal „zum thema" auf den **Seiten 7 - 10.**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Doppelnummer des „Roten Morgen" ist wieder einmal der Punkt erreicht. Der Urlaubspunkt nämlich. Die Redaktion (und auch die allermeisten Mitarbeiter) gehen in Urlaub (nach eigener Einschätzung: wohlverdient). Der nächste „Rote Morgen" die Ausgabe 20/21 von 1986 erscheint zum 5. September. Denjenigen, die auch noch in Urlaub gehen, wünschen wir schöne Ferien und gute Erholung für die vielen Dinge, die im Herbst und Winter anstehen — wer schon in Urlaub war: Nur nicht neidisch werden! (Bis zum 23. August ist das zentrale Büro nur „Notbesetzt", am besten schriftlich zu erreichen).

Mit sozialistischen Grüßen
Eure
RM-Redaktion

Altes Muster

Es ist wirklich ein altes Muster: Das Schema, nach dem der Besuch des pakistanischen Ministerpräsidenten in der BRD abläuft. Khan Junejo, der Abgesandte Zia ul Haqs, reiht sich ein in eine ganze Serie von Besuchern aus Diktaturen, die in diesem Jahr Bonn „die Ehre gaben".

Pakistan ist Frontland, mehr als andere, und deshalb sind die dortigen Zustände kein Thema. Nicht nur für die Regierung: Für die sind Militärdiktaturen sowieso kein Thema, vorausgesetzt, sie sind aus der richtigen Richtung.

Natürlich wurde weitere Hilfe zugesagt, wie sie auch nach Ankara und Santiago und ihn ähnliche Richtungen läuft. Daß solches Geld Junejo und Zia dazu dient, die wachsende Oppositionsbewegung im eigenen Land besser in den Griff zu bekommen, ist in Bonn nicht nur bekannt, sondern auch erwünscht.

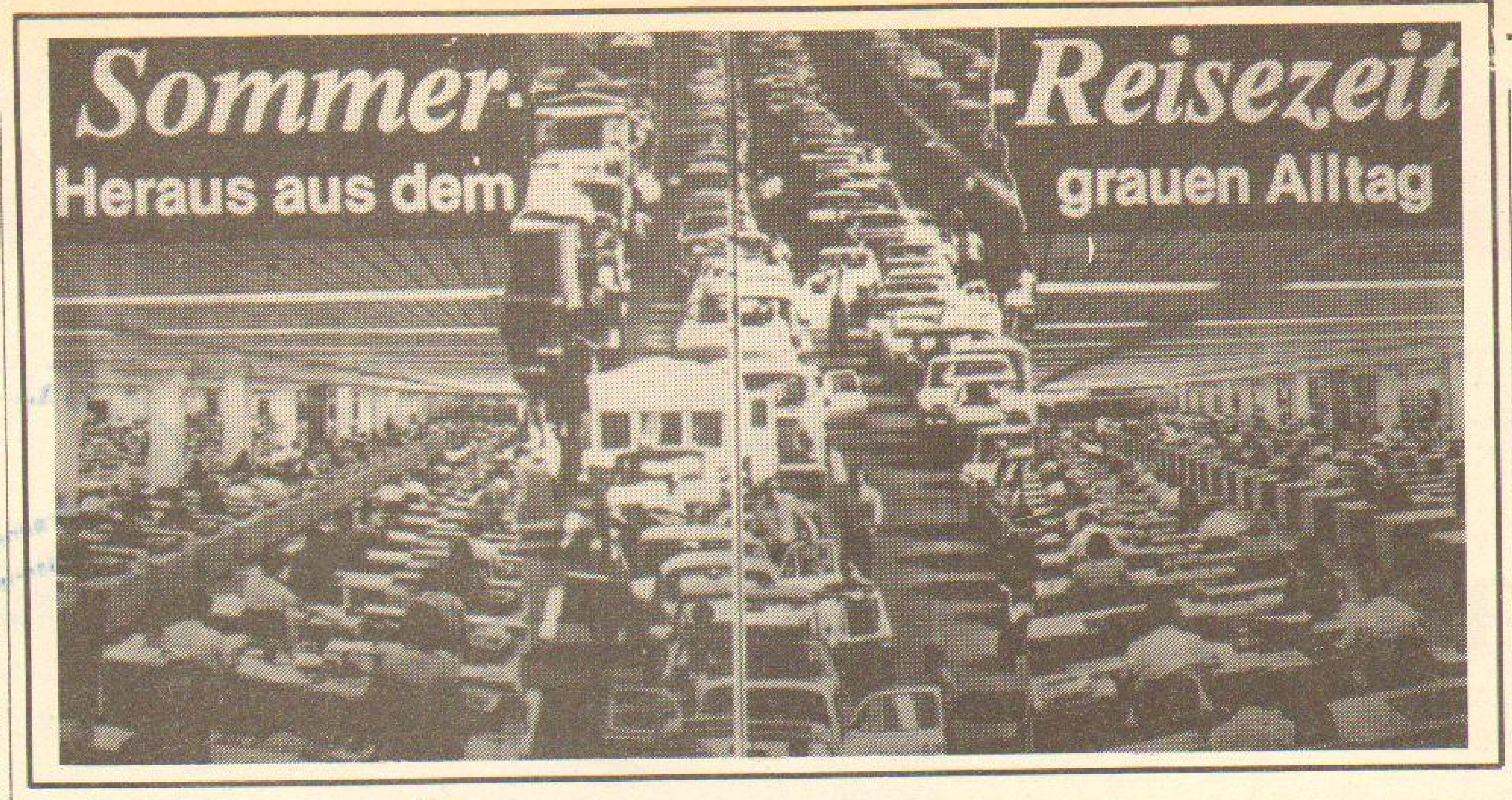
FDJ-Verbot

Vor 35 Jahren, am 26. 6. 1951 wurde die „Freie deutsche Jugend" verboten. Das Verbot der FDJ bildete den Auftakt zum späteren Verbot der KPD.

An das Verbot der FDJ wollte Anfang Juli die „Münchener Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend" mit einer Veranstaltung erinnern, bei der die Teilnehmer die blauen Hemden der FDJ, Embleme usw. trugen. Die Münchner Polizei nahm sämtliche ca. 100 Teilnehmer der Veranstaltung fest und brachte sie ins Polizeipräsidium. Begründung: Benutzung von Emblemen einer verbotenen Organisation.

5600

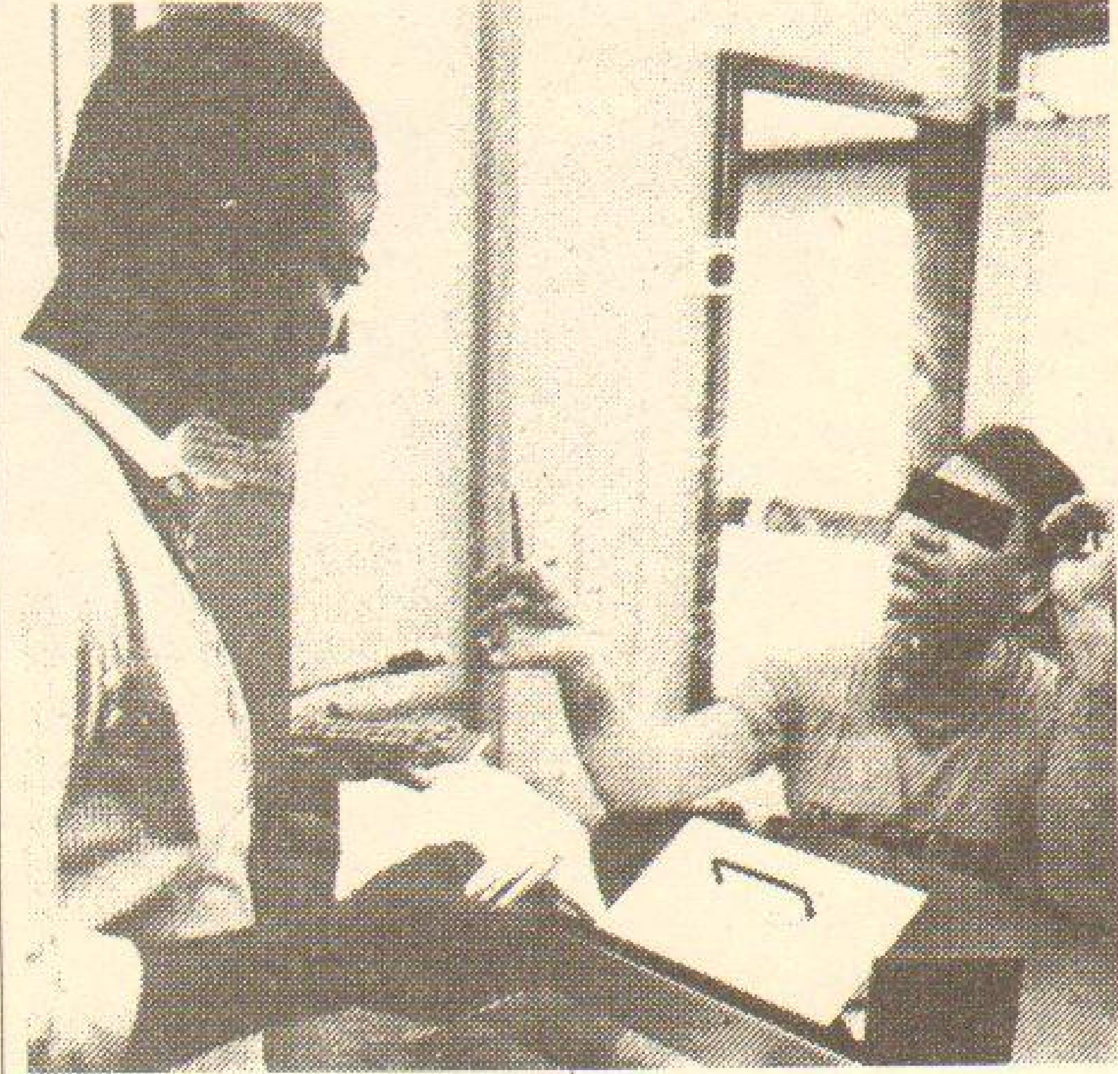
Strafverfahren sind bisher gegen Anhänger der Friedensbewegung eingeleitet worden, die mit Sitzblockaden oder ähnlichen Aktionen gegen die Stationierung der Atomraketen protestiert haben. In ca. 1300 Fällen ist es bereits zu Verurteilungen gekommen.



Das Abendland zeigt Zähne

Es ist nicht nur ein deutsches Problem. In den meisten westeuropäischen Ländern hat die Stimmungsmache gegen asylsuchende Flüchtlinge aus aller Welt in diesem Jahr extrem hohe Wellen geschlagen. Die skandinavischen Länder haben ihre Grenzen für diese Flüchtlinge praktisch dicht gemacht. Es ist auch nicht zu leugnen, daß gerade solche Maßnahmen wie die der skandinavischen Staaten Wasser auf die Mühlen der westdeutschen Reaktion sind.

Trotzdem hat die bundesdeutsche Hetzkampagne besonders erschreckende ideologische Untertöne. Zunehmend geht es nicht mehr nur um den angeblichen Mißbrauch des Asylrechts. Zunehmend geht es um die „Überfremdung" der Deutschen, um den drohenden „Untergang des Abendlandes", ja manchmal, so wie in



den Kommentaren zu dem Papier, das jetzt angeblich bei einem Libanesen gefunden wurde, entsteht sogar das Bild einer Art „Weltverschwörung" gegen die Deutschen. Die Wirtschaftssanktionen, die Dregger jetzt der DDR für den Fall angedroht hat, daß die Flüchtlingsbewegung nach Westberlin nicht abreißt, ist ein Mosaikstein in diesem Bedrohungsszenario.

Gleichzeitig häufen sich die Stimmen aus den Reihen der CDU/CSU, die über die in der Koalition beschlossenen Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts hinaus grundsätzliche Schritte fordern. Dabei geht es vor allem um die Aufhebung des Artikels 16 im Grundgesetz, der entweder ersatzlos gestrichen oder mit einem sogenannten Gesetzesvorbehalt versehen werden soll, der eine faktische Streichung des Asylrechts ermöglicht.

Das Abendland zeigt Zähne. Und zwar nicht nur den Asylsuchenden. Denn den Fremdenhaß, der hier geschürt wird, werden alle zu spüren bekommen, die von woanders kommen oder einfach anders sind als „der Abendländer" à la Dregger und Konsorten.

DGB fordert Boykott

Ernst Breit in Südafrika, zur gleichen Zeit eine massive Anzeigenkampagne des DGB, Thema beide Male: Gegen die Apartheid, für Wirtschaftsboykott gegen das rassistische Regime.

Eine Selbstverständlichkeit? Leider nein. Lange hat es gedauert, bis sich der DGB zu einer solchen Position durchringen konnte. Es ist noch nicht 10 Jahren, in den Auseinandersetzungen, die im Gefolge von Soweto entstanden waren, hing sich ein Eugen Loderer weit aus dem Fenster — gegen Sanktionen.

Eine Entwicklung, die ausgesprochen begrüßenswert ist — und alle diejenigen, die seit Jahren in diesem Bereich aktiv sind, stießen, mehr oder weniger vernehmlich, ein „endlich" aus.

Die offizielle Aufnahme von Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Gewerkschaften ist dann auch immerhin schon ein Schritt, der über Absichtserklärungen hinaus geht, die Anzeigenkampagne ist massiv, also keine Show.

In Betrieben und Gewerkschaften gab es bereits bisher zahlreiche Aktivitäten, die sicher auch für diesen nun gefaßten Beschluß ihren Teil beitrugen. Dieser Spielraum wird damit wesentlich erweitert.

Erweitert werden aber auch die Möglichkeiten all der Aktiven in diesem Bereich, gerade auch was solche Fragen betrifft, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit westdeutscher Konzerne mit dem rassistischen Regime in Pretoria.

Insgesamt: ein Fortschritt, der die Möglichkeiten der Arbeit vergrößert.

SDI-Auftrag

Nach Abschluß des SDI-Abkommens zwischen Bonn und Washington hat MBB jetzt den ersten Auftrag bekommen. Für 9 Mio. DM soll MBB zunächst die Funktionsfähigkeit eines neuartigen Infrarot-Meßgeräts nachweisen. Gelingt das, winken MBB unter Umständen weitere Aufträge im Wert von über 80 Mio. DM.

Der Streit zwischen den Koalitionsparteien und der SPD dreht sich — wieder einmal — um die Frage, ob die bundesdeutsche Industrie von den USA „mißbraucht" wird oder nicht. Die Regierungsparteien begrüßen selbstverständlich den Auftrag. Die SPD kritisiert ihn als „Roßtäuschertrick" — wegen des niedrigen Auftragsvolumens.

Ist der „Krieg der Sterne" inzwischen also zu einem ganz normalen Geschäft geworden? Wahlkampfthema nur noch insoweit, wie er westdeutsche Wirtschaftsinteressen berührt?

Eine solche Entwicklung wäre verheerend. Denn während hier bei uns über die Höhe von Auftragsvolumen gestritten wird, reisen in den USA der stellvertretende Verteidigungsminister Perle und der SDI-Chefwissenschaftler Yonas durchs Land und verkünden genau das, was die Friedensbewegung hier von Anfang an gesagt hat: daß SDI nämlich nicht zu dem Zweck entwickelt wird, um die Bevölkerung zu schützen, sondern um Amerikas Rückschlagskapazitäten zu sichern — als notwendige Ergänzung zu den Erstschlagwaffen Pershing und Cruise missiles also.

Ausländerwahlrecht

Die Landtagsfraktion der Grünen in Hessen hat jetzt einen Gesetzentwurf für das kommunale Wahlrecht für die ca. 250000 in Hessen lebenden Ausländer vorgelegt. Der Versuch in vorherigen Koalitionsgesprächen mit der SPD ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage zu erreichen, war vor einiger Zeit gescheitert.

Von daher sind die Aussichten, daß der Gesetzentwurf im hessischen Landtag eine Mehrheit finden wird, auch nicht sehr groß. Zwar gibt es vom SPD-Bezirk Hessen-Süd einen Parteitagsbeschluß für das kommunale Wahlrecht, die SPD-Landtagsfraktion ist aber gegen eine solche politische Initiative für das Ausländerwahlrecht.

Solidarität strafbar?

Auch in der zweiten Instanz wurde der Solidaritätsstreik von 89 Beschäftigten der Rheinisch-Bergischen Druckerei, mit dem die Belegschaft am 4. März 1983 die fristlose Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden verhindern wollte, für rechtswidrig erklärt. Laut Urteil des Düsseldorfer Landesarbeitsgerichts war dieser Streik durch das Grundgesetz nicht geschützt und damit rechtswidrig. Der Unternehmer sei in seinem Recht „am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb" verletzt worden. Damit bestätigte das LAG-Urteil auch die Verurteilung der Streikenden zu einer Schadensersatzleistung von rund 147000 DM in erster Instanz. Dieses Geld wurde inzwischen durch eine gewerkschaftliche Solidaritätskampagne, über die der RM mehrfach berichtete, aufgebracht. Das Düsseldorfer Landesarbeitsgericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Verfahrens Revision beim Bundesarbeitsgericht zugelassen.

280000 ohne Lehrstelle

Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, sah Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, als er den jüngsten Bericht zur Situation auf dem Lehrstellenmarkt präsentierte. Die Zahl der Ausbildungsplätze sei gegenüber der des Vergleichszeitraums des Vorjahres um 8 Prozent gestiegen, die Zahl der Bewerber dagegen um 3 Prozent gesunken. Für „Entwarnung" sah allerdings selbst Franke (CDU) keinen Grund.

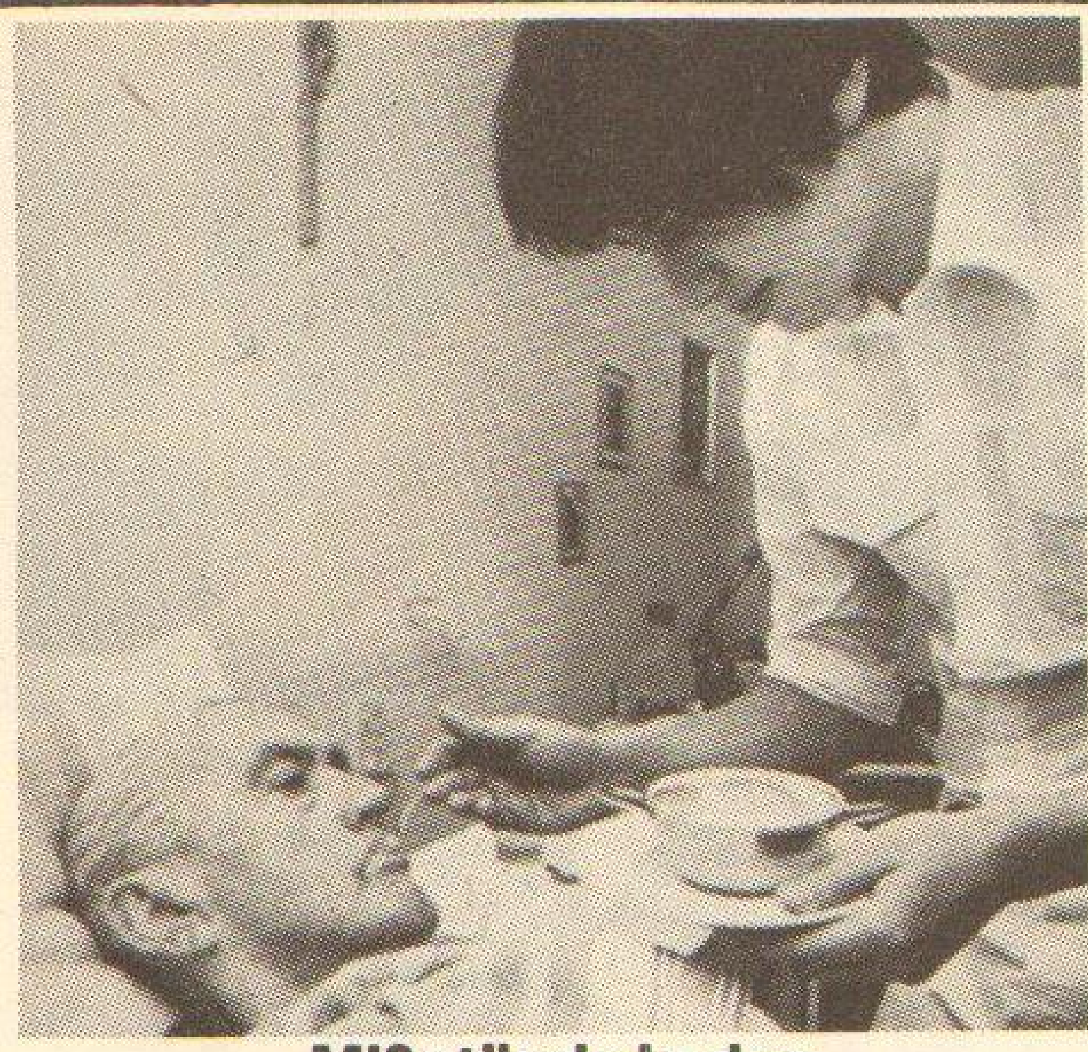
Dafür liefern Frankes Zahlen auch keinen Anlaß: Ende Juni waren bei den Arbeitsämtern 82800 offene Lehrstellen registriert, aber 226900 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Selbst die Bundesanstalt geht davon aus, daß tatsächlich rund 25 Prozent Jugendliche mehr einen Ausbildungsplatz suchen. Damit räumt Herr Franke immerhin ein, daß über 280000 ohne Ausbildungsplatz sind. Die Dunkelziffer aber dürfte noch einmal beträchtlich sein.

DPG Herbstaktion

„Sichert die Post — Rettet das Fernmeldewesen" — unter dieses Motto hat die Deutsche Postgewerkschaft ihre Herbstaktion gestellt. Zum Auftakt soll am 4. Oktober in Köln eine Großkundgebung von 10000 Vertrauensleuten stattfinden. Die DPG lehnt laut „Welt der Arbeit" die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken, den Einsatz neuer Netze, Dienste und Endgeräte ausschließlich unter ökonomischen Optimierungsgesichtspunkten ab. Mit der Herbstaktion will die Gewerkschaft erreichen, daß die Bundesregierung noch vor den Wahlen Klarheit über ihre Pläne in Bezug auf die Bundespost schafft. DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren: „Es drängt sich förmlich der Verdacht auf, daß wir und die Öffentlichkeit bis nach den Wahlen hingehalten werden sollen, damit denen möglicherweise mit einem konservativ-liberalen Wahlsieg im Rücken schnell Fakten gegen Bürger und Beschäftigte gesetzt werden können."

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.



Mißstände in den Krankenhäusern

Mindestens 15000 Stellen müssen nach Ansicht der ÖTV geschaffen werden, um eine ausreichende medizinische Versorgung in den Krankenhäusern sicherzustellen und die Pflegeschüler/innen vor Mißbrauch und Überforderung zu schützen. Auf einer Pressekonferenz am 17. Juli in Stuttgart kündigte die Gewerkschaft eine Kampagne gegen Mißstände in der Medizin an.

Auf der Pressekonferenz wurde deutlich, daß die 70000 kenweise die Ausbildungssituation So hat eine Umfrage an einem saarländischen Schicht- und Nachtdienste. Besonders schlecht ist strekkenweise die Ausbildungssituation. So hat eine Umfrage an einem saarländischen Krankenhaus ergeben, daß nur an drei von dreißig Stationen die Auszubildenden einen gezielten praktischen Unterricht bekämen. Nach Auffassung der ÖTV ist die BRD meilenweit von einem durch europäische Übereinkunft festgeschriebenen Standard entfernt, wonach auf 15 Auszubildende eine hauptamtliche Lehrkraft kommen soll.

Schließlich wirkt sich die miserable Ausbildungssituation für die Patienten gefährlich aus. Nach Auskunft der ÖTV müssen Auszubildende häufig vorschriftswidrig Spritzen geben, werden ohne entsprechende Schulung auf Intensivstationen eingesetzt. Eine Unterrichtsschwester bezeichnete es auf der Pressekonferenz als „alltägliche Situation", daß Druckgeschwüre und Lungenentzündung oft nur deshalb aufträten, weil das überlastete Personal sich nicht länger mit den bettlägerigen Patienten befassen könne.

NEUTRALIN®

Streikhemmendes Mittel
auf christlich-liberaler Basis

Anwendungsgebiet:

NEUTRALIN® wird angewandt, wenn „eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang gleich ist, ohne mit ihr übereinstimmen zu müssen, und das Arbeitskampfergebnis aller Voraussicht nach in dem räumlichen Geltungsbereich des nicht umkämpften Tarifvertrages im wesentlichen übernommen wird".

Dosierung:

Wenn von der Bundesregierung nicht anders verordnet, nach Belieben.

Eigenschaften:

NEUTRALIN® enthält den Arbeitskampfwirkstoff Aderlaß. Aderlaß bewirkt eine Entleerung der Streikkassen in der Regel schon nach kurzer Anwendungsdauer und hemmt damit die Erreger wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen zuverlässig.

NEUTRALIN® ist gut verträglich mit den Unternehmensrenditen, was sich wiederum günstig auf die Investitionsneigung auswirkt. Über eine Beeinträchtigung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs ist nichts bekannt.

Gegenanzeigen:

NEUTRALIN® kann unter Umständen in den ersten Tagen zu Reizungen und allergischen Reaktionen gegenüber Regierungsäußerungen führen, die in Staatsverdrossenheit umschlagen können. Gelegentlich werden auch sozialpartnerschaftliche Einstellungen vermehrt ausgeschieden. Bei längerer Anwendung können sich neben einer Nachfrageschwäche auch Schluckbeschwerden oder Erbrechen einstellen. In Einzelfällen können auch innere Unruhen mit fiebrigem Ausschlag auftreten, die vereinzelt mit Blutverlust verbunden sein können. Benachrichtigen Sie in diesem Falle unverzüglich den Innenminister. Es empfiehlt sich, den Loyalitätsspiegel der Gewerkschaften laufend zu beobachten.

Warnung:

NEUTRALIN® kann die Wähler soweit verändern, daß die Fähigkeit zur Führung der Regierungsgeschäfte beeinträchtigt wird. Dies gilt in verstärktem Maße bei Verwicklungen in Parteispendenaffären.

Ein Produkt aus dem Hause Blüm — Vertrieb: Bundesanstalt für Arbeit

Joachim Elsbach

Teures Kranksein

Zusätzlich zum monatlichen Krankenversicherungsbeitrag haben die gesetzlichen Krankenversicherten 1985 5,63 Milliarden DM bezahlen müssen. 1984 waren es 5,49 Milliarden und 1983 noch 3,743 Milliarden. Dickster Brocken dieser zusätzlichen Zahlungen waren 1985 die Selbstbeteiligungsausgaben (Zuzahlen bei Zahnersatz, Brille, Medikamenten, Krankenhausaufenthalt). Die Selbstbeteiligungen stiegen auf über 4,2 Milliarden DM. Hinzu kommen 1,42 Milliarden DM durch die Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen auf Lohnersatzleistungen (Krankengeld) und Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld u.a.).

Entscheidung in Manila?

Der sogenannte Operettenputsch wurde beendet — die allgemeine Einschätzung lautet, damit wäre die Frage einer Rückkehr von Marcos erledigt.

Dahingestellt, ob dies stimmt: Es ist nicht die Hauptfrage, denn auch ohne die Person Marcos ist eine Entwicklung in negativer Richtung denkbar. Wie größere Teile der Armeeführung und des Verteidigungsministeriums der Philippinen mit den Putschisten umgegangen sind, die Verabschiedung per Handschlag, das war ein deutliches Zeichen.

Die offensichtlich stattfindenden Gespräche zwischen Vertretern der Regierung Aquino und Beauftragten der Neuen Volksarmee haben bisher noch keine öffentlich bekannten Ergebnisse gebracht. Tatsache aber ist, daß Präsidentin Aquino bereits mit ihrer Amnestie für politische Gefangene auf massiven Widerstand innerhalb ihrer eigenen Regierung und der sie tragenden Kreise gestoßen ist. Minister Enrile und Armeechef Ramos haben verschiedentlich ausgesprochen deutlich gemacht, wer ihre Hauptfeinde sind, und Vizepräsident Laurel muß diesem Lager zugerechnet werden. Für sie sind Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei nur ein Manöver, um später eine bessere Begründung für einen erneuten Feldzug zu haben.

Alle diese politischen Kräfte agieren selbstverständlich auf der Grundlage politischer Fakten. Zwar wurde das Marcos-Eigentum enteignet, einige fanatische Anhänger des Exdiktators auch abgesetzt, aber die Überwindung der Marcos-Ära ist längst nicht abgeschlossen, vor allem deshalb, weil in der neuen Regierung genügend Kräfte vorhanden sind, die an den sozialen Zuständen, die die Diktatur hervorbrachten, nichts ändern wollen, gehören sie doch selbst zu den Reichsten im Land. Ihnen gilt auch die Unterstützung des US-Imperialismus.



Verhandelt mit der Neuen Volksarmee — „Cory" Aquino

Demo vor der US-Botschaft in Manila

Die Stimmen der rechtesten Kräfte im neuen Regierungslager werden gerade in den Tagen nach dem Putschversuch immer lauter — und offensichtlich wird es auch die Unzufriedenheit ärmerer Schichten, die auf mehr konkrete Maßnahmen verschiedenster Art gehofft hatten. Die KPP hat richtig gehandelt, als sie sich entschloß, sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen. Aber die Entscheidung zwischen diesen verschiedenen Tendenzen scheint schneller heranzureifen als zu erwarten gewesen war.

Kulturkampf in Düsseldorf?

Die Ersetzung des Staatssekretärs Kleiner durch seinen Nachfolger Besch im Kultusministerium wird von der CDU-Opposition als Fanal gewertet. Ein prominenter Gegner der Gesamtschule als Einheitsschule in NRW sei gegangen worden, um eine neue Kampagne für die Gesamtschule zu starten — so tönte es aus den Bänken der Opposition im Landtag. Das Thema wäre ihr wohl recht, hat sie doch in NRW ein Volksbegehren gegen die Coop-Schule gewonnen, und in dieser Frage sitt langem Bastionen aufgebaut.

Da schlagen Rau und sein Minister Schwier aber auch schon erbarmungslos dagegen: Es werde absolut keine Veränderung in der Gesamtschulpolitik in NRW geben, Punkt.

Was heißt: Weiterhin werden Eltern zähe mobilisieren müssen, um zu Gesamtschulen zu kommen. Und: Weiterhin wird von offizieller SPD-Seite aus jedenfalls wenig unternommen werden, um den ideologischen Kampagnen der Reaktion für Gymnasium und für Elitebildung etwas entgegenzusetzen.

Nicht nur, daß die heutigen Inhalte der Gesamtschulen schon lange sehr weit weg von dem einstigen — sozialdemokratischen — Ideal sind (und das wäre immerhin eine deutliche Verbesserung gegenüber allem, was es gibt), auch das Tempo ihrer Einführung wird real nur in der Auseinandersetzung zwischen reaktionärer Mobilisierung und Elterninitiativen ausgefochten.

Die CDU möchte gerne den neuen Düsseldorfer Kulturkampf, die SPD traut sich nicht, dagegen zu halten und paßt sich stattdessen weiter an (bayerische) Normen an. Folglich wird es ihn nicht geben, sondern weiterhin Punktsiege für die CDU und die Kirchen.

Katholikentag gegen § 218



Vom 10. - 14.9.86 findet in Aachen der diesjährige Katholikentag statt. Am 11.9. ist eine öffentliche Kundgebung geplant unter dem Motto: „Der Zukunft Zeugnis geben — Das Licht der Welt erblicken — Kundgebung für das Leben des ungeborenen Kindes." Gegen diesen erneuten Versuch der katholischen Kirche, den Kirchentag zur Mobilisierung gegen den reformierten § 218 zu benutzen, haben Frauen den Protest organisiert. Wir veröffentlichen im folgenden den Aufruf eines Aachener Aktionsbündnisses zu einer bundesweiten Protestdemonstration.

Im Herbst dieses Jahres, vom 10.-14. September, wird in Aachen der diesjährige Katholikentag abgehalten. Unter dem Schwerpunkt „Sozialer Katholizismus" kündigen die Veranstalter einen umfassenden Angriff gegen das Recht auf Abtreibung an. Damit setzt sich die Kirche einmal mehr an die Spitze einer Kampagne, die Frauen das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Mit ihnen ziehen alle konservativen Kräfte unserer Gesellschaft — Verbände, Parteien und Institutionen — an einem Strang, um Frauen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise an Heim und Herd zurück zu zwingen und sie so vom Arbeitsmarkt fernzuhalten.

Die Kirche reduziert die menschliche Sexualität auf die Fortpflanzung; eine Frau ohne Kinder hat demnach ihre Bestimmung verfehlt. Sogar bei einer ungewollten Schwangerschaft soll frau daher das Kind austragen und gegebenenfalls zur Adoption freigeben. Während die Kirche über die psychischen Folgen einer Abtreibung heuchelt, interessieren sie die einer solchen Mutterschaft nicht. Was steckt bloß dahinter? Menschen ohne freie Sexualität sind ihrer Persönlichkeitsentfaltung beraubt und daher leichter beherrschbar. Unsere Gesellschaft ist von Männern dominiert, ebenso wie die Kirche. Diese patriarchalischen Verhältnisse, in denen Frauen bevormundet und in der Abhängigkeit gehalten werden, verteidigt die Kirche.

Ist das Ungeborene erst geboren und die Frau Mutter, werden beide im Stich gelassen. Welch eine Heuchelei!

Ganz bewußt nehmen die Herren der Kirche in Kauf, daß jede Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung dazu führt, daß Frauen zunehmend zu Engelmachern getrieben, finanziell ausgebeutet und gesundheitlich gefährdet werden. Das bestehende Gesetz und erst recht eine Verschärfung unterstreichen die bestehende soziale Ungleichheit, zu der sich die Kirche bekennt: die Armen sind völlig ausgeliefert, die Reichen können allemal diskret und sicher abtreiben.

Nicht die einzelne Frau, die abtreibt, gilt es — wie es die Kirche tut — anzuklagen. Denn hinter jeder Abtreibung stehen die bestehenden unsozialen und sexistischen Verhältnisse. Daher gilt die Anklage dieser Gesellschaftsordnung, die Frauen ungewollte Kinder aufzwingt oder aber zum Verzicht auf Kinder treibt oder schließlich Frauen mit Kindern bloß Kinderfeindlichkeit entgegenbringt. Von der Verantwortlichkeit der Männer wird übrigens wenig gesprochen (welch ein Zufall). Wollen sie den Vorwurf des „Massenmords", wie ihn die Kirche gegen Frauen die abtreiben richtet entkräften, so müssen sie mit uns für das Recht auf Wunschkinder und auf Selbstbestimmung über unseren Körper und unsere Sexualität kämpfen.

Wir lassen uns nicht mundtot machen! *Die kleine, extrem konservative, katholische Stadt Aachen wurde ausgesucht, um die Stimmen, die sich gegen die Kirche erheben könnten, möglichst auszuschalten. Das Recht jeder Frau, über ihre Sexualität und ihren Körper zu bestimmen, ist ein Menschenrecht, das uns verweigert wird. Unsere Stimmen für das Recht auf Wunschkinder und gegen die sexuelle Unterdrückung der Frau durch die Kirche und die Gesellschaft sollen besonders an diesen Tagen möglichst laut werden!*

Darum rufen wir zu einer **bundesweiten Protestaktion auf, die am 13.9.1986** *in Aachen stattfinden soll. Kommt zahlreich!*
Treffpunkt: 12.00 Uhr am Markt/Rathaus.

Ersatzlose Streichung des § 218!

Kontaktadresse: Sozialistisches Zentrum, Heinzestr. 16, 5100 Aachen. Unterzeichnet von: Frauen gegen die Krise, Frauen helfen Frauen, Demokratische Frauen-Initiative, GIM und RSJ - Roter Maulwurf.

Absage an Pro-Atomkraft

Ohne offizielle DGB-Vertreter mußte eine Pro-Atomkraftveranstaltung auskommen, zu der der VEW-Betriebsrat 900 Betriebsräte aus Energieversorgungsunternehmen in der Dortmunder Westfalenhalle versammelt hatte. Gegen diese Jubelveranstaltung für Atomenergie hatte die Initiative „NRW-Gewerkschafter/innen für die Stillegung aller Atomanlagen" die Abgedruckte Anzeige in regionalen Tageszeitungen veröffentlicht. In der Halle wurden selbst SPD-Politiker, die sich vorsichtig für einen langfristigen Ausstieg aussprachen, ausgepfiffen. Tosenden Applaus erhielt dagegen Wallmann, der den Ausstieg aus der Kernenergie als „unverantwortbar" bezeichnete.

Der Betriebsratsvorsitzende von Biblis, Christian Rettweiler, kündigte an, daß von 250 in der ÖTV organisierten Beschäftigten 130 austreten würden, wenn es bei dem Hamburger DGB-Beschluß bleibe.

Am Tag vor der Veranstaltung gab es in Dortmund eine Demonstration mit ca. 300 Teilnehmern, die sich insbesondere dagegen richtete, daß Hamm-Uentrop wieder in Betrieb genommen worden war. An dieser Demonstration nahmen auch Bauern teil, die eine Woche lang vor dem Hochtemperaturreaktor eine Blockade durchgeführt hatten.

Vor dem Zugang zur Pro-Atomveranstaltung bildeten Gewerkschafter und Bauern gemeinsam ein Spalier, durch das die Atomkraftbefürworter durch mußten. Dabei mußten sie einen symbolischen Hauptschalter passieren, der geradezu verlangte, abgeschaltet zu werden. Nach Beginn der Pro-Atomkundgebung gab es noch einen Protest mit zwanzig Schleppern zum Dortmunder VEW-Gebäude.



Absage an Pro-Atomkraft-Veranstaltung des VEW-Betriebsrats

NRW-Gewerkschafter/innen für die Stillegung aller Atomanlagen

Wir sind empört, daß der Gesamtbetriebsrat der VEW heute in der Westfalenhalle eine Jubelkundgebung für Atomkraftwerke veranstalten will. Wir meinen:
Mit der Katastrophe von Tschernobyl ist der Traum von der sicheren und beherrschbaren Atomkraft endgültig verglüht. Der jüngste Störfall im Atomkraftwerk Hamm hat bestätigt: Alle Atomkraftwerke der Welt sind eine Gefahr für uns. Wir wissen: Eine alternative Energieversorgung schafft Hunderttausende von sicheren Arbeitsplätzen; Arbeitsplätzen ohne Strahlenrisiko. Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ist machbar, wenn sich genügend Menschen aktiv dafür einsetzen.

Wir rufen daher alle Kolleginnen und Kollegen auf:

- Beteiligt Euch an dem Volksbegehren zur Stillegung aller Atomanlagen in NRW!
- Das sicherste Atomkraftwerk ist ein stillgelegtes!
- Laßt Euch nicht länger von der Atomlobby ködern!
- Wer zu Jubelfeiern für Atomkraft fährt, handelt gegen sein eigenes Interesse!

Anette Schnoor, Stamatia Knüpfer, Gisela Herzog, Anne Chiki, Christa Messingfeld, Friedhelm Herrmann, Hermann Schulz, Hans Ilg, Betriebsratsmitglieder Siemens Witten; Reinhard Schulte, Friedhelm Unger, Verena Weinzierl, Christina Wommelsdorf, Siegrid Wildraut, Uli Volmerhaus, Mitglieder des IGM Vertrauenskörpers Siemens Witten; Heinz Schumacher, IGM Bochum; Sturmi Sievers, Klaus Böcking, Hoesch Dortmund; Ulrich Bahro, IGM/VKL/BR Castrop-Rauxel; Dietrich Lohmeyer, ÖTV Hennef; Anne Böcking, Günter Erbslöh, IG BSE Dortmund; Rolf Euler, RAG Recklinghausen; Paul Köhler, IGM VK Duisburg; 12 Kolleginnen und Kollegen der IG Chemie Wuppertal; Ulrich Franz, BR, Sabine Steiner, Rainer Diebel, Klaus Aunuß, BR, Beatrix Sassermann, BR, Dieter Kirschbauen, Christine Bull, BR, Tonia Sowka, Jörg Fuchs, Hans Hörg Haase, Peter Rauh, Peter Großmann, BR, Rainer Schlegen, JV, Mitglieder der IG Chemie Wuppertal; Klaus Stahl, ÖTV Wuppertal; Detlef Lowin, IGM VK; Werner Buber, IGM Wuppertal; Reimer Schnoor, A. Haj. Kheder, Wolfgang Schaumberg, G. Wieczorek, Opel Bochum; Marianne Hürten, BR, Klaus Roth, BR, Addi Perschul, BR, IG Chemie Leverkusen; Ludger Humbert, IGM Hagen; Daniel Kreutz, IGM Köln; Initiative Kölner Gewerkschafter für Frieden, gegen Rüstung und Sozialabbau; Peter Junker, dju Köln; Rudi Preuß, Hannes Fischer, Bernd Ostermann, Ulrich Middendorf, Reinhard Scharff, Ali Dagdeviren, Heike Mustroph, Brigitta Beier, Klaus Lenser, Brigitte Bömer, Manfred Stuhm, Hans H. Hücking, Wille Juhls, Richard Kelber, Klaus Bechtloff, Peter Zimmermann, Mitglieder der GEW Dortmund; Manfred Krüger, Dortmund; Achim Brenneis, HBV Dortmund; Peter Bösch, Adelheid Seehoff, Irmgard Füsers, Andreas Neumann, Nico Skrotzki, Ingrid Krutzki, Gabriele Kukelke, Uschi Reinke, Mitglieder ÖTV Dortmund; Jürgen Hill, Ulrike Roggenbruch, Dortmund; Rüdiger Wessel, IG BSE Dortmund; Monika Liesegang, DPG Dortmund; Sebastian Müller, ÖTV Dortmund; Norbert Bömer, BR, Hartmut Simon, BR, Hoesch Dortmund; Georg Spitz, IGM; Fritz Wopker, IGM Dortmund; Karl Suttner, BR, IGM Unna; Anna Schulte, BR, IGM Hattingen; Norbert Wagner, IGM; Ulrich Skoda-Dopp, IGM Duisburg; Anette Bruhland, BR, IGM Köln; Volker Huft, BR, IGM Bochum; Karl Heinz Gralow, BR, IGM Wetter; Winfried Kaiser, VK, IGM Bochum; Sissi Banos, IGM Bochum; Klaus Paukstadt, Klaus Richter, Fanz J. Schloote, Bruno Urbanski, Betriebsräte Mannesmann Duisburg; Ute Schmitz, ÖTV Bochum; Jürgen Zindel, ÖTV Bochum; Michael Schlickwei, OTV Münster; Hans Müller, HBV Köln; Sabine Dopp, ÖTV Duisburg; Michael Ruhland, DGB, Ortsvorst. Radevormwald; Michael Podubrin, Michael Lange, Heike Distel, IGM Oberhausen; Conny Schiemanowski, GEW Oberhausen; Anne Quadflieg, BR, Gisela Notz, BR, Günter Schultze, Barbara Thumd-Senft, Theo Büler, Mitglieder ÖTV Bonn; Uli Buchholz, ÖTV Niederkassel; Josef Senft, GEW Bonn; Wolfgang Wiskus, IGM Bonn; Hermann Dirkes, VKL IGM Duisburg; Charlotte Weyers, ÖTV Duisburg; Wolfgang Zimmermann, PR ÖTV Langenfeld; Ina Riepe, Witten; Annelie Vierhues, ÖTV Hagen; Wolfgang Siegel, ÖTV Kreisvorst. Dortmund; Albert Schulte, GEW Dortmund; Helmut Born, BR, HBV Düsseldorf; Klaus Schilp, IG BSE Düsseldorf; Lutz Reimers, ÖTV VK Düsseldorf; Almut Euler, ÖTV Recklinghausen; Wolfgang Dropmann, ÖTV Münster; Anne Friedrich-Knörr, HBV Dortmund.

V. i. S. d. P.: Norbert Bömer, Nathmerichstraße 19, 4600 Dortmund 41

Barbarisch

In den USA wartet ein 16jähriges Mädchen darauf, getötet zu werden. Paula Cooper wurde im Staat Indiana zum Tode verurteilt, weil sie eine 78jährige Frau in ihrem Haus überfallen und mit zahlreichen Messerstichen getötet hat.

Charles Rumbaugh war zum Zeitpunkt der Tat, deretwegen er zum Tode verurteilt wurde, 17 Jahre. Er wurde vor einiger Zeit im Alter von 28 Jahren in Texas durch die Todesspritze hingerichtet.

Die Todesstrafe gibt es in 37 der 50 US-Staaten. Die Altersgrenze, die das Gesetz für die Verhängung der Todesstrafe bei Mord vorsieht, ist in den einzelnen US-Staaten unterschiedlich. Die niedrigste Altersgrenze beträgt 10 Jahre.

Seit 1976, als der Oberste Gerichtshof der USA Hinrichtungen für verfassungsgemäß erklärte, darf in Amerika wieder „im Namen der Gerechtigkeit" gemordet werden. 61 Menschen wurden seitdem getötet.

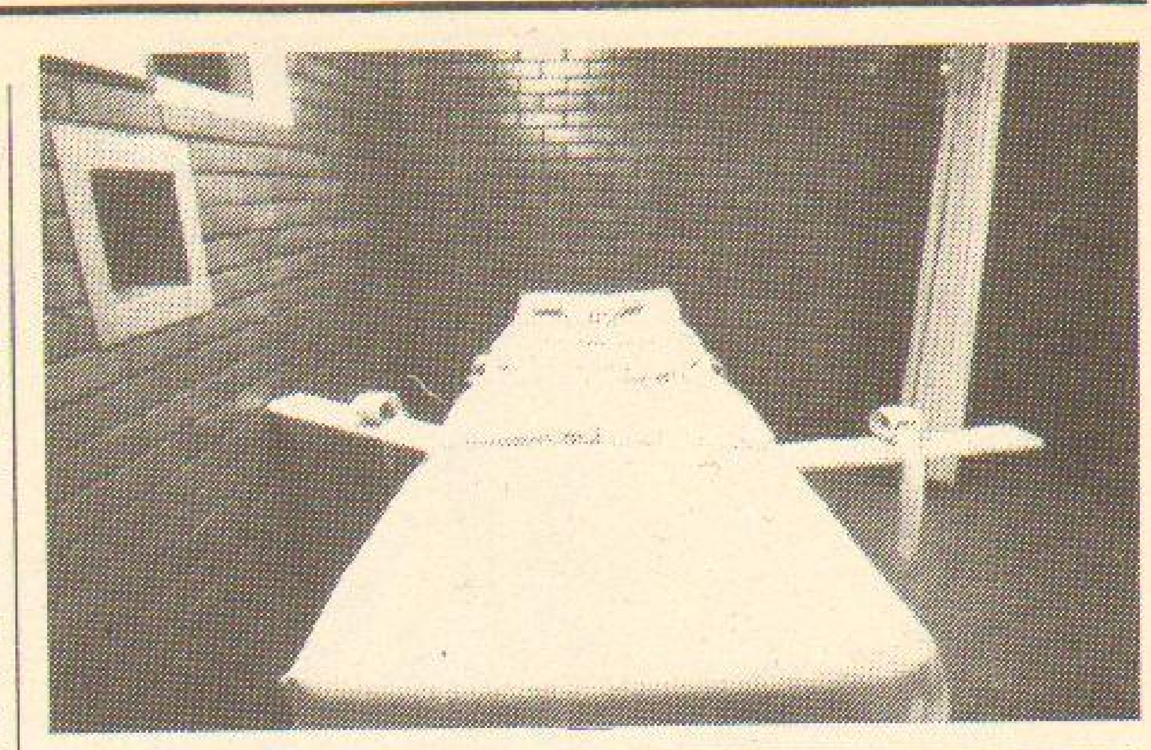
Dementi

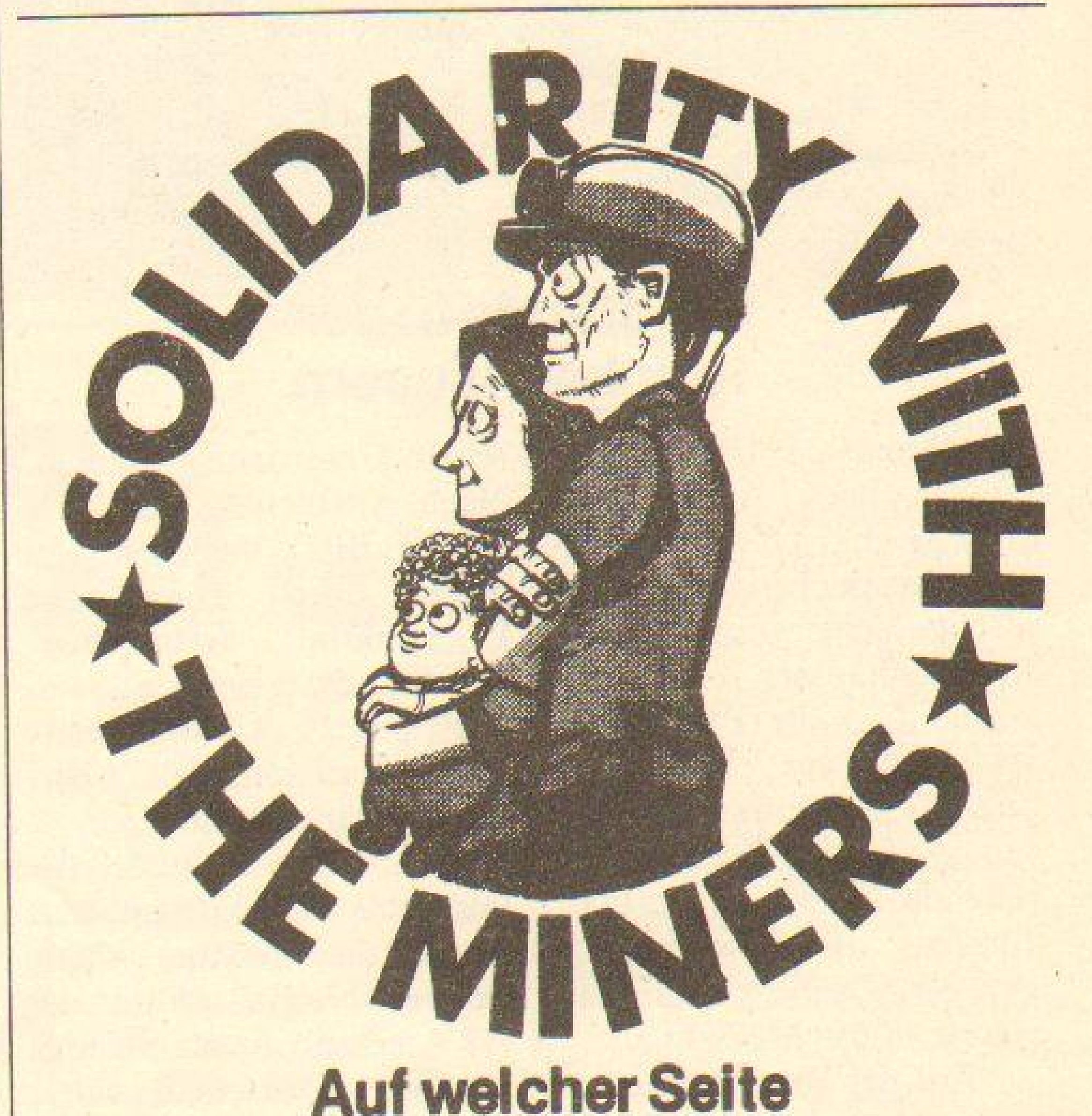
Die WDR-Sendung Monitor enthüllte die Existenz von technischen Plänen, die die Umwandlung des Airbus-Typs 320 zum U-Boot-Jäger beinhalteten. In der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Wehrtechnik" erläutert Karl-Heinz Allgaier, Hauptabteilungsleiter beim Airbus-Gesellschafter MBB, Überlegungen, den Airbus als „luftgestützte Plattform" für Raketenabwehrsysteme im Rahmen der sogenannten „Europäischen Verteidigungsinitiative" einzusetzen.

Die Deutsche Airbus-GmbH aber dementierte ungerührt jede Absicht, ins Rüstungsgeschäft einzusteigen.

Eingesperrt

Der „Rote Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten, beschäftigt sich in seiner neuesten Ausgabe u.a. mit der leidigen Frage der SIPASS-Drehtore. Diese Drehtore öffnen sich nur nach Einschieben der Betriebsausweiskarte. Gegen ihre Einrichtung war der Betriebsrat vor die Einigungsstelle gegangen und unterlegen. Allerdings gab es den Teilerfolg, daß mit der Installation der Tore keine automatische Zeiterfassung verbunden ist. Außerdem kam es zu den für Siemens günstigen Etappensieg, weil die Geschäftsleitung darauf verweisen konnte, daß ein Tor frei bleibe und daß Belegschaftsmitglieder, die nicht die SIPASS-Tore benutzen wollen, dieses Tor benutzen könnten. Jetzt soll auch dieses Tor dicht gemacht werden. Kommentiert die Betriebszeitung: „Wie man hört, hat der Betriebsrat das zusätzliche Tor abgelehnt. Das wäre ja auch noch schöner: total kontrolliert — auf Gedeih und Verderb 8 3/4 Stunde hier eingesperrt. Wenn wir streiken wollen, müssen wir über die Zäune. Wenn Siemens aussperren will, reicht es, die Tore zu sperren, ob nun für alle, für eine Abteilung, für einzelne, wie immer die Herren wollen ..."





Auf welcher Seite stehst du?

Streik der britischen Bergarbeiter: Buch über die Solidaritätsbewegung in der BRD erschienen

„Support the miners — Stop pit closures — NUM" — diese Aufkleber sind noch in gutem Gedächtnis. Nun hat Joe Holmes, der monatelang während des englischen Bergarbeiterstreiks in Deutschland für Solidarität warb, in Zusammenarbeit mit dem Wuppertaler „Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter" ein Buch herausgegeben, das wir den Lesern nur dringend empfehlen können.

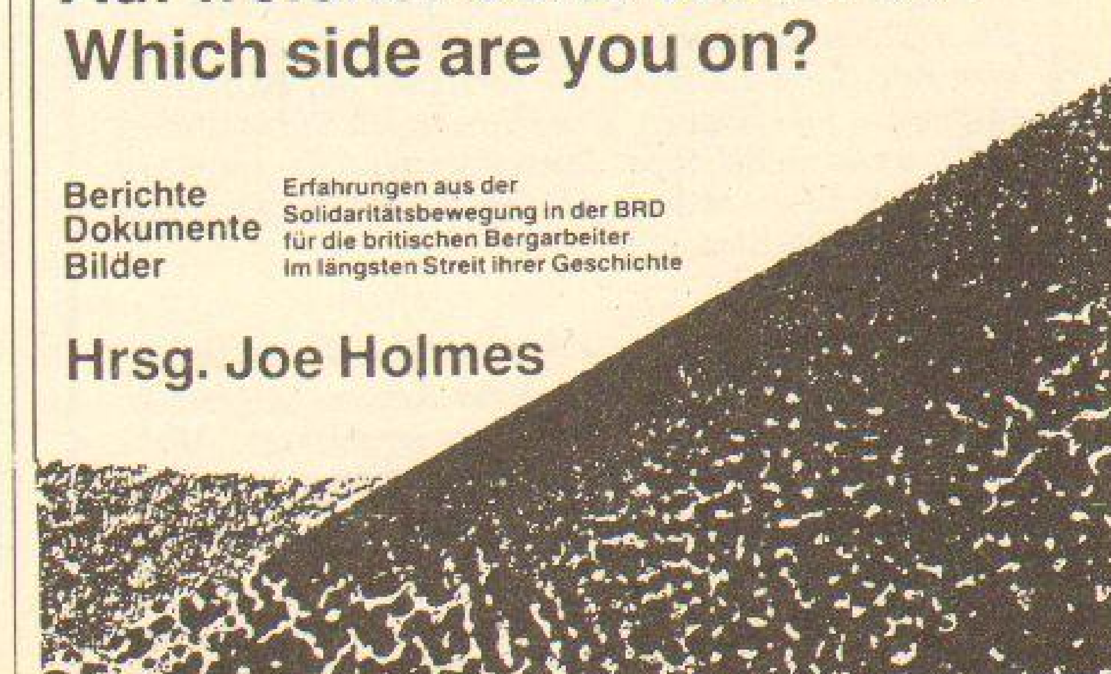
Es bietet eine Auswahl von Berichten der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik, besonders aber auch eine Einschätzung der offiziellen Reaktion der westdeutschen Gewerkschaften. Lebendig wird erneut, wie wichtig für die britischen Kumpel die internationale Solidarität wurde. Klar wird an Dokumenten deutlich gemacht die streikbrecherische Rolle der IGBE-, DGB- und IGM-Vorstände, die alles taten, um die Solidaritätsbewegung in ihnen genehme Bahnen zu lenken — nämlich weg von einer Unterstützung des Streiks und seiner Ziele zu einer „humanitären" Unterstützung der notleidenden Familien.

„Wich side are you on?" — „Auf welcher Seite stehst du?" — so der Titel und die berechtigte Frage der kämpfenden britischen Kumpel an ihre europäischen Kollegen. Das Buch enthält neben π Berichten des Koordinationsbüros und des Solidaritätsbewegung aus mehreren Städten einige Reden der großen Kundgebung vom 9.3.85 in Duisburg, eine ausführliche Dokumentation „Gewerkschaftliche Solidarität und offizielle Gewerkschaftspolitik" mit guten Kommentaren und zwei Artikel von Joe Holmes über die Geschichte der NUM und die Situation der Bergleute nach dem Streik. Und noch etwas: Der Erlös des Buches wird auf den Miners Solidarity Fund in Sheffield überwiesen — der Kauf ist also ein weiteres Stückchen Solidarität auch nach dem Streik!

Das Buch bitte per Vorkasse bestellen mit Hilfe des deutlich geschriebenen Überweisungsformulars (genaue Anschrift) auf das Konto:

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal
BLZ 330 110 11
Konto-Nr. 2015 1233 01
Vermerk „Buch"
Der Preis beträgt 15,80 DM zuzüglich 2,— DM Versandkosten, die auch bei Mehrfachbestellungen zu überweisen sind.

Rolf



Antifaschisten in NRW beschließen:

• Kampagne für sofortiges Verbot und Auflösung der FAP geht weiter
• Kandidatur von Naziparteien zur Bundestagswahl soll verhindert werden

Anfang Juli trafen sich in Duisburg Vertreter verschiedener antifaschistischer Initiativen, Foren und Parteien aus NRW, um eine erste Bilanz der Demonstration für Auflösung und sofortiges Verbot der FAP vom 21.6. zu ziehen und das nächste NRW-weite Treffen antifaschistischer Organisationen vorzubesprechen.

Als Reaktion auf die nach der Demonstration von Landesinnenminister Schnoor vorgebrachte Absicht, sich wegen der Einleitung eines Verbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht an den Bundesrat zu wenden — Bundesinnenminister Zimmermann hatte kurz vorher erklärt, er werde in dieser Hinsicht nichts unternehmen — verabschiedeten die Anwesenden den Entwurf einer Erklärung, die nachstehend veröffentlicht ist. (Sie soll noch dahingehend ergänzt werden, daß die Ablehnung eines Abschiebens der Angelegenheit auf die Bundesbehörden stärker hervorgehoben wird.)

Die Unterschriftensammlung fürs FAP-Verbot geht weiter. Nicht nur von der VVN-gestützten „Landesweiten Initiative", sondern von allen wesentlichen Organisationen wird weiter gesammelt. Noch ist ja auch das Ziel der Kampagne bei weitem nicht erreicht.

Die KPD unterstützt die Weiterführung der Kampagne ebenso wie die geplanten Aktionen, die auf die Verhinderung der Kandidatur faschistischer Parteien zur Bundestagswahl gerichtet sind. Wir setzen uns dafür ein, daß eine solche Politik nicht auf NRW beschränkt bleibt.

Das nächste Koordinierungstreffen findet am 12. September, das nächste große „Ruhrgebietstreffen" am 25. Oktober statt, ausgerichtet diesmal von Recklinghäuser Antifaschisten. (Näheres dazu folgt auch noch im RM.) Anders als bisher, sollen auf dem Treffen am 25.10. Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen wichtige Fragen antifaschistischen Kampfes in dem inzwischen doch breiter gewordenen Kreis diskutiert werden können.

Erklärung des Koordinationsausschusses des Treffens antifaschistischer Initiativen NRW

Ende Juni hat der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) Bundesinnenminister Zimmermann aufgefordert, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der faschistischen Organisation FAP zu stellen. Wenn die Bundesregierung dies nicht tut, so will die nordrhein-westfälische Landesregierung einen entsprechenden Antrag im Bundesrat einbringen.

Innenminister Schnoor stellt in seinem Brief fest, daß die FAP „neonazistische Propaganda" verbreitet. Dies hat das nordrhein-westfälische Innenministerium noch vor kurzem bestritten, offensichtlich ist diese Aussage ein Ergebnis der wachsenden Auseinandersetzung antifaschistischer Kräfte mit Organisationen wie der FAP. Erst am 21.6. demonstrierten mehrere tausend Antifaschisten unterschiedlicher politischer Richtungen in Duisburg für Auflösung und sofortiges Verbot der FAP.

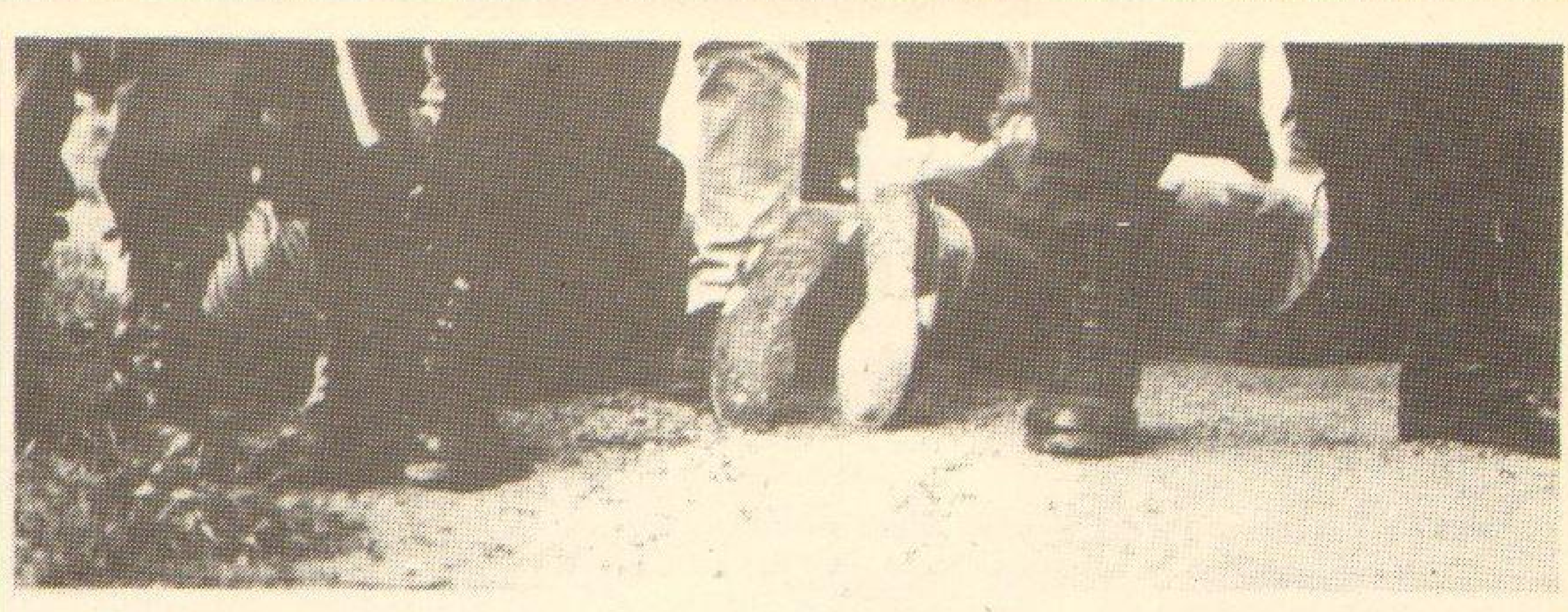
Dennoch ist die Initiative des Landesinnenministers zweischneidig. Warum will Innenminister Schnoor die FAP als **verfassungsfeindliche** Partei vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen, anstatt die sofortige Auflösung der FAP als Nachfolgeorganisation der NSDAP zu verlangen, wie es die Bestimmungen des Alliierten Kontrollrats zur Befreiung des deutschen Volkes vorsehen? Diese Kontrollratsbestimmungen sind auch nach der Meinung namhafter Juristen keineswegs veraltet, Art. 139 des Grundgesetzes bestätigt ausdrücklich ihre Gültigkeit.

Durch die Forderung eines Verbots beim Bundesverfassungsgericht erkennt Innenminister Schnoor stattdessen indirekt an, daß die FAP eine legale Partei ist. Bundesinnenminister Zimmermann hat bereits erkennen lassen, daß er einen entsprechenden Antrag nicht stellen will, aber selbst wenn ein solcher Antrag zustande käme: Das Ergebnis eines solchen Verbotsverfahrens wäre unsicher, eine Entscheidung würde sich über Jahre hinziehen. Dies würde der FAP viel Spielraum geben, ihre faschistische Hetze fortzusetzen.

Wir übersehen auch nicht, daß der Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit" nach Art. 21 Grundgesetz — auf diesen Art. beruft sich der Landesinnenminister — oft gerade gegen fortschrittliche Kräfte verwendet wird. Vor genau 30 Jahren wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht als „verfassungsfeindlich" verboten. Bei der Beratung des Antrags auf Prüfung einer Möglichkeit des Verbots der FAP im Landtag, der im November 1985 beschlossen wurde, hat die CDU nicht zufällig auch ein schärferes Vorgehen gegen Kommunisten, gegen „Linksextremisten" verlangt. Wir wehren uns aber entschieden gegen jede Gleichsetzung von „rechts" und „links", gegen jede Gleichsetzung von Opfern und Tätern faschistischer Politik.

Wir fordern den Landesinnenminister deswegen erneut auf, gegen die FAP als faschistische Organisation selbst initiativ zu werden. Eine Landesregierung kann Nachfolgeorganisationen der NSDAP in ihrem Bereich auflösen und verbieten, sie ist hierzu verpflichtet. Wir wissen, daß dieser Standpunkt auch von namhaften SPD-Politikern und Juristen vertreten wird, wie ein Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt von Ende letzten Jahres bestätigt.

Wir fordern die Landesregierung desweiteren dazu auf, eine Kandidatur der FAP oder anderer faschistischer Organisationen zu den kommenden Bundestagswahlen nicht zuzulassen und in diesem Sinne auf die Bundesregierung einzuwirken. Wir werden unseren Druck in dieser Richtung verstärken und die begonnene Zusammenarbeit fortsetzen.



„Geiselnahme" — ohne Konsequenzen?

Nach drei Sitzungen, die zusammen fast einen Tag dauerten, legte der Innenausschuß der Hamburger Bürgerschaft einen Bericht vor über die Ereignisse vom Juni auf dem Heiligengeistfeld, die inzwischen als „Hamburger Kessel" in die politische Debatte eingegangen sind.



Der Bericht unterstreicht, daß die Einkesselung der Demonstranten spätestens nach zweieinhalb Stunden (?) unrechtmäßig war. Abgesehen davon, daß es schon Polizeiologie bedarf, um eine zweistündige Einkesselung zu rechtfertigen, ist der Bericht insgesamt eine eindeutige Anklage gegen die angewandten Methoden der Hamburger Polizei. Die Aktion sei „menschenunwürdig und unrechtmäßig", lautet die zusammenfassende Bewertung des Berichts des Innenausschusses der Bürgerschaft. Dies ist auf rund 850 Seiten Sitzungsprotokollen und Dokumenten belegt.

Da werden nochmals alle Übergriffe und Schikanen, Demütigungen und Verletzungen zusammengetragen, die in jenen Stunden passierten. Während aus den verschiedensten Zeugenaussagen das Bild einer hemmungslos agierenden Polizeitruppe sichtbar wird, verhedderten sich auf der anderen Seite zahlreiche Polizeizeugen in Widersprüche gegeneinander und die Hamburger Polizeiführung. Diese zog denn auch ihre eigene Konsequenz: Sie verweigerte bei der 3. Sitzung des Ausschusses Erscheinen und Aussage.

Obwohl der Bericht all diese Tatsachen, die zunächst von behördlicher Seite bestritten worden waren, zugibt, ist besonders auffällig, daß keinerlei Konsequenzen weder gezogen noch auch nur angedeutet werden. Die einzigen hierzu gemachten Ausführungen des Innenausschusses sind allgemeine Andeutungen über notwendige Umstrukturierungen der Polizei. Weder wird dies irgendwie genauer ausgeführt noch werden für andere Bereiche Konsequenzen angeführt. Was vor allem heißt: Die politische Verantwortung wird unter den Teppich gekehrt.

Während in Hamburg selbst und auch ansonsten in der Debatte über den „Kessel" die Frage der politischen Verantwortung sowohl und in erster Linie des Innensenators Lange aber auch des Bürgermeisters Dohnanyi ein zentraler Punkt der Diskussion sind, taucht diese Frage hier erst gar nicht auf.

Sicher ist richtig, wenn verschiedene Kommentatoren diese „Auslassung" auch auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf in Hamburg zurückführen — ein solches Thema in der Werbeschlacht der etablierten Parteien paßt nicht ins wahltaktische Kalkül, nicht der SPD und auch nicht der CDU, die zwar keine Verantwortung trägt in Hamburg, aber sicher nicht gegen eine Polizeiführung à la Lange ist. Höchstens weil sie ihnen noch zu schlaff wäre. Aber ein weiterer Gesichtspunkt, warum die politischen Konsequenzen völlig unter den Teppich gekehrt werden sollen, ist mit Sicherheit auch die gesamte Debatte um Demonstrationsrecht und Polizeiaufrüstung, wie sie in den letzten Wochen vor allem von den Kräften der Reaktion in Bonn und München so ausgiebig lanciert wurde. Denn: Mit politischen Konsequenzen in Hamburg läge automatisch die Frage nahe, wer die politische Verantwortung für die weitere Aufrüstung der Polizei mit immer eindeutigeren Bürgerkriegswaffen und die daraus resultierenden Ereignisse tragen würde, was unter Umständen eine schwierige Diskussion für diese Kräfte werden könnte.

Um so eindringlicher erscheint es geboten, diese Frage der politischen Konsequenzen weiter in der Debatte zu halten und sich nicht auf die Diskussion über die Polizei selbst zu beschränken — damit hätte der Innenausschuß wohl eines seiner Ziele erreicht. In diesem Zusammenhang beantragte die GAL richtigerweise die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft, ein Ausschuß, der per Definition auch den Auftrag hätte, die politische Verantwortung zu untersuchen — die Frage, ob dieser Ausschuß zugelassen wird, wird von einiger Bedeutung für die weitere Debatte sein.

Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen

Einladung

zu einem Arbeitstreffen zum Thema Volksbegehren/Volksentscheid in Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit, Tagungshaus, 5300 Bonn, Estermannstr. 204 (Graurheindorf) Tel.: (0228) 674663, vom: Freitag, 1.8.86, 17.00 Uhr bis Sonntag, 3.8.86, 15.00 Uhr.

Ausgelöst durch die Initiative „Volksentscheid gegen Atomanlagen" ist innerhalb der Bevölkerung quer durch alle Parteien und Organisationen eine z.T. auch kontroverse Diskussion über die Chancen und Möglichkeiten der direkten Demokratie durch Volksbegehren/Volksentscheid entstanden. Wir wollen auf dieser Tagung die Fragen aufgreifen, die innerhalb der Aktionsgruppen, bei Veranstaltungen und bei Info-Ständen häufig angesprochen und diskutiert wurden. Z.B.:

Volksentscheid auf Bundesebene — geht das überhaupt? — verfassungsrechtliche Fragen
Welche Erfahrungen gibt es in anderen Ländern mit der Volksgesetzgebung?
Welche Erfahrungen gibt es in der Geschichte der Bundesrepublik?
Ist der Volksentscheid ein Hebel für die Durchsetzung einer Politik „von unten"?
Vorschläge und Diskussion zur weiteren Vorgehensweise der Aktion.

Diese Tagung ist der Beginn einer Tagungsreihe zu den Themen Atomenergie und Volksentscheid. Wir hoffen in Zukunft monatlich ein Arbeitstreffen — verteilt auf einzelne Bundesländer — zu organisieren.

Zu dieser Tagung ist jede/jeder herzlich eingeladen.

Wir bitten um Voranmeldung (schriftlich oder telefonisch) im Büro „Volksentscheid gegen Atomanlagen" Tel.: 0228 234432 (Mo. - Fr. 9.00 bis 20.00 Uhr), da für diese Tagung nur 40 Übernachtungsplätze zur Verfügung stehen.

Kosten: Übernachtung und Verpflegung pro Person: 60,— DM.

Erfolgreicher Kampf der Sterkel-Belegschaft

Der längste Streik in Ravensburg

Fünf Wochen streikte die Belegschaft der Pinselfabrik Sterkel für höhere Löhne und einen neuen Rahmentarif. Den folgenden Bericht entnahmen wir den „Politischen Berichten" des BWK. Auch wenn er nicht mehr brandaktuell ist — der Streik ging in der letzten Juniwoche mit einem Teilerfolg für die Streikenden zu Ende — halten wir seine nachträgliche Veröffentlichung für gerechtfertigt, weil er Arbeits- und Kampfbedingungen ins Blickfeld rückt, die für zahllose Betriebe verschiedenster Branchen gelten.

Sterkel hat mit sieben Heimarbeiterinnen insgesamt 70 Beschäftigte. 1977 übernahm Coronet mit Sitz in Waldmichelbach im Odenwald den Familienbetrieb. Coronet ist nicht im Arbeitgeberverband. Der Firmentarif bei Sterkel liegt — gemessen am Ecklohn — 370,22 DM unter dem Tarif der Holzindustrie. Seit Februar 1984 wurde überhaupt keine Lohnerhöhung mehr gezahlt. 90 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Eine Arbeiterin mit viel Erfahrung kam im Akkord gerade auf 12 DM in der Stunde. Von den 70 Beschäftigten sind 46 in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) organisiert. In der Urabstimmung stimmten sie einstimmig für unbefristeten Streik ab 22. Mai gegen das „Angebot" des Sterkel-Geschäftsführers Lehr: 15 Monate Lohnpause, 4 Prozent ab April 1986.

Die Streikforderungen: 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab Februar 1985. Anerkennung des Manteltarifs der Holzindustrie, 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Bis 1988 stufenweise Erhöhung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage. Die FOrderungen wurden im Verlauf des Streiks weiter präzisiert in Richtung Anerkennung der Branchentarife. Die Forderungen nach einem Gehaltsrahmen und Teil eines 13. Monatsgehalts wurden mit aufgenommen. Anerkennung des Lohntarifs der Holzindustrie stand nicht zur Diskussion.

Gleich nach Streikbeginn hatte Sterkel das Arbeitsquantum für die Justizvollzugsanstalt Hinzistobel erhöht. Seit Ende Mai wurden die Heimarbeiterinnen vom Illmensee ins Werk gekarrt und Leiharbeiter aus dem 80 km entfernten Ulm angeheuert. Daraufhin unterstützten Streikposten aus anderen Gewerkschaften die Streikenden. Am 2. Juni fuhren 41 der 46 Streikenden in die Konzernzentrale im Odenwald. Die Geschäftsführung unternahm alles, damit die Streikenden nicht in Kontakt mit der Odenwald-Belegschaft kamen. In Waldmichelbach liegen die Löhne noch unter denen in Ravensburg. Konzernchef Weihrauch erklärte sich nicht für zuständig. Der Sterkel-Firmentarif sei Sache des Sterkel-Geschäftsführers Lehr.

Am 5. Juni erwirkte Lehr beim Arbeitsgericht Ulm eine Verfügung: Verlangt wurde eine drei Meter breite Streikbrechergasse und keinerlei „psychische Gewalt" gegen Arbeitswillige. Gedroht wurde mit Ordnungsgeld von einer halben Million DM und/oder ein halbes Jahr Haft für jede einzelne Zuwiderhandlung. „Wir können gar nicht mehr anders. Wir müssen durchhalten." Das war die Meinung der Streikenden. „Wir haben uns schon viel zu lange hinhalten lassen, Sterkel müsse dichtmachen, wenn wir mehr Geld verlangen." Dabei spielt die persönliche Abhängigkeit vom — bis vor zehn Jahren — Familienbetrieb eine große Rolle. Die meisten sind 15, 20, manche sogar fast 50 Jahre im Betrieb, von der Lehre bis zur Rente.



Protestdemonstration der Streikenden in Ravensburg

Geschäftsführer Lehr gelang es, mit Stillegungsdrohungen die Belegschaft in den letzten 15 Jahren von 180 Leuten auf 70 runterzurationalisieren. Und es wird mehr produziert. Als Lehr vor zwei Jahren die Gehälter um 10 Prozent kürzte und auch Kürzungen der Löhne ankündigte, stand es schon einmal kurz vor einem Streik. Mit der Zusage, bei den Löhnen keine direkte Kürzung vorzunehmen, konnte der Streik abgebogen werden. Jetzt, 1986 war man sich einig.

Der Streik bei Sterkel ist seit Jahren der erste unbefristete Streik in der Region; kurze Warnstreiks gab es anläßlich von Tarifrunden. Auf einer Funktionärskonferenz am 5.6., dem Tag der gerichtlichen Verfügung, erklärten Vertreter der verschiedenen DGB-Gewerkschaften, daß sie den Streik bei Sterkel zu ihrer eigenen Sache machen werden. Das ist auch notwendig, unternehmen die Kapitalisten doch alles, Frauen wieder ganz in die Zuverdienerrolle zu drücken. Sie haben die schikanösesten Arbeitsbedingungen, und der Lohn reicht nie für ein selbständiges Leben — höchstens für die Miete.

Am 13.6. kam es dann ganz überraschend zu einer Einigung mit Geschäftsführer Lehr. Der Stundenlohn sollte vorweg um 31 Pfennig angehoben und 3,5 Prozent ab 1.4.86 gezahlt werden. Die Rahmenforderungen sollten, wie gefordert, übernommen werden. Am 14. 6. legte die Konzernleitung in Waldmichelbach ihr Veto ein. Lehr hätte keinerlei Befugnis. Der Streik ging weiter. Am Montag, dem 16.6. bekräftigten über 100 auf einer Demonstration die ursprünglichen Forderungen. Nach der gescheiterten Einigung bemühte sich die GHK um Schlichtungshilfe durch die Landesregierung. Staatssekretär Mühlbeyer vom Arbeits- und Sozialministerium wurde als Schlichter eingeschaltet. Das erste Gespräch fand am 19.6. statt. Mühlberger forderte, daß bei den Verhandlungen am 23.6. auch Konzernchef Weihrauch teilnehmen sollte.

Am Morgen des 23.6. gelang es 250 Gewerkschaftern, den Betrieb abzuriegeln. 17 Polizisten versuchten, die vom Gericht verlangte drei Meter breite Streikbrechergasse durchzusetzen. Sie schleusten schließlich 14 Streikbrecher in den Betrieb. Die Schlichtung am selben Tag brachte Einigung. Das Ergebnis nach fünf Wochen Streik:

4 Prozent mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab 1.2.86. Einmalig 600 DM als Ausgleich für das Lohnpausejahr 1985. 3 Prozent mehr ab 1.4.87, Laufzeit bis 1.4. 88. Jährliche Sonderzahlung von 60 Prozent eines Monatseinkommens. Die Arbeitszeit wird stufenweise bis 1989 auf 38,5 Wochenstunden verkürzt bei vollem Lohnausgleich. Der Urlaub wird stufenweise bis ebenfalls 1989 auf 30 Tage verlängert. Die Streikenden werden zu unveränderten Bedingungen weiterbeschäftigt. Maßregeln wegen des Streiks sind unzulässig.

Bei der Urabstimmung lehnten 11 der 46 Streikenden das Ergebnis ab. (anh, utf)

Die Arbeitsbedingungen bei Sterkel

Die Pinselfertigung ist reine Handarbeit

Zunächst müssen je nach Serie z.B. 1000 Portionen Borsten für die verlangte Pinselstärke abgeworfen und in Halterinnen gefüllt werden. Auf paß gestoßenen Borstenenden wird übel stinkender Kitt aufgetragen. Die nächste Arbeiterin drückt den Pinselboden, auf dem der Stiel befestigt wird, in den Kitt. Dann schleudert sie die noch losen Borsten aus. Anschließend drückt sie die Borsten auseinander, nagelt ein Korkstück auf den Pinselboden, bindet die Borsten fest um den Kork und leimt den Verband. Die Pinselköpfe werden eingeweicht und im Ofen getrocknet. Zum Schluß müssen die Pinsel exakt beschnitten werden.

Um das Tempo auf die Spitze zu treiben, wurde bei fast allen Arbeitsgängen und Pinseltypen Akkord eingeführt. 100 Prozent Akkord ist auch mit jahrelanger Übung kaum zu erreichen. Eine erfahrene Arbeiterin kommt jetzt auf 12,50 DM die Stunde.

Die Herstellung feinster Künstlerpinsel

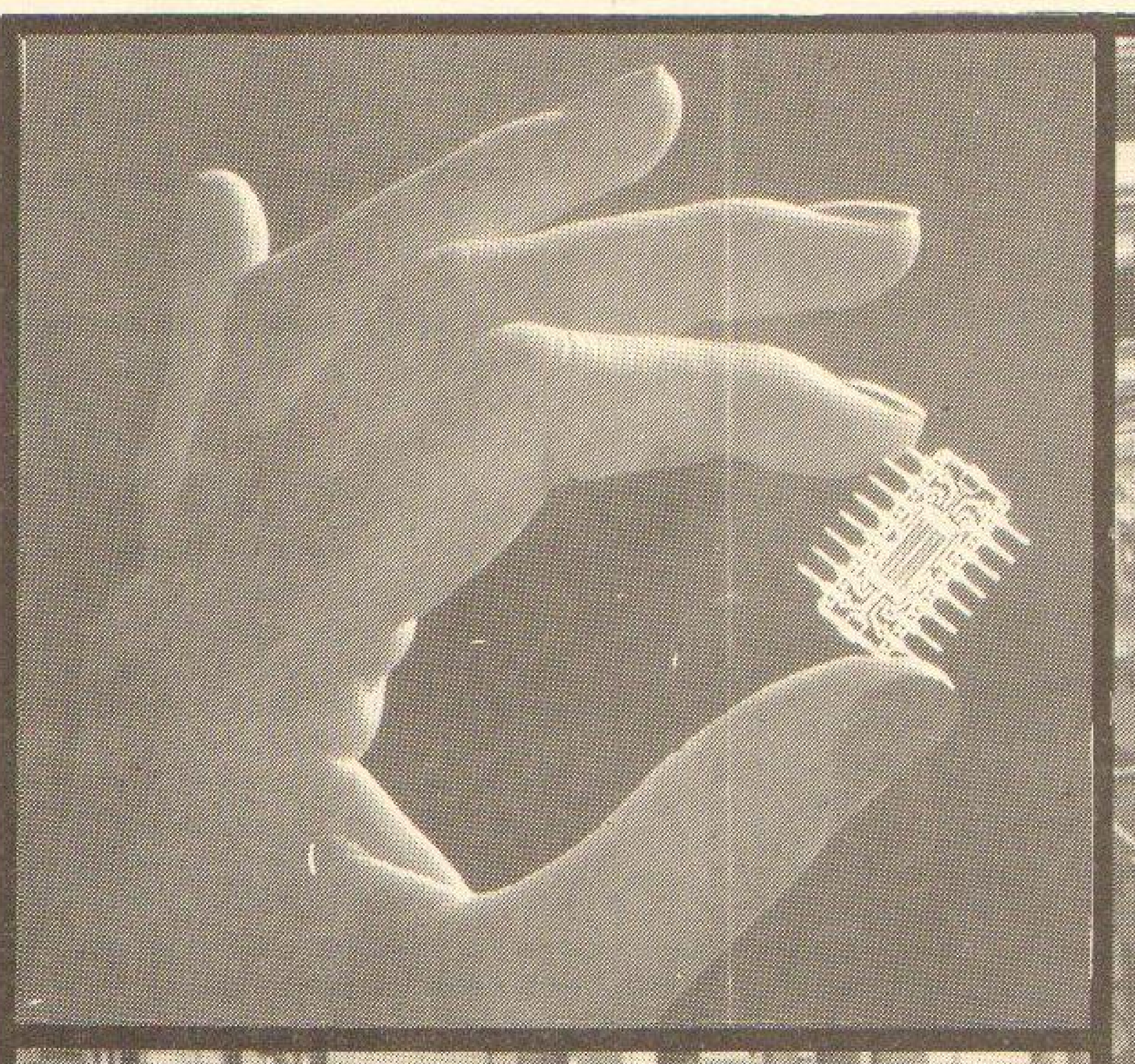
Die feinsten sind aus Marderhaaren. Es erfordert trainierte Fingerfertigkeit, um immer exakt die richtige Portion Haare aufzunehmen. Ein paar Haare zuviel, und das Einfädeln in die Haltehülse gelingt nicht. Auch wenn es in der Halle noch so stickig ist, die Fingerspitzen müssen absolut trocken bleiben. Kitt setzen in genau dosierten Tröpfchen, das Haarbündelchen binden, knoten, die Fadenenden ganz präzise abschneiden. Zu kurz — und der Knoten löst sich; zu lang — und der Pinselstiel läßt sich nicht montieren. Können und Sorgfalt braucht es, um die Bündelchen immer in gleicher Länge abzubinden, ein Haar neben dem anderen. Zum Schluß spitzt die Pinselherstellerin den Pinsel mit den Lippen an und sengt eventuell noch überstehende Haarenden über einer kleinen Flamme ab. Der Künstlerpinsel muß einen ganz sauberen Strich geben.

Das ganze 150 mal in eineinhalb Stunden. Für jeden Pinselkopf weniger als eine Minute. Dann hat sie 100 Prozent Akkord erreicht. 100 Prozent sind 11,50 DM in der Stunde. „Schaffe ich mal einen höheren Akkord, verdiene ich nicht mehr, sondern brauche das als Ausgleich für Pinsel, wo der Akkord schlecht läuft." — Marderhaare werden in Gramm bezahlt, im Preis wie Gold. Das sollen wir bei der Arbeit bedenken. Aber uns selber behandeln sie wie das Letzte."

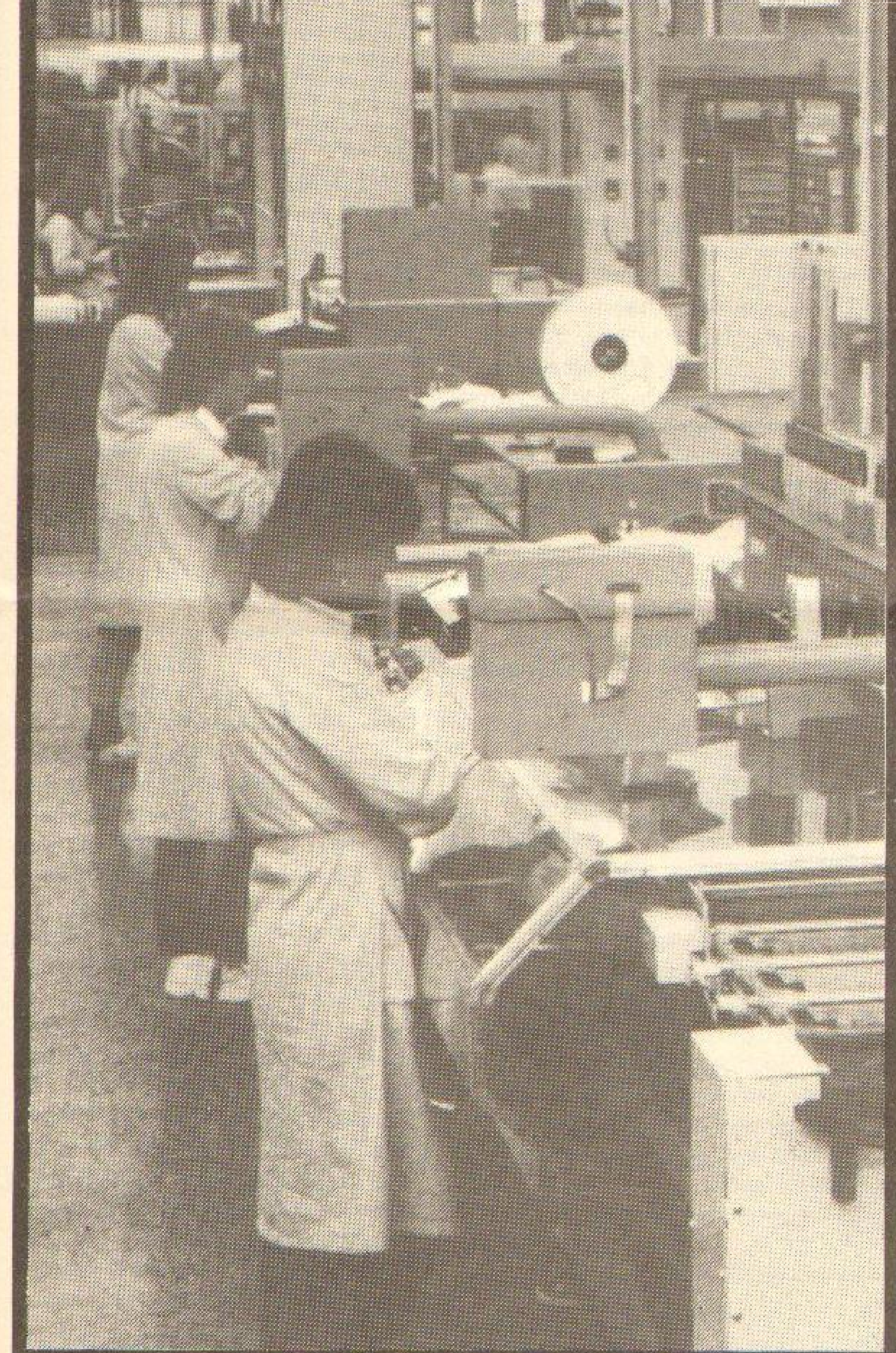
Das Wickeln von Malerwalzen

Die Lammfellwalzen sollen flauschig weich und schneeweiß sein. Die Lammfelle werden zunächst in Streifen von 48 mm geschnitten. Beim Durchlassen durch die Maschine muß die Zuschneiderin das Fell abtasten, alle Löcher und jede Verunreinigung rausschneiden, die Bahnen nach Dicke und Fellbeschaffenheit sortieren und zu Rollen zusammenbinden, woraus dann die nächste Arbeiterin ein Endlosband näht.

„Wenn die Finger den ganzen Tag übers Fell tasten, schwirren die Gedanken überall hin. Aber wehe ich übersehe ein Loch." Die Zuschneiderin arbeitet nicht im Akkord. Doch alle folgenden Arbeitsgänge sind im Akkord. Sie muß wirbeln, sonst fehlt den anderen das Material, um ihren Akkord zu halten." Als ich vor 17 Jahren anfing, haben wir zu acht zugeschnitten. Jetzt bin ich allein. Aber es werden mehr Walzen hergestellt." Nach dem Nähen des Endlosbandes klopft die dritte Arbeiterin die Nähte. Eine vierte trägt eine gleichmäßig dicke Schicht Leim auf ein 2m Papprohr, den Walzenkörper auf. Die Wicklerin schneidet das Fellbandende schräg ab, heftet die Spitze fest und wickelt das 48 mm breite Fellband in schrägen Bahnen auf das zwei Meter lange Rohr. Stoß bei Stoß. Die Fingerspitzen immer am Fellbandrand, damit die Fellhaare abstehen und nicht in den Leim hängen. Das Soll sind 100 solcher 2-Meter-Rohre am Tag. Der Leim stinkt, ist giftig und zieht in die Augen. Alle tragen eine Brille, weil sie sich die Augen verdorben haben. Eine mußte in Frührente, weil sie auf die Lammfellwickel mit Ausschlag, Quaddeln auf den Armen und Lähmungen reagierte.







Neue Technologien

Auswirkungen bei Siemens-Witten

Die Diskussion um die Wirkungen der neuen Technologien auf die Arbeitsplatzbedingungen, auf die Struktur der Belegschaften und damit auf die Struktur der Arbeiterklasse hat in den Gewerkschaften und in der sozialistischen Linken gegenwärtig zu Recht einen hohen Stellenwert.
Die Diskussion dreht sich häufig sehr schnell um allgemeine Thesen über die „Ent-Taylorisierung" der Arbeit bis hin zu Spekulationen über eine qualititative Veränderung der Lohnarbeit überhaupt.
Der folgende Beitrag beteiligt sich an dieser theoretischen Debatte nicht. Nicht weil wir sie für sinnlos oder überflüssig halten.
Wir meinen aber, daß es dieser Diskussion gut täte, wenn sie stärker daran angebunden wäre, was wir konkret an Veränderungen in den Betrieben beobachten können.
Wir haben darum eine Genossin von Siemens Witten gebeten, über feststellbare Auswirkungen in ihrem Betrieb zu berichten.
Dieser Bericht erfaßt nicht alle Aspekte, sondern konzentriert sich vor allem auf die Entwicklung der Belegschafts- und Lohnstruktur.
Sicher ist Siemens Witten auch nicht unbedingt ein typischer Betrieb.
Die Redaktion hofft aber, daß mehr Genossinnen und Genossen sich durch diesen Beitrag angeregt fühlen, auch für ihren Betrieb tatsächliche und sich abzeichnende Veränderungen zu erfassen.
Dann hätten wir sicher eine solidere Grundlage für die Diskussion und Beurteilung der mit den neuen Technologien zusammenhängenden Probleme.

Zu Beschäftigten- und Lohnstrukturentwicklungen bei Siemens/Witten

Vorweg: Dieser Siemens-Betrieb ist relativ jung. 1970 wurde er sozusagen aufs freie Feld gesetzt. Später wurde eine riesige Fertigungshalle hingestellt, die ideal für das heutige Produktlinienkonzept geeignet ist. Produktlinie bedeutet, die Herstellung des einzelnen Produkts in einer sich selbst regulierenden Insel, angefangen von der Bauteilezulieferung bis hin zum Verpacken des fertigen Produkts.

Hergestellt werden Telefonnebenstellenanlagen. Es kann hier nicht genauer auf die sich rasant entwickelnde Technik auf diesem Gebiet eingegangen werden. Innerhalb der letzten zehn Jahre ging es vom sozusagen elektrisch-mechanischen Telefon (ESK)* zum Elektronischen (EMS)** bis zum hochdigitalisierten Telefon, das heute die Bürokommunikation miteinschließt. (HICOM)***.

Die Änderung der Technik des Produkts selbst hat ungeheure arbeitsplatzvernichtende und arbeitsplatzumgestaltende Wirkungen. Mit Sicherheit so starke wie die Änderung der Produktionsmethode. z. B. durch Anschaffung von Robotern, computergesteuerte Fertigung usw. Während bei der ESK-Technik noch Zigtausende von Drahtverbindungen hergestellt werden mußten, die einen hohen Aufwand an mechanischen und Montagearbeiten erforderten, kann heute auf einer womöglich beidseitig mit hochintegrierten Bauteilen bestückten Leiterplatte elektronisch so viel untergebracht werden wie früher in einem ganzen Schrank. Mit der Anwendung dieser Technik fallen also ein großer Teil der früheren mechanischen und Montagearbeiten weg. Andererseits erfordert diese neue Technik einen hohen Prüfaufwand, es werden Elektroniker, Facharbeiter gebraucht. Die neue Technik ändert also die Arbeitsplatzstruktur. Inzwischen soll es allerdings immer besser möglich sein, Selbstprüfungsprogramme in die Leiterplatten einzubauen. Was dann als Arbeit für die Fehlersucher noch überbleibt, soll so kompliziert sein, daß es nicht mehr von Facharbeitern, sondern nur noch von Ingenieuren bewältigt werden kann. Das heißt, eine neue Arbeitsplatzstrukturänderung stünde an. Allerdings sind das erst vage Prognosen.

Weniger vage sind die Angaben darüber, was die Änderung der Technik des Produktes an Arbeitsplätzen kostet. Die Herstellung einer Anschlußeinheit (= 1AE = 1 Teilnehmer an einer Telefonnebenstelle) erforderte mit der ESK-Technik ca. 4,6 Arbeitsstunden. ESK lief 1982 in Witten endgültig aus. Mit der EMS-Technik waren für 1 Anschlußeinheit nur noch 2,2 Std. nötig, was sich allerdings im Laufe der Jahre weiter senkte, insbesondere bei der standardisierten kleinen Anlage ohne besondere Kundenwünsche. Diese Technik wurde 1979 aufgebaut und läuft, allerdings weiterentwickelt, bis heute. Seit 1985 wurde mit der HICOM-Fertigung begonnen. Man kann davon ausgehen, daß die Herstellung von einer Anschlußeinheit in dieser Technik nur noch 0,8 Std. erfordert.

Parallel dazu läuft der Prozeß des Arbeitsplatzabbaus durch neue Produktionstechniken. Nehmen wir das einfache Beispiel der Bestückautomaten. Dadurch daß sie einen immer größeren Anteil der Leiterplattenbestückung übernehmen und die Restbestückung von Hand immer geringer wird, fallen einerseits Bestückplätze weg, zusätzlich aber auch Nacharbeits- und Prüfplätze, da der Fehleranteil bei der automatischen Bestückung we-

Fortsetzung auf Seite II

* (ESK = Edelmetall-Schnellkontakt)
** EMS = elektronisch mikroprozessorgesteuert speicherprogrammiert
*** HICOM = High communication digitales integriertes Kommunikationssystem)



ROTER LAUTSPRECHER

Betriebszeitung der KPD ML für Siemens Witten

"Neue Technik"= höhere Ausbeutung!

Die neue Technik beschert uns sicher so manches, was wir noch nicht absehen können.
Im Moment beschert sie uns neben 1000 Versetzungen vor allem eines: niedrigere Lohngruppen!

Im Gegensatz zu z.B. 1977 arbeiten heute schon wieder über die Hälfte aller Arbeiterinnen bei uns in Lohngruppe o2.
Kein Wunder! Wohin man auch schaut in der neuen Fertigung - die gesamte Flachbaugruppe, die Wrap-Automaten - alles in o2.
Manche Kolleginnen , die von der Lohngruppe o3 dahin versetzt wurden, sagen:"Versteh ich nicht. Das ist doch gar nicht leichter als unsere vorherige Arbeit."
Antwort:Das hat schon alles seine Richtigkeit.Nach S A B ! Die gleiche Antwort bekamen diejenigen, die bei der tariflichen Einmalzahlung merkten, daß da doch was nicht stimmt.Bei uns hat nämlich keiner die 165 DM für Lohngruppe 2 bekommen, sondern nur 156 DM.
Ja, die S A B ! Wahrscheinlich wissen die, die so geheimnisvoll darüber reden, selber nicht, was das genau ist. - Aber das ist ja gerade das Tolle an der S A B , (Siemens-Arbeitsplatz-Bewertung) Wenn niemand weiß, wie seine Lohngruppe zustande kommt,kommt auch niemand auf die Idee, eine höhere Lohngruppe zu fordern!

Fortsetzung auf Seit...

Der „Rote Lautsprecher" ist die Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten. Mit der Ablösung der elektromechanischen Vermittlungstechnik ESK durch die elektronische Vermittlungstechnik EMS wurden die Akkordarbeiterinnen massenhaft abgruppiert. Dagegen setzt sich diese Ausgabe des „Roten Lautsprechers" aus dem Jahre 1980 zur Wehr. Daß seitdem erhebliche Erfolge in der Eingruppierungsfrage zu verzeichnen sind, hängt sicher ganz wesentlich mit der aktiven Haltung des Betriebsrats zusammen. Insofern ist Siemens Witten in dieser Frage möglicherweise nicht unbedingt typisch.

sentlich geringer ist. Es entstehen gleichzeitig einige wenige neue, andersartige Arbeitsplätze an den Automaten, die gefüttert werden müssen, und zwar in Schichtarbeit, um sie auszulasten.

Es reizt, hier auf die von Siemens groß angekündigten Rationalisierungsvorhaben einzugehen wie z. B. das „95-Prozent-Qualitäts-Konzept", die voll computergesteuerte Fertigung, die vollautomatisch verbundene Produktlinie, der Robotereinsatz für alle Montage-Arbeiten usw. Ebenso reizt es, auf die neuen Produktions-„Philosophien" (so hoch versteigt man sich bzw. so tief ist die Philosophie im Kapitalismus gesunken) und die Ansätze und Möglichkeiten für ihre Verwirklichung einzugehen, wie z. B. die Qualitätsschulung, die Enttaylorisierung, die Methoden zur Erzeugung von „Wir-Gefühlen" usw.

Wir müssen uns mit den Rationalisierungsvorhaben und den sogenannten Philosophien der Produktion auseinandersetzen, nur soll das nicht der Sinn dieses Artikels sein. Hier sollen anhand von Zahlenmaterial bestimmte Entwicklungen verfolgt werden, die man so signifikant oft nicht wahrnimmt. Weil das Zahlenmaterial so ziemlich für sich selbst spricht, wird es auch relativ spärlich mit Kommentaren versehen.



Belegschafts Zeitung

BZ 2.86

HICOM KOMMT!!!!

Habt Ihr schon mal das neue Teilelager angeschaut? Die mit rasender Geschwindigkeit zwischen den Regalen hin- und hersausenden Wagen? Die automatischen Rollenbänder? Da sitzen dann noch ein paar Leute am Bildschirm, die das Ganze elektronisch überwachen und steuern...

Das automatische Lager ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was für die zukünftigen Hicom-Linien geplant ist. Angestrebt werden nicht nur neue Automaten und Roboter, die das Bestücken weitgehendst übernehmen, sondern auch eine Verkettung der Arbeitsplätze über gesteuerte Transportbänder, eine Automatisierung bisheriger "Handarbeit", wie zum Beispiel der Anlagenmontage usw.

Das alles wird Arbeitsplätze kosten, die auch nicht durch die rasanteste Erhöhung der Produktion ausgeglichen werden kann. Was wir bei diesen Zukunftsaussichten brauchen ist eine

w e i t e r e A r b e i t s z e i t v e r k ü r z u n g

Die „Belegschaftszeitung" wird von der Vereinigten Belegschaftsliste herausgegeben, die im Betriebsrat des Wittener Siemens-Werkes über eine knappe Mehrheit verfügt.

Und Susi sagte ...

zu Tina: „Hasse schon die Mässitsch vernommen?
Tina: „Wat is dat denn? Meinze die Botschaft?"
Susi: „Genau, die Botschaft von der Qualitätsschulung: Wat immer wir tun, tun wir es für den Kunden."
Tina: „Du altes Ferkel."
Susi: „So doch nich, du mußt beim Arbeiten an den Menschen denken, der die Sachen kauft."
Tina: „Woher soll ich denn wissen, wer dat is, da denk ich doch lieber an mich und mein Arbeitsplatz."
Susi: „Dat is aber nich die Mässitsch."
Tina: „Geh mir doch weg mit der Mässitsch. Wenn statt mir auf meinem Arbeitsplatz ein Roboter rumtickt, dann kannze sowieso alles vergessen."

(Aus: Belegschaftszeitung 2/86)

Entwicklung der Gesamtbelegschaft seit 1977

Die Gesamtbelegschaft wuchs von 1977 - 1981 von ca. 1600 auf 2000, wobei der Angestelltenbereich ständig um ca. 350 schwankte. Die Aufstockung der Belegschaft beruhte auf einem guten Geschäft mit der ESK-Technik einerseits, andererseits auf dem Aufbau der neuen EMS-Technik, die anfänglich einen enormen Personalaufwand erforderte. Als 1982 die ESK-Technik völlig weg und die EMS-Technik eingespielt war, kam Ende 1982/ Anfang 83 die große Entlassungswelle. Bis März 83 war die Gesamtbelegschaft auf ca. 1400 reduziert worden und blieb etwa auf diesem Niveau bis Anfang 85. Dann wurden ca. 240 für ein halbes Jahr befristete Frauen eingestellt, da es galt, aus dem Nichts eine neue Linie aufzubauen und Rückstände aufzubauen. Diese Kolleginnen wurden im Laufe des Jahres 85 teilweise in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Zusammen mit den Neueinstellungen von 1986 hat sich der Belegschaftsstand bis heute wieder auf etwa 1600 erhöht.

Dieser Belegschaftszuwachs geschieht vor dem Hintergrund des Aufbaus der HICOM-Fertigung, die die EMS-Technik ablösen wird. Es herrscht also wieder eine ähnliche Situation wie 79/80/81: Eine alte Technik läuft langsam aus, während eine neue mit den üblichen Anlaufschwierigkeiten und dem anfänglich überproportionalen Personalaufwand aufgebaut wird. Es läßt sich unschwer voraussagen, daß, wenn HICOM steht und EMS fällt, dieselbe Situation entstehen wird wie 1982: Es wird wieder Massenentlassungen geben und das v. a. im Arbeiterbereich.

Verhältnis Arbeiter— Angestellte

Während der Arbeiteranteil im beobachteten Zeitraum drastischen Schwankungen unterworfen war, änderte sich der Angestelltenanteil relativ geringfügig. Die Lohnempfänger nahmen im Zeitraum 1977-82 von ca. 1300 auf ca. 1700 zu, also um 30 Prozent. Von 82-84 sanken sie von ca. 1700 auf ca. 1000, also um 41 Prozent, eine ungeheure Zahl, von 85-86 nahmen sie wieder um etwa 20 Prozent auf 1200 zu.

Im Gegensatz dazu sind die Schwankungen im Angestelltenbereich um ca. 10 Prozent relativ gering. Seit Herbst 85 stieg jedoch der Angestelltenanteil überproportional auf über 400, da die Entwicklungsabteilung fast verdoppelt worden ist. Der Angestelltenanteil an der Gesamtbelegschaft stieg auf über 33 Prozent. Bei den Neueinstellungen, nicht nur im Entwicklungsbereich fällt auf, daß hochkalibrige Leute begehrt sind. Im Bereich der einfachen Angestellten, der Sachbearbeiter, zeichnen sich zwar Rationalisierungsmaßnahmen ab, haben aber bisher noch nicht zu einem rasanten Abbau der Arbeitsplätze geführt.

Entwicklung des Frauenanteils im Lohnempfängerbereich

Da die absoluten Zahlen der Lohnempfänger, wie dargestellt, stark schwanken, kann die Entwicklung des Frauenanteils im Arbeiterbereich nur prozentual nachverfolgt werden. 1978 lag der Frauenanteil bei 77 Prozent. Ab 1979, mit Anlauf der EMS-Fertigung, die mehr Prüfer erforderte, stieg der Anteil der Männer. Es sank also der Frauenanteil durch Einstellung von Facharbeitern bis 1980 auf 72 Prozent. Der entscheidende Einschnitt kam dann 1982/83, mit der großen Entlassungswelle. Sie traf fast nur Frauen. Es war „ihre" Arbeit, Kabel legen, montieren, löten, die durch die neue Technik wegfiel. Über 500 Frauen waren zwischen 81 und 83 „über", wurden „freigesetzt". Der Frauenanteil war 1983 auf 60 Prozent gesunken. Bis heute stieg der Frauenanteil wieder leicht auf 63 Prozent. Schätzungsweise ein vorübergehender Anstieg, der mit dem chaotischen Fertigungsanlauf bei HICOM zusammenhängt, den Siemens sicher bald in den Griff bekommen wird.

Entwicklung Leistungslohn — Zeitlohn

Es gab immer nur einen minimalen Anteil von Männern, der Akkordarbeit machte. Das beschränkt sich bis heute auf den Schrankbau und die Verkabelung der Nebenstellen und beläuft sich seit Jahren auf etwa 2-3 Prozent der Lohnempfänger. Aus diesem Grund berücksichtigen wir den Leistungslohn bei Männern nicht, sondern konzentrieren uns auf die Entwicklung von Zeit- und Leistungslohn bei den Frauen. 1978 arbeiteten 77 Prozent aller Frauen im Akkord. Fast alle Montage und Lötarbeiten, auch Kontrollarbeiten waren in Akkord gesetzt. 1983 arbeiteten nur noch 41 Prozent der Frauen im Akkord, 4 Prozent im Prämienlohn, der Rest in Zeitlohn.

Was war passiert? Wie schon dargestellt, war einfach ein großer Teil der sog. akkordfähigen Arbeiten durch die neue Technik weggefallen. Hinzu kam, daß sich die neue Technik besonders anfangs als sehr schwierig handhabbar und störanfällig erwies. So wurden z. B. Millionen investiert, um die sogenannten Herzinfarkte der Bauelemente zu verhindern, durch spannungsableitende Fußböden, Kittel, Schuhe, Ketten. In diese Zeit fällt auch die „Philosophie" der Siemens-Arbeitsplaner, daß Qualität und Akkord nicht vereinbar seien, was vorher so nie zur Diskussion stand. Es gab also bei der EMS-Technik einen größeren Bereich, in dem auch Frauen Bereitstellarbeiten, Qualitätssicherungsarbeiten bekamen, die nicht in Akkord gesetzt wurden. Interessant ist, daß die Arbeitsplaner inzwi-

Fortsetzung auf Seite III

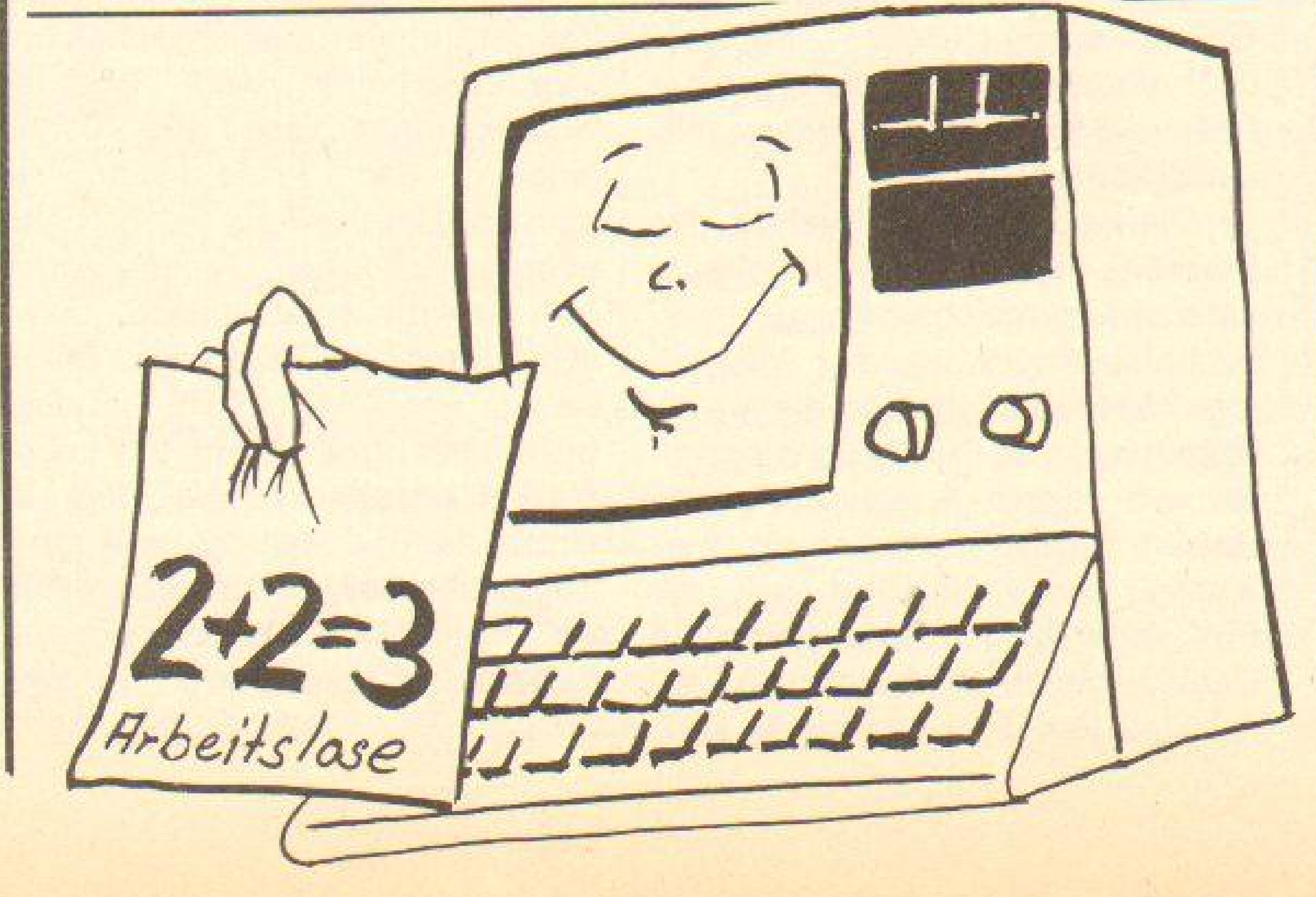


Auswirkungen auf die Belegschaftsstrukturen des Konzerns

Im folgenden dokumentieren wir eine Siemens-Darstellung der Veränderungen in der Struktur der Konzern-Belegschaft von 1962 bis 1985.
Die Darstellung stammt aus dem 2. Halbjahr 1985.

„Die angedeuteten Veränderungen in unseren Büros und Fertigungen spiegeln sich in der Veränderung unserer Mitarbeiterstruktur. Vergleicht man die heutigen Strukturdaten mit denen vor gut 20 Jahren (1962), dann zeigt sich:

- Obwohl die Mitarbeiterzahl der Siemens AG (ohne Lehrlinge und Werkstudenten) 1985 um rund 13000 höher war als 1962, ist die Zahl der gewerblich Tätigen um 27000 gesunken, während die Zahl der Angestellten um rund 40000 gestiegen ist.
- 1962 kam auf zwei gewerbliche Mitarbeiter ein Angestellter, heute lautet das Verhältnis 0,9 : 1.
- Innerhalb der Gruppe der gewerblichen Mitarbeiter nahm der Anteil der Facharbeiter von 34 auf 41 Prozent zu.
- Ein Teil der Facharbeiter ist im Zuge der Strukturveränderungen in technischen Tätigkeiten übergewechselt. Zwischen 700 und 1000 Lohnempfänger übernimmt die Siemens AG jährlich in das Angestelltenverhältnis.
- Der Anteil der an- und ungelernten gewerblichen Mitarbeiter an der Gesamtbelegschaft ist von 44 auf 28 Prozent gesunken.
- 1962 beschäftigte die Siemens AG 16000 Hoch- und Fachhochschulabsolventen, 9 Prozent der Belegschaft. Heute sind es 34000, d. h. ihr Anteil hat sich auf 19 Prozent mehr als verdoppelt.
- Aber auch innerhalb der Gruppen sind Verschiebungen zu höher qualifizierten Mitarbeitern festzustellen: Von den Tarifangestellten waren 1985 68 Prozent in obere Tarifgruppen eingestuft; 1962 erst 34 Prozent. Bei den gewerblichen Mitarbeitern erhöhte sich der Anteil der Mitarbeiter, die höher als im Ecklohn eingestuft sind, von 38 Prozent (1968) auf 50 Prozent (1985)."



Fortsetzung von Seite II

schen wieder im Bereich der Sichtkontrolle, Fehlersuche, Fehlerbeseitigung usw. für Leistungslohn plädieren, allerdings nicht für Akkord, sondern für Prämienlohn, weil beim Prämienlohn ein mengenmäßiges Ausufern ausgeschlossen sei und deshalb noch Qualität könne. Übrigens wird in gleicher Weise im gesamten Prüfbereich argumentiert. Man möchte die Elektroniker und inzwischen auch die Handwerker in Leistungslohn setzen. Was daraus wird, ist noch nicht abzusehen. Heute auf jeden Fall liegt der Anteil der Leistungslöhner bei den Lohnempfängern insgesamt bei unter 30 Prozent, während er 1978 noch bei ca. 60 Prozent lag.

Zurück zu den Frauen: Der große Aderlaß 1982/83 läßt sich ziemlich genau definieren als eine Vernichtung von 500 Akkord-Frauen-Arbeitsplätzen und ein paar anderen dazu.

Interessant war, wie den Frauen, die von Akkord- in Zeitlohn gesetzt wurden, dies „verkauft" wurde. Immerhin bedeutete es für die meisten erhebliche Lohnverluste. Also hat der Meister die Versetzung in Zeitlohn wie eine Beförderung mitgeteilt. Man brauche eben so fähige Frauen, mit so vielseitigem Können, solch einem Qualitätsbewußtsein usw. gerade auf diesen Zeitlohnplätzen, weil es da auf Qualität und nicht auf Quantität ankomme. Und es sicherlich was dran, daß die Akkordfrauen sich weniger mit der Güte ihres Produkts identifizieren als die Zeitlöhnerinnen. Häufig aufgrund von Reklamationen des Betriebsrats wurde diesen Frauen dann auch eine höhere Lohngruppe zugestanden. Es stellt sich natürlich die Frage, ob die Zeitlohnarbeiten qualifizierter sind, vielseitiger, interessanter usw. Für einen Teil läßt sich das mit Sicherheit sagen (Prüferinnen), für einen anderen Teil trifft dasselbe zu wie für die Akkordarbeit (z. B. Maschinen füttern): Monotonie, einseitige Belastung, idiotische Arbeit. Die höheren Lohngruppen wurden mit Sicherheit auch gegeben, damit die hohen Lohnverluste gegenüber dem Leistungslohn etwas „gedämpft" wurden. Im übrigen gibt es auch als Akkord- oder Prämienarbeit vergebene, relativ interessante Arbeiten (Bereich Fehlersuche, Fehlerbeseitigung oder Montage komplizierter Stromversorgungen usw.)

Zu den Lohngruppenentwicklungen

Vorweg: Es handelt sich hier um die Lohngruppen der SAB (Siemens-Arbeits-Bewertung), die von 01 - 11 reichen, wobei die Lohngruppe 01 der tariflichen Lohngruppe 2 entspricht. Weil es mehr Lohngruppen sind als die tariflichen, sind die Abstände zwischen den Lohngruppen geringer. Die erste Facharbeiterlohngruppe ist die Lohngruppe 08. Die Lohngruppenuntersuchung im Arbeiterbereich zeigt eine starke Verschiebung der Lohngruppen nach oben. Um interessantere Aussagen zu bekommen, betrachten wir die Lohngruppenentwicklung getrennt nach Frauen und Männern, was gleichzeitig im Groben auch die Trennung nach „gelernt" und „ungelernt" ist. Selbstverständlich sind aber „ungelernte" Männer immer noch ein paar Lohngruppen höher (wegen des längeren Daumens), aber diese allgemeingültigen Erkenntnisse wollen wir nicht an unserer Untersuchung erneut beweisen. Vielleicht nur so viel: 1977 arbeiteten 89 Prozent der Frauen in den Lohngruppen 02, 03, 04 und kein einziger Mann! Heute sind es immerhin etwas über 1 Prozent Männer, die in diesen Lohngruppen arbeiten (ja, es kommen lausige Zeiten) und noch 75 Prozent Frauen!

Lohngruppenentwicklung bei den Frauen

So zynisch es klingt, die Lohngruppenentwicklung bei den Frauen ist positiv. Während 1978 über 80 Prozent der Frauen in den Lohngruppen 02, 03 gearbeitet haben, sind es heute unter 60 Prozent. Während 1980 über die Hälfte der Frauen sogar in Lohngruppe 02 eingestuft war, arbeiten heute nur noch ca. 15 Prozent in dieser Lohngruppe.

1978 erhielten nur 18 Prozent der Frauen Lohngruppen über 04, heute sind es über 40 Prozent.

Trennen wir allerdings die Akkordfrauen und die Zeitlohnfrauen voneinander, ergibt sich, daß in erster Linie die Akkordfrauen die niedrigsten Lohngruppen erhalten, die Zeitlöhnerinnen die höheren. Von den Akkordfrauen sind heute immer noch 98 Prozent in den Lohngruppen 02, 03, während es von den Zeitlöhnerinnen nur 23 Prozent sind.

Trotzdem hat sich bis heute auch eine positive Verschiebung bei den Akkordfrauen ergeben. 1977 bei der alten Technik waren ca. 55 Prozent in Lohngruppe 02 und ca. 40 Prozent in Lohngruppe 03 eingestuft. Mit der EMS-Technik, die laut Siemens so schwer zu handhaben war, sanken jedoch die Lohngruppen massenhaft. Nach dem Maßstab der SAB war nämlich die geistige und körperliche Belastung der neuen Arbeiten noch geringer als bei den alten, und so stieg der Anteil der Akkordfrauen in Lohngruppe 02 bis 1982 auf 73 Prozent, während 26 Prozent in Lohngruppen 03 eingestuft waren. Der Betriebsrat reklamierte die Eingruppierung großer Bereiche (auch indem er den Widerspruch zwischen der schwierigen Arbeit und der SAB-Bewertung ausnutzte) und erreichte tatsächlich die Höhergruppierung vieler Arbeiten. Heute arbeiten immerhin 68 Prozent der Akkordfrauen in Lohngruppe 03 und „nur noch" 30 Prozent in Lohngruppe 02.

Einerseits verläuft also das Steigen der Frauenlohngruppen parallel mit der Zunahme von Zeitlohnarbeit bei den Frauen, andererseits hat eine auf diesem Gebiet aktive und erfolgreiche Betriebsratspolitik die Lohngruppen auch bei der Akkordarbeit verbessert.

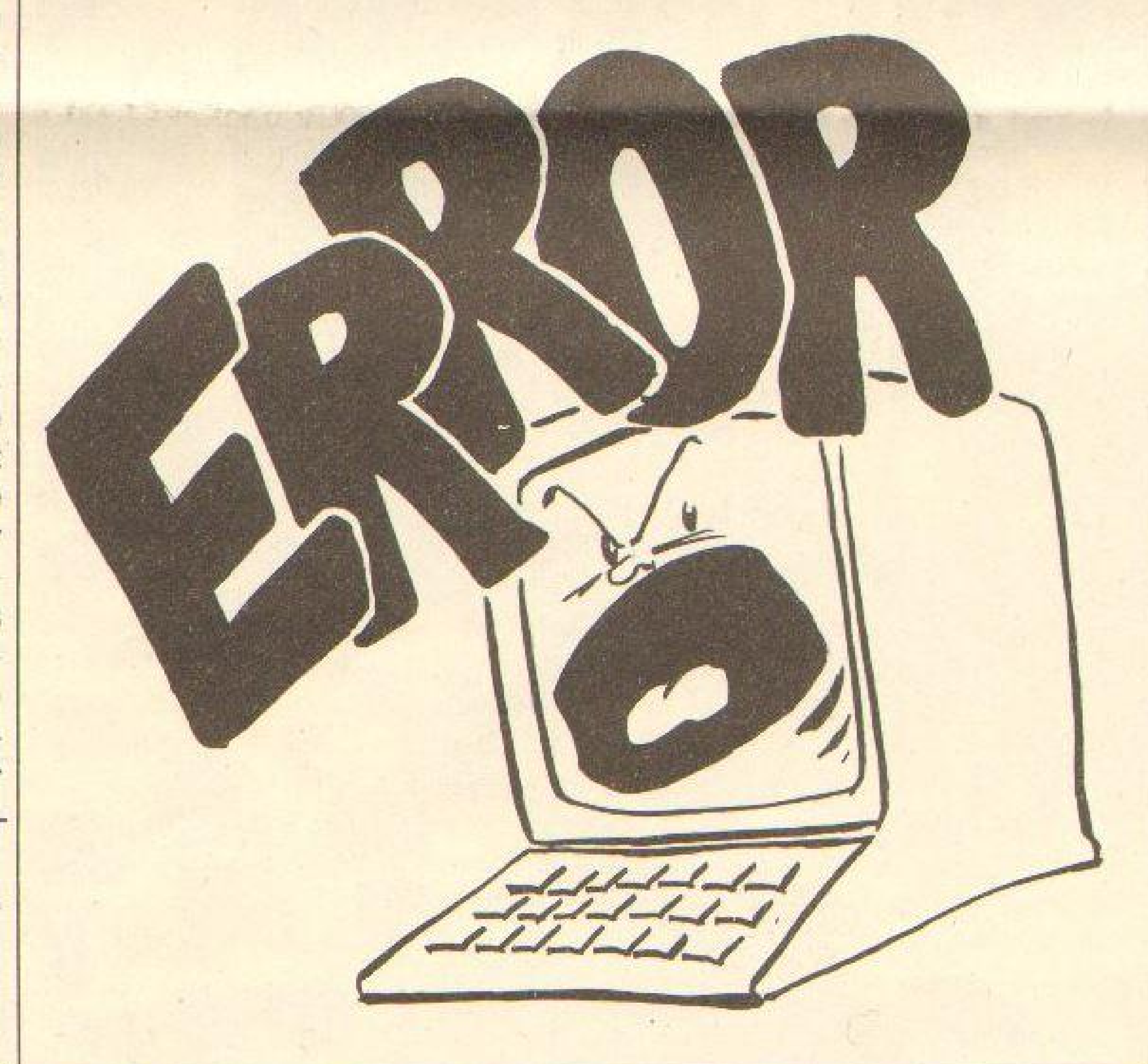
Lohngruppenentwicklung bei den Männern

Auch da ging der Trend nach oben. Nehmen wir erst einmal als Orientierungspunkt die unterste Facharbeiterlohngruppe 08. 1978 lagen 33 Prozent der Männer unter dieser Lohngruppe, in den höchsten Lohngruppen 010/011 arbeiteten 25 Prozent Männer. Danach kam der Facharbeiter-Einstellungsschub. Seit 1981 bis heute arbeiten ziemlich gleichbleibend ca. 20 Prozent der Männer unterhalb der Lohngruppe 08, also 80 Prozent in Facharbeiterlohngruppen. Während aber 1981 nur 33 Prozent die höchsten Lohngruppen 011/010 bekamen, sind es heute 46 Prozent, also ein Trend innerhalb der Facharbeiterlohngruppen nach oben.

Es gibt allerdings inzwischen verschiedene Anzeichen dafür, daß dieser Trend gestoppt bzw. rückläufig gemacht werden soll. Der Grund dafür liegt mit Sicherheit, wie eingangs erwähnt, in einer geplanten Vereinfachung bzw. Reduzierung von Prüfvorgängen. Das würde dann weniger und auch weniger qualifizierte Prüfer erfordern.

Was zeigt diese Untersuchung, kurz zusammengefaßt? Beim Aufbau einer neuen Technik wird die Belegschaft aufgebaut. Läuft sie, folgt die rasante Vernichtung von Arbeitsplätzen. Bei Siemens/Witten kostete es v. a. Akkord-Frauenarbeitsplätze und brachte folgenden Strukturwandel in der Belegschaft mit sich: enormes Sinken des Frauenanteils; Zunahme des Facharbeiteranteils, Sinken der Akkordarbeit, Ansteigen der Lohngruppen in allen Bereichen, bei Akkordarbeit, bei ungelernten und Facharbeiterzeitlöhnen.

Mit Absicht wird in diesem Artikel wenig eingeschätzt, diskutiert, problematisiert, weil das einfach ausführlicher gemacht werden muß. Z. B. die Frage des Rückgangs des Leistungslohns. Wird heute über den Druck des Vorgesetzten, über den Druck durch die Arbeit selbst im Zeitlohn genau so viel geleistet wie im Leistungslohn, nur bei weniger Geld? Ist Leistungslohn zu befürworten, weil da der BR bei der Lohngestaltung mitbestimmen kann? Oder: Welche aktive Politik — außer dem hilflosen Gegentrudeln gegen die „übermächtige" Rationalisierungswelle oder die „alles" ändernde neue Technik — müssen wir entwickeln und wie umsetzen? Lassen wir es erst mal bei diesen Fragen.



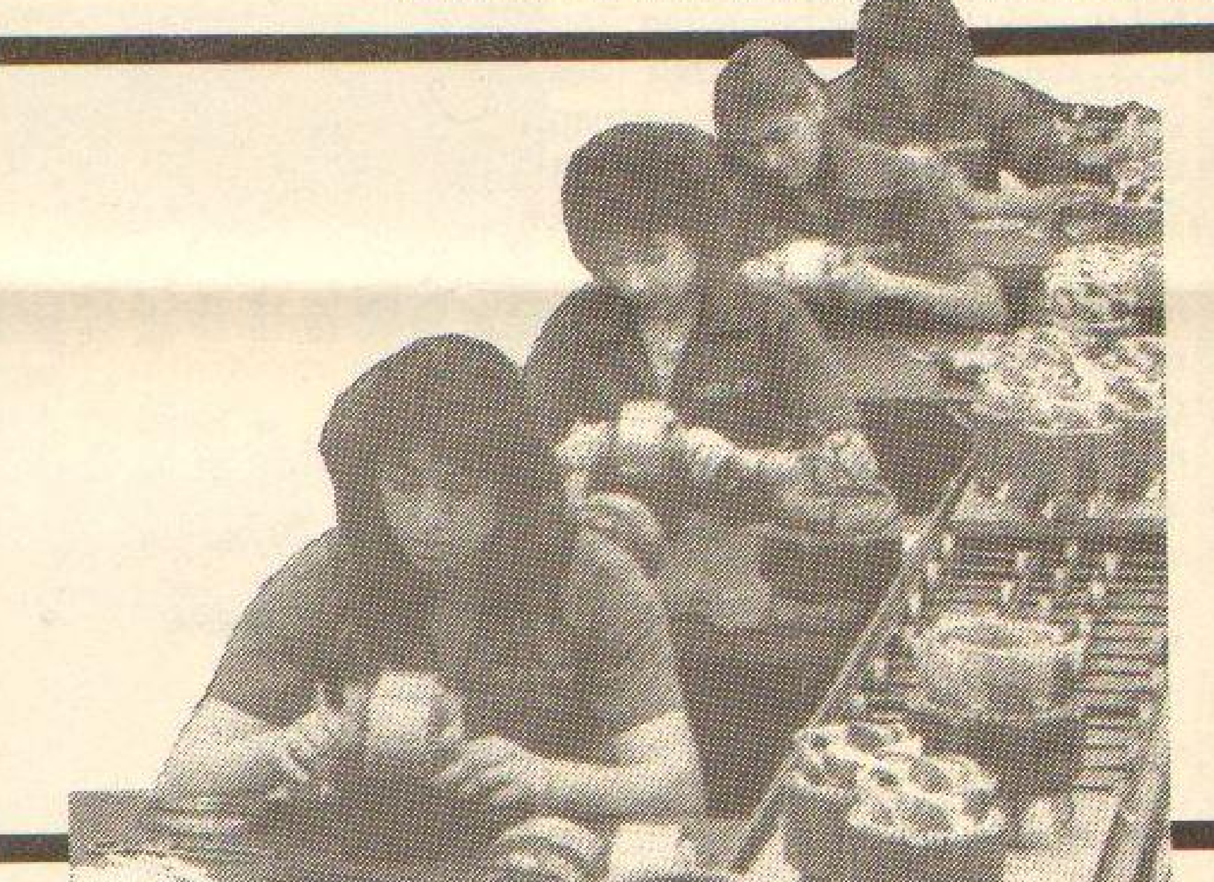
„Frauenarbeit ist leicht und sauber"

„Natürlich ist es schwer, wenn man von morgens bis abends auf tausendfältige Weise eingehämmert bekommt, daß man bloß eine Frau ist. Nach dem Motto: ein zu kurzer Daumen und äußerst magere geistige Fähigkeiten. Schwer, sich dagegen zu behaupten, man muß viel weiter unten damit anfangen, als es die Arbeiter in Männerbetrieben gewöhnt sind.

Das geht los bei der Eingruppierung in Lohngruppe 2 durch Auspunkten unserer Arbeit, wobei es heißt: geistige Belastung 0,5, körperliche Belastung 0,5, Verantwortung für die eigene Arbeit 0 Punkte, also Lohngruppe 2, Stundenlohn 8,78 DM. Keine Angst, das ist alles zu erklären, das ist alles rechtens. Denn, was ist das schon für eine geistige Belastung, wenn man 8 Stunden lang im Halbdunkel abgeschirmt, wie auf einer Hühnerleiter hintereinander sitzend, vor sich die Leiterplatten nach Film mit Dioden, Widerständen, Chips ... per Pinzette bestücken muß. Und das in einem Affentempo, weil man sonst Minderleister ist und vor dem Aus steht. Was ist das schon, wenn einem der Rücken wehtut von der ewig gleichen gebeugten Sitzhaltung, die Augen kaputtgehn von dem angestrengten Gucken auf Film, Löcher in der Leiterplatte, Polung auf den Miniteilchen, was soll's? Müssen wir Frauen dabei denken? Nein, wir dürfen es nicht, wir müssen es abschalten. Müssen die Frauen schwer heben, laufen, tragen? Nein, wir müssen sitzenbleiben in immer derselben Haltung, steifer Nacken, Kopfschmerzen, Kopfschmerztabletten, egal. Wissenschaftliche Untersuchungen darüber, daß gerade das Nichtdenkendürfen, die Monotonie und diese einseitige körperliche und Sinnesbelastung kaputtmachen, egal.

In „unserem Hause" — Originalton der Betriebsleitung — gilt der alte Grundsatz: Frauenarbeit ist leicht und sauber. Da kommt auch die Wissenschaft nicht gegen an. Wenn diese Frauen nervlich runter sind, dann wegen Ärger mit dem Mann, Problemen mit den Kindern oder einem ausschweifenden Lebenswandel."

(Aus dem Bericht einer Siemens-Kollegin)



„Der große Bruder überwacht die Fertigung — und dich mit"

„Diese ganzen Rationalisierungen sind zu sehen, sind zum Anfassen. Was nebenher fast unmerklich läuft und dem einzelnen Kollegen gar nicht so in die Augen sticht, ist die zunehmende Fertigungssteuerung und die Überwachung mittels elektronischer Datenverarbeitung. Da wundern sich die Kollegen im Lager, weshalb plötzlich 2/3 des Lagers dicht gemacht und x Leute über sind. Ja, der Lagerbestand wird verkleinert auf Abruf, der wird mit elektronischer Genauigkeit getätigt, Teile müssen nicht mehr gesucht werden, man weiß wieviel, wann, wo, von wem bestellt, gebucht, abgerufen wurde, das alles wird ausgespuckt per Computer.

Elektronische Steuerung hat viele Gesichter, zum Beispiel auch dieses: jede Leiterplatte wird codiert wie beim Lebensmittelhändler die einzelnen Waren. Per Computer wird sie gespeichert und ihr Fertigungsablauf verfolgt. Man weiß dann, wo, welche Platte, wie fehlerhaft, durch welche Hände, in welcher Zeit geht.

Großer Bruder überwacht die Fertigung, Schritt für Schritt und dich mit. Was da an Systemen ausgeklügelt wurde, das übersteigt unser Fassungsvermögen. Es wundert nur, daß der Durchlauf viel schneller ist, daß die Schwachstellen, die der einzelnen Arbeiterin, dem einzelnen Arbeiter noch eine Verschnaufpause ermöglichen, plötzlich weg sind. Die ganze Fertigung wimmelt von Systemen, die die gebrauchte Zeit mit der veranschlagten Zeit vergleichen können, den geplanten Ausstoß mit dem wirklichen, und, und, und ..."

(Aus dem Bericht einer Siemens-Kollegin)

Qualitätsgruppen

Vor etwa sechs Jahren kam Siemens auf die Idee, in Witten Qualitätsgruppen zu gründen. Auf freiwilliger Basis sollten sich in den verschiedenen Abteilungen Kolleginnen und Kollegen zusammensetzen, um Mängel bei der Herstellung des Produkts festzustellen und für ihre Beseitigung zu sorgen. Was die Kolleginnen und Kollegen teils in die Qualitätsgruppen lockte, war, daß sie sich ernstgenommen und gefordert fühlten und auch glaubten, das sei ein Weg, um Mißstände abschaffen zu können.

Was überwiegend dabei herauskam, war etwas anderes. Recht deutlich wurde das auf einer von den Qualitätsgruppen veranstalteten Ausstellung: Da gab es Rationalisierungsvorschläge noch und nöcher; gegenseitige Schuldzuweisungen der verschiedenen Abteilungen, was die Fehler angeht; Krach unter den Kolleginnen wegen des oft engen Drahts dieser Qualitätsgruppen zu den Vorgesetzten, was äußerstes Mißtrauen hervorrief. Der größte Teil der Belegschaft lehnte diese Arbeit der Qualitätsgruppen ab, wozu auch der Betriebsrat nicht wenig beitrug, und so sanken deren Aktivitäten bis 1984 nahezu auf null.

Wie ein Phönix aus der Asche wurde aber 1985 ein neues Projekt geboren, das sich Qualitätsförderungsprogramm 1985/86 nennt.

Es beinhaltet folgende Maßnahmen:

1. Ein Qualitätsseminar für Führungskräfte, wobei einen Tag lang die höchsten Spitzen des Betriebes über die verschiedenen Bereiche, vermischt mit dicker Siemens-Ideologie, referierten.

2. Die „lieben Mitarbeiter" hören in etwa 15 einstündigen Referaten (während der Arbeitszeit) über 1 1/2 Jahre hinweg über Qualitätsprobleme von der Entwicklung bis zum Kundendienst, ebenfalls vermischt mit dicker Ideologie. Beispiel: „Um die angestrebte Qualität beim Bestücken zu erreichen, müßte eine Bestückerin 21 Stunden ohne Fehler bestücken. Das kann man keinem Menschen abverlangen. Deshalb müssen Automaten, Roboter her."

3. In den Abteilungen werden Qualitätsspiegel aufgezeichnet und öffentlich ausgehängt, das sind Kurven über die Fehlerentwicklung. Falls die Kurve beispielsweise von 96 Prozent auf 93 Prozent sinkt, gibt es sogenannte Qualitätsgespräche mit dem Meister.

4. Es sollen erneut Qualitätsgruppen gebildet wreden, diesmal abteilungsübergreifend, jedoch mit denselben Aufgaben wie früher.

5. Die Kolleginnen und Kollegen bekommen ein sogenanntes Scheckheft Qualität in die Hand gedrückt. Wie im wirklichen Leben kann man die Schecks einlösen, nur nicht gegen Geld. Es gibt Schecks zur Teilnahme an den Schulungen, an der Qualitätsgruppe, für Meistergespräche, Telefonate usw. Die Erfinder des Qualitätsförderungsprogramms nennen das Scheckheft das zentrale Organisationsmittel. Das soll heißen, daß darüber die Teilnahme der Belegschaft, je nachdem, mit Speck oder Druck oder Nichtauffallenwollen, forciert wird.

Ist das Ziel dieses Programms allein die Qualitätsverbesserung? Sicher nicht: dann würde der Schwerpunkt auf der Vermittlung von technischem, direkt brauchbarem und anwendbarem Wissen liegen. Nicht zufällig steht an 1. Stelle der Ziele dieses Projekts, „daß alle Beteiligten die technischen und organisatorischen Maßnahmen verstehen und akzeptieren sollen, die zur Qualitätsverbesserung eingeführt werden."

Also die Akzeptanz für die enormen Rationalisierungsmaßnahmen soll erhöht werden (z. B., daß es besser ist, gar keinen Arbeitsplatz zu haben, als 21 Stunden fehlerlos arbeiten zu müssen). Sicher soll auch die Qualität verbessert werden. Über das Programm der „Mitverantwortung" für das Produkt, dessen Qualität, dessen reibungslosen Verkauf, soll ein „Wir-Gefühl" erzeugt werden — wir Siemensianer, ein Name für Qualität — eine „Beteiligung der Belegschaft an den Anstrengungen zur weiteren Rationalisierung". Der Betriebsrat steht diesem Programm ebenso negativ gegenüber wie dem letzten. Da es aber breiter und vielseitiger ansetzt, sind mehr Erfolge zu befürchten als beim letzten Projekt.



„Schneller als der Markt"

Der Siemens-Unternehmensbereich Kommunikation

Das Wittener Siemens-Werk gehört im Rahmen der Konzernstruktur zum Unternehmensbereich Kommunikation. Die Produktpalette dieses Unternehmensbereichs umfaßt Computer aller Kategorien, Drucker und Fernschreiber bis hin zu Telefonnebenstellenanlagen und die entsprechende Software.

Das Weltmarktvolumen dieses Produktsektors betrug 1984 etwa 360 Mrd. DM, rund 17 Prozent des Weltelektromarktes. Dieser Weltumsatz wird in Wirklichkeit auf einem sehr kleinen Teil der Welt abgewickelt: 165 Milliarden in den USA, 110 Milliarden in Europa (einschließlich RGW-Länder), 55 Milliarden in Japan. Auf die übrige Welt entfallen also knappe 10 Prozent des Weltumsatzes.

Der Bereich Kommunikation macht bei Siemens ungefähr ein Sechstel des Umsatzes aus, was international dem Anteil des Kommunikationssektors am Weltelektromarkt entspricht. Während etwa bei Großcomputern und Personalcomputern der Anteil am Siemens-Umsatz unter dem Weltmarktdurchschnitt liegt, ist Siemens international die Nummer 1 bei Telefonen und Nebenstellenanlagen.

Die Entwicklung geht dahin, alle Bereiche der Sparte Kommunikation zu einem einheitlichen System zu integrieren. Hier heißt ein aktuelles Stichwort ISDN (Integrated Services Digital Network — Postdienste integrierendes digitales Netz). Ende 1985 ist in Witten die Produktion des Kommunikationssystems HICOM aufgenommen worden, das voll ISDN-fähig sein wird.

Derzeit gibt es auf dem Weltmarkt ca. 20 große Systemanbieter. Siemens geht davon aus, daß es in 20 Jahren wesentlich weniger sein könnten.

Entsprechend aggressiv setzt Siemens in diesem Bereich auf Expansion. Schon für das Geschäftsjahr 84/85 vermerkte eine Siemens-Stellungnahme: „der Unternehmensbereich Kommunikation wuchs schneller als der Markt."

In den nächsten Jahren will Siemens den Umsatz in diesem Unternehmensbereich um jährlich durchschnittlich 20 Prozent steigern, was bedeuten würde, daß Siemens Anfang der 90er Jahre seinen Umsatz im Bereich Kommunikation auf ca. 20 Milliarden verdoppelt hätte. Für den Weltmarkt im Kommunikationsbereich wird von Siemens dagegen ein jährliches Wachstum um 12 Prozent angenommen.

Wie der Umsatz soll auch der Gewinn um jährlich 20 Prozent steigen. Das hat laut Siemens zur Voraussetzung, daß der **Umsatz pro Mitarbeiter**, also die Produktivität, um jährlich 10 Prozent steigt.

Derzeit liegt die Beschäftigtenzahl in diesem Unternehmensbereich bei ca. 28000. Sie ist vom September 84 bis September 85 um 12 Prozent gestiegen. Bei der projektierten Produktivitätssteigerung von jährlich 10 Prozent muß Siemens also eine Umsatzsteigerung von über 10 Prozent erreichen, wenn es nicht zu Entlassungen kommen soll. Allerdings haben die wichtigsten internationalen Konkurrenten von Siemens (beispielsweise IBM, Fujitsu und NEC) ähnliche Wachstumsziele.

„zum thema", die Beilage im „Roten Morgen" — Zeitung der KPD.
Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.
Die Zeitung „Roter Morgen" erscheint 14täglich zum Einzelpreis von 1,50 Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

Ich bin interessiert an:
O einer Probenummer der Zeitung „Roter Morgen"
O weiteren Materialien der KPD
O ich möchte Mitglied der KPD werden.

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ....
ab. Nr. ....

O jährlich 40 DM
O halbjährlich 20 DM
O Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....

O Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
O Ich bitte um Vorausrechnung
O Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name ....
Vorname ....
Straße: ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Doch die im Dunkeln sieht man nicht ...

Auch der 3. Prozeß brachte keine Aufklärung in den Fall Schmücker

von KARIN WAGNER



In der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1974 wurde Ulrich Schmücker, damals 22 Jahre alt, im Grunewald in Berlin durch einen Schuß in die Stirn getötet. In einem Bekennerbrief der „Bewegung 2. Juni" hieß es, daß Ulrich Schmücker als Verräter hingerichtet worden sei. Der „Fememord im Grunewald" war das Tüpfelchen auf dem i für die Macher der damaligen Terroristenhysterie.

Zweifel tauchten erst allmählich auf. Stefan Aust schreibt in seinem Buch „Kennwort hundert Blumen": „Vor allem eine Frage erschien allen, die über den Fall nachdachten, völlig unklar: Warum war Ulrich Schmücker, der ja von dem Mißtrauen wußte, das ihm seine ehemaligen Freunde entgegenbrachten, zu nächtlicher Stunde an diese entlegene Stelle des Grunewaldes gegangen? Es tauchte die Theorie auf, daß Schmücker selbst so sehr von der Schändlichkeit seiner Aussagen im Gefängnis überzeugt gewesen war, daß er sich sozusagen freiwillig dem ‚Exekutionskommando' gestellt hatte.

Völlig unklar war auch zunächst, ob Ulrich Schmücker — wie von seinen Mördern in dem Bekennerbrief behauptet — als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet hatte. Der Berliner Innensenator Neubauer hatte als Dienstherr des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz jede Tätigkeit Schmückers für den Verfassungsschutz bestritten ..." Inzwischen ist längst klar, daß Neubauer — und nicht nur er — gelogen hat. Schmücker war dem Verfassungsschutz bestens bekannt. Ein Verfassungsschutzmann, der sich Peter Rühle nannte, hatte 1972, als Schmücker wegen militanter Aktionen der Bewegung 2. Juni im Gefängnis saß, versucht, ihn für den Verfassungsschutz anzuwerben. Ob das gelang oder nicht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Fest steht nur, daß Schmücker ein umfassendes Geständnis ablegte, das auch die Grundlage des Verratsvorwurfs gegen ihn bildete. Fest steht auch, daß Rühl sofort nach der Haftentlassung Schmückers weiter versuchte, ihn als Informanten zu gewinnen. Und fest steht eben auch, daß Schmücker sich am 31.5.74 aus Angst vor Strafaktionen der „Bewegung 2. Juni" mit eben diesem Peter Rühle traf. Unterlagen des Verfassungsschutzes belegen, daß Schmücker erzählt hat, daß man ihn zunächst als Verräter ausgestoßen, ihm dann einen Fragebogen vorgelegt und schließlich die Chance zur Bewährung bei der IRA angeboten habe. In den Unterlagen ist weiter zu lesen, daß Schmücker sich „konkret bedroht" fühlte. Wahrscheinlich wußte der Verfassungsschutz aber noch mehr. Denn Schmücker hatte genau an diesem 31.5.74 einen Brief bekommen, mit dem er zu einem Treff in den Grunewald bestellt wurde. Datum: 4.6.75 nachts. Warum soll Schmücker, der erzählt hat, daß er sich „konkret bedroht" fühlt, ausgerechnet von diesem Brief nichts erzählt haben?

Bereits die Tatsache, daß es diesen Treff am 31.5.74 gegeben hat, reicht aus, um den Vorwurf der Mitverantwortung des Verfassungsschutzes am Mord an Ulrich Schmücker zu beweisen. Der Verfassungsschutz hätten den Mord an Ulrich Schmücker verhindern können — ja eigentlich sogar verhindern müssen. Denn immerhin wurde Schmücker zu diesem Zeitpunkt per Haftbefehl gesucht ...

Aber es gibt noch mehr Tatsachen. Und diese anderen Tatsachen legen zumindest den Verdacht nahe, daß der Verfassungsschutz den Mord an Schmücker nicht nur nicht verhindert hat, sondern direkt in diesem Mord verstrickt ist.

Tatsache Nr. 1: Nachdem die Ermittlungen bereits zwei Jahre gelaufen waren, verplapperte sich der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, der im ersten Prozeß gegen die Wolfsburger Anhänger des „2. Juni" als Zeuge aussagte und erzählte, daß Schmücker am 4. Juni, also wenige Stunden vor seinem Tod, noch einmal bei Rühl angerufen habe. Über das, was dort gesprochen worden ist, wollte der Verfassungschützer nichts sagen und berief sich auf seine fehlende Aussagegenehmigung.

Tatsache Nr. 2: Von einer Angestellten des Hotels, in dem Schmücker an der Pforte arbeitete, wurden zwei handschriftliche Notizen von Telefongesprächen gefunden, die Schmücker am 4.6.74 geführt hatte. Beide Zettel wurden ordnungsgemäß der Polizei übergeben. Sie sind aber bis heute nicht wieder aufgetaucht. Auskunft der Polizei: die Zettel seien verlorengegangen. Die Angestellte, die die Zettel gefunden hat, wurde nie polizeilich vernommen. Ebenfalls „verloren" ging übrigens auch ein handschriftlicher Brief, der in der Tatnacht bei Ulrich Schmücker gefunden und von einem Polizeibeamten der Kripo übergeben wurde.

Tatsache Nr. 3: Schmücker wurde in der Nacht vom 4. auf den 5.6.74 von amerikanischen GIs gefunden. Angeblich gelang es der Berliner Polizei bzw. Staatsanwaltschaft nie, irgendwelche Berichte von den amerikanischen Stellen über die Mordnacht zu bekommen. Als Stefan Aust sich allerdings Ende 1979 an die amerikanische Militärmission wandte, erhielt er u.a. einen Auszug aus dem Tagebuch der Militärpolizei, in dem es hieß: „Vor dem Eintreffen der deutschen Polizei machte ein unbekannter Vertreter der deutschen Presse (BILD) Aufnahmen der Personen auf der Szene."

Tatsache Nr. 4: Jürgen Bodeux, der Ostern 1977 aus der Haft entlassene Ex-Mitangeklagte im Schmücker-Prozeß, auf den wir gleich noch zu sprechen kommen, hat ausgesagt, daß er die Waffe besorgt hat, mit der Wolfgang Weßlau angeblich Schmücker erschossen haben soll. Der ehemalige Besitzer dieser Waffe sagt jedoch, daß die Waffe so veraltet sei, daß man unmöglich mit ihr schießen könne.

Mit welcher Waffe ist Schmücker also erschossen worden? Wer war der Mann, den die GIs am Tatort gesehen haben? Mit wem hat Schmücker kurz vor seinem Tod noch telefoniert? Was wurde bei dem Telefongepräch zwischen Schmücker und Rühle gesprochen? Alle diese Fragen sind nach wie vor ohne Antwort. Zum Teil deshalb, weild er Verfassungsschutz zwar die Antwort weiß, sie aber nicht preisgeben will. Zum Teil deshalb, weil man die Antworten offenbar nicht finden will, denn sonst würde man ja nach ihnen suchen. Und Gründe dafür, daß bestimmte Behörden Angst vor den Antworten bzw. dem Bekanntwerden der Antworten auf diese doch sehr wesentlichen offenen Fragen im Mordfall Schmücker haben, sind ja schließlich durchaus denkbar. Ja, sie drängen sich sofort auf, wenn man sich mit der Frage auseinandersetzt, warum Schmücker zu dem nächtlichen Treffen im Grunewald hingegangen ist.

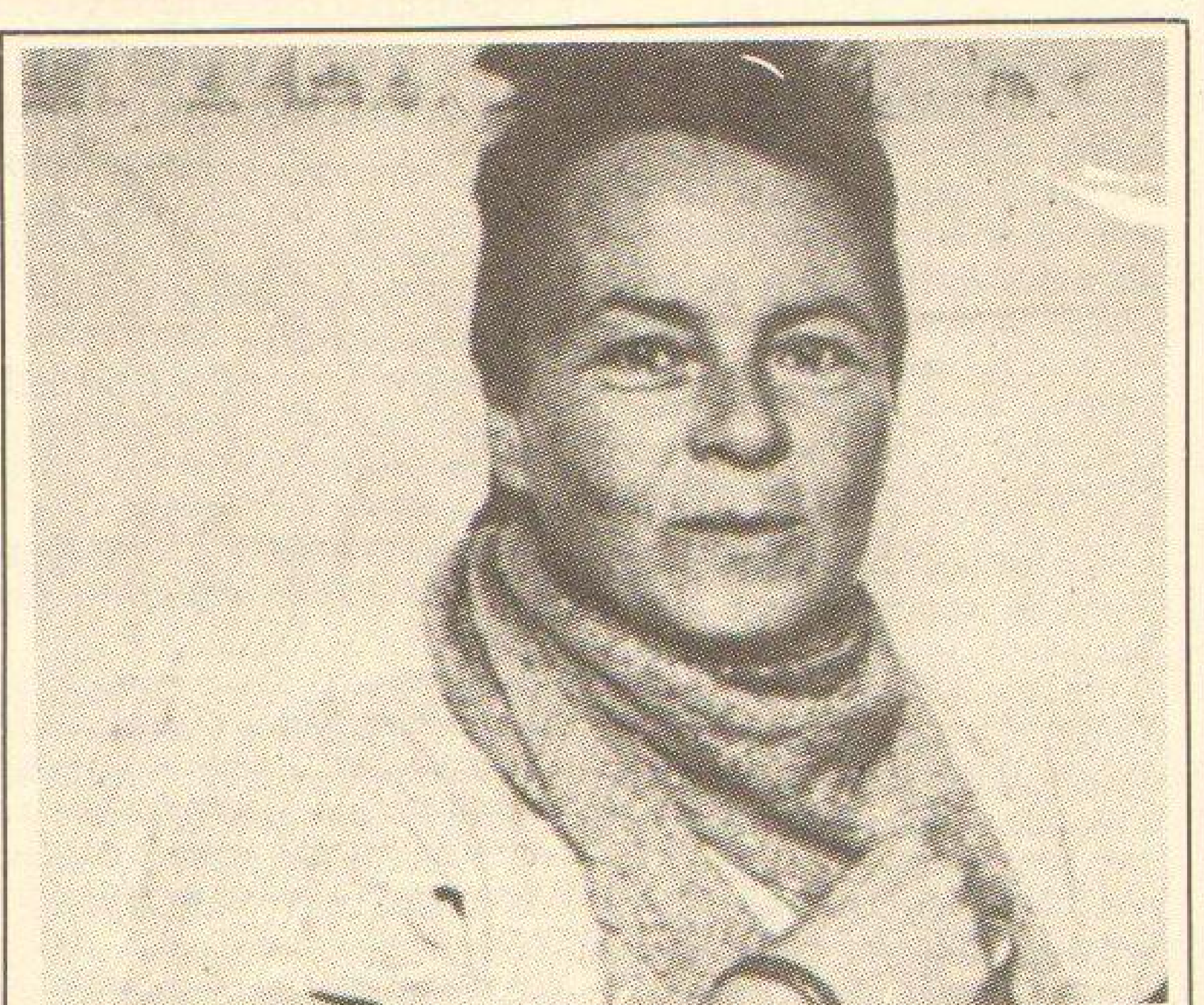
Natürlich ist es eine denkbare These, daß Schmücker „sich sozusagen freiwillig seinem ‚Exekutionskommando' gestellt hat". Aber diese These ist nicht sehr wahrscheinlich. Warum ist Schmücker dann am 31.5.74 hilfesuchend zu Rühle gegangen? Warum hat er ihn sogar — wie ebenfalls aus den Unterlagen des Verfassungsschutzes hervorgeht — um eine Pistole gebeten? Warum hat er am 4.6.74 noch mal bei Rühle angerufen? Viel wahrscheinlicher ist, daß der Verfassungsschutz Schmücker Schutz versprochen hat. Nicht auszuschließen ist sogar — angesichts der offenen Fragen über die Tatwaffe — daß Schmücker möglicherweise von einem Verfassungsschützer selbst erschossen wurde.

Dafür, daß der Verfassungsschutz zumindest mitgeschossen hat, gibt es auch noch in anderer Hinsicht hinreichende Verdachtsmomente. Diese Verdachtsmomente hängen mit der Person von Jürgen Bodeux zusammen. Bodeux stieß nach eigenen Angaben im April 74 zu der Gruppe um Ilse Schwipper (damals Ilse Bongartz). Es gibt aber Hinweise darauf, daß Bodeux schon eher, nämlich am 1.11.73 Kontakt zu Ilse Schwipper aufnahm — und zwar als V-Mann des Verfassungsschutzes. (Am 31.10.73 war Ilse Schwipper aus der Haft entlassen worden). Stefan Aust zitiert in seinem bereits erwähnten Buch verschiedene Aktenvermerke des Bundeskriminalamtes, der Polizei und des Verfassungsschutzes, die eigentlich zweifelsfrei belegen, daß Bodeux für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. Es steht auch fest, daß es beim hessischen Landeskriminalamt eine Geheimakte über Bodeux gibt (DF-2066). Es ist allerdings in allen drei Prozessen niemals gelungen, Aussagen oder Unterlagen über die Verbindungen Bodeux's zum Verfassungsschutz gerichtsöffentlich zu machen. Die Herausgabe von Akten wurde „zum Wohle des Landes" verweigert. Und wenn doch einmal Verfassungsschutzbeamten aussagten, dann mit fehlenden Aussagegenehmigungen in den entscheidenden Punkten. Bodeux blieb in allen drei Prozessen der „glaubwürdige Kronzeuge". Die Rolle des Verfassungsschutzes blieb in allen drei Prozessen im Dunkeln.

Die Begründung der Gerichte für die „Glaubwürdigkeit" Bodeux's war immer die, daß er sich in erheblichem Maße selbst belastet habe. In der Tat. Bodeux hat zwar, was seine eigene Rolle angeht, unterschiedliche Angaben gemacht. Folgt man aber seinem weitestgehendsten Geständnis, dann ergibt sich folgendes Bild: Bodeux hat die „Hinrichtung" Schmückers befürwortet; er hat zur Durchführung der Tat eine Waffe besorgt, Material und das nötige know-how zum Herstellen falscher Papiere u.a.m; er hat den „Hinrichtungsort" mit ausgesucht und er hat Wolfgang Weßlau in die „Örtlichkeiten" eingewiesen. Er hat also eine sehr maßgebliche Rolle gespielt. Was das für politische Konsequenzen hätte, wenn bewiesen würde, daß Bodeux ein V-Mann des Verfassungsschutzes war, liegt auf der Hand ...

An den 391 Verhandlungstagen des dritten Schmücker-Prozesses sollte es — wieder einmal — nicht bewiesen werden. Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn man sieht, wie ein Gericht nach 20minütiger Beratung einen Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt, obwohl keine der vielen offenen Fragen, von denen hier nur einige aufgeführt werden konnten, auch nur ansatzweise im Sinne der Anklage beantwortet wurden. Die Anwälte von Ilse Schwippe und ihren Mitangeklagten wollen ein drittes Mal in Revision gehen. Viel Hoffnung, daß in einem erneuten Anlauf die Wahrheit endlich einmal ans Licht kommt, hat aber wohl niemand.

Weil der Bundesgerichtshof zweimal Gerichtsurteile im Fall Schmücker aufhob, begann am 7.5.1981 der dritte Prozeß vor der 13. Strafkammer des Berliner Landgerichts. Er endete nach 391 Verhandlungstagen am 3.7.86 mit einem unglaublichen Skandal. Völlig überraschend für Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Angeklagte, die gar nicht anwesend waren, verurteilte das Gericht nach nur 20-minütiger Beratung Ilse Schwipper zu lebenslanger Haft und ihre Mitangeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Wie schon in den vorhergegangenen Prozessen stützte das Gericht sich auch diesmal wesentlich auf die Aussagen des Ex-Mitangeklagten Jürgen Bodeux.



Ilse Schwipper, jetzt zum dritten Mal zu lebenslanger Haft verurteilt. 8 Jahre verbrachte sie in diesem längsten Verfahren in der Geschichte der BRD in U-Haft, danach erhielt sie Haftverschonung. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt eine Überprüfung ihrer Haftfähigkeit angekündigt.



Notwendige Nachträge zum RM-„thema“: Nicaragua

von MICHAEL BANOS

Juttas Bericht von ihrer Zeit in einer Brigade finde ich sehr schön. So etwas ist viel zu selten im RM. Ihre kritischen Berichte über die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bieten viele Informationen aber auch Wertungen, die man sicherlich kontrovers diskutieren kann. Etwa die Beschreibung dessen, was in den letzten drei Jahren den Alltag der nicaraguanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bestimmte. Oder die Übernahme der Meinung der MAP-ML, die Sandinisten würden eine Wirtschaftspolitik à la Friedman betreiben. Aber das ist nicht meine hauptsächliche Kritik.

Ärgerlich — und einen richtigen Rückfall in alte Zeiten — finde ich den Zusammenhang, in den die Redaktion Juttas Artikel stellt. Denn auf der ersten Seite von „zum thema“ findet sich rechts unten noch ein kleinerer Artikel. Und ich denke, man tut Jutta sehr Unrecht, wenn man ihn nicht kennzeichnet, denn dieser Artikel ist von der Redaktion gemacht. Ich selbst hab' viele, auch kritische Artikel zur nicaraguanischen Revolution geschrieben, aber bis heute nie einen Anlaß gesehen, mich nicht zu bemühen, sie unter der Parole Solidarität mit Nicaragua zu machen. Durch den reaktionellen Kommentar bekommen aber die kritischen Anmerkungen Juttas ein falsches Gewicht. Ich möchte das belegen.

Zunächst wird mit einigen lapidaren Sätzen über die 100-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contra hinweggegangen. „Nur die Spitze eines Eisbergs. Die Dollars fließen seit Jahren ...“ Diese 100 Millionen Dollar „Spitze“ sollte man doch mal in ihren Dimensionen für Nicaragua genauer skizzieren. Ich tue das an anderer Stelle.

„Hände weg von Nicaragua — das bleibt die Hauptlosung ...“ heißt es weiter. Von Solidarität mit Nicaragua steht da nichts, und das ist sicher kein Zufall, wenn einige Zeilen tiefer auch noch eine Warnung vor „blinder“ Solidarität auftaucht, und dann dazu noch der Hinweis auf die Bedeutung der „inneren Entwicklung“. Diese Entwicklung ist aber entscheidend geprägt durch den oben genannten Eisberg aus den USA. Gut, ich kenne meinen Mao auch noch: „Die Grundursache der Entwicklung eines Dinges liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb desselben; sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit. Allen Dingen wohnt diese Widersprüchlichkeit inne, und sie ist es, die die Bewegung und Entwicklung der Dinge verursacht.“ (Mao: Über den Widerspruch, AW Bd. 1, S. 367) Auch richtige Sprüche unseres alten roten Übervaters haben schon oft zu unglaublichen politischen Plattheiten geführt. ***Den Nicas steht das Wasser bis zum Hals, nicht einen Tag haben sie in Ruhe am Aufbau ihres Projektes arbeiten können, sie sind bedroht und offen bekämpft von der größten imperialistischen Weltmacht, versuchen mit einer Art von Kriegswirtschaft über die Runden zu kommen, da kommt der RM daher, und warnt vor „blinder“ Solidarität und weist auf die — ausschließlich kritisch dargestellte — „innere Entwicklung“ hin. Wenn das nicht entsolidarisierend wirken muß!***

Mal umgekehrt gefragt: Wenn es diese im RM ausführlich beschriebenen (negativen) Entwicklungen und Prozesse alle nicht gäbe, das Land ganz „korrekt“ eine Politik gegen Imperialismus und Bourgeoisie machen würde, (nb: eine ziemlich idealistische Erwartung) hätte dann die nicaraguanische Revolution eine Chance gegen die Amis? Konkret: Ich glaube, daß im Moment die entscheidende Hilfe für Nicaragua von außen kommen muß, indem der politische Preis für die verdeckte und offene Aggression für die Reagan-Regierung enorm hochgeschraubt wird, der Würgegriff um Nicaragua gelockert wird. Es gibt weltweit eine Solidaritätsbewegung, es gibt eine erstaunlich starke und rege Solidaritätsbewegung in Westdeutschland. Kein Wort dazu im RM — das ist eigentlich der Skandal. Wenn unsere Partei ihren internationalistischen Anspruch auch nur einigermaßen aufrechterhalten will, muß sie sich — positiv! — zur Nica-Solidarität verhalten.

„Nicht zuletzt“ wollte der RM auf die inneren Probleme Nicaraguas eingehen, er hat es an erster Stelle und ausschließlich getan, weshalb einiges „zum thema“ Nicaragua nachzutragen bleibt.

Die Revolution

Zum 7. Jahrestag der Revolution von Nicaragua sollte es selbstverständlich sein, ganz einfach einen Gruß, einen Glückwunsch an die Menschen in Nicaragua zu senden. Nicht als Pflichtübung in bekannter Form „Euer heroischer ... blabla ...“, sondern als Ausdruck, daß man sich auch freut, über das, was die Menschen in Nicaragua erreicht haben. Und das ist — trotz aller widrigen Umstände, trotz aller berechtigten Kritik an verschiedensten Maßnahmen der FSLN — eine ganze Menge.

Ein RM-Artikel zum 7. Jahrestag sollte darauf hinweisen: Die Alphabetisierungskampagne führte dazu, daß viele Menschen lesen und schreiben lernten, auch in den entlegensten Dörfern. Ein breites Bildungsangebot wurde entwickelt und vor allem auf dem Lande für dessen Durchführung gesorgt.

In allen Regionen wurde ein Gesundheitssystem aufgebaut, die die kostenlose medizinische Versorgung der Menschen gewährleistet. Es entstanden Gesundheitsposten und -zentren und viele neue Krankenhäuser. 3,3 Mio. Impfungen wurden durchgeführt, früher übliche Krankheiten gehen zurück.

Die aufgebauten Massenorganisationen garantieren eine breite Beteiligung und Mobilisierung der Menschen in allen Bereichen für die Revolution. Bürokratische Tendenzen sind schon lange Kritik- und Diskussionspunkte dort in Nicaragua. Aber an all diesen Organisationen kann man in Nicaragua heute nicht mehr vorbei, sie sind auch ein Stück direkter Demokratie.

Für Lateinamerika und die sogenannte dritte Welt einmalig ist die Politik zur besonderen Situation der Frauen. Mit ersten Gesetzesgrundlagen wird versucht, der Gleichberechtigung näherzukommen, was in einem klassischen Land des „Machismo“ schon ziemlich viel ist.

Man könnte noch lange weitermachen, über das Aufblühen der nicaraguanischen Kultur z. B., über die Umgangsformen von Führung und Massen und und und ...

All das ist erreicht worden unter unsäglichen Opfern. Nicht nur im Kampf gegen Somoza, sondern die Opfer werden dem nicaraguanischen Volk bis heute abverlangt. Und es hält durch! Nicht zuletzt darum ist die nicaraguanische Revolution weltweit anerkannt, eine Hoffnung, eine Ermutigung nicht nur für die Menschen in Zentral- und Lateinamerika. Ein Gruß an *Nicaragua libre*, das freie Nicaragua, mit der Parole, die im vergangenen Jahr ausgegeben wurde: *Nicaragua victoriosa — nie se vende, ni se rinde!* Das siegreiche Nicaragua wird sich weder verkaufen, noch unterwerfen. *Jamas* — niemals, wie die Nicas auf diese Parole immer wieder antworten!

Der Krieg

Die Opfer des Krieges in Nicaragua: Über 180000 Vertriebene und Umgesiedelte, 7500 Waisen, 12562 Tote. Nicaragua hat rund 3 Mio. Einwohner, die BRD über 61 Mio. Würde die BRD unter dem Contra-Terror leiden, lauteten die Zahlen: 252396 Tote, 153900 Waisenkinder und knapp 4000000 Umgesiedelte und Vertriebene ...

Zum Krieg kommt das Handelsembargo. Bis zum Embargo, das Ronald Reagan auch noch beim Besuch bei Kohl verkündete, wurden ungefähr 20 Prozent der Ein- und Ausfuhren mit den USA getätigt. Am schlimmsten sind der Gesundheitsbereich und der Agrarsektor betroffen. Die Technik ist traditionell auf US-amerikanische Produkte ausgerichtet. Jährlich werden Ersatzteile und Material im Wert von 2 Milliarden Dollar benötigt. Die Folgen liegen auf der Hand ...

Auch die BRD macht da mit: 40 Millionen Mark zugesagter Entwicklungshilfe wurden gesperrt, Entwicklungshelfer zurückgezogen und ein „privates“ Beispiel: Seit gut zwei Jahren wartet Nicaragua auf von Siemens zugesagte Telefonzentralen und elektronische Ersatzteile. Ausbau und Verbesserung des Telefonnetzes in Nicaragua stagnieren ... Die Exportproduktion war im letzten Jahr um ein Drittel (!) geringer als normal, insbesondere durch die kriegsbedingte Unmöglichkeit, einen Großteil des Kaffees, der Holz-, Fischerei- und Bergbauproduktion einzubringen. Dazu kommt noch die ungünstige Preisentwicklung auf dem Weltmarkt für Zucker, Baumwolle, Kaffee ...

Und jetzt die 100 Millionen Dollar für die Contra! Es muß klar sein, daß das nicht nur heißt, daß sich der Krieg länger hinzieht, anhalten wird. Er wird für Nicaragua um ein Vielfaches schlimmer werden. Mit der Dollar-Spritze werden die Contras bessere Waffen haben, größere Schäden anrichten können, noch mehr Menschen töten und in den Krieg verwickeln, die Produktion, den Aufbau hemmen. Zusätzlich ist bekanntgeworden, daß in Panama US-Experten chemische und biologische Waffen und Entlaubungsgifte aus Vietnam für den Einsatz in der mittelamerikanischen Region „umarbeiten“ ...

Im vergangenen Jahr trat in Nicaragua ein bislang unbekanntes Fieber auf, die Bekämpfung dieser Epidemie hat allein den Jahresetat des Gesundheitsministeriums verschlungen ...

Z. B. Städtepartnerschaften

Wer die Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAUBWK-FAUHDAFAURGIMKG-NHTKPDPA von Juni '86 zum Thema Antiimperialismus liest, kann sich neur schwer vorstellen, daß der Verkauf von Nica-Bananen oder das Unterschriftensammeln für eine Städtepartnerschaft etwas mit Antiimperialistischem Kampf zu tun hat. Hat es aber.

Stellen wir eine solche Städtepartnerschaftsgruppe — mit ihren eigenen Worten einmal vor:

Die Projektgruppe

- *informiert in der Bochumer Öffentlichkeit über die Belange der Partnerstädte Boaco und Santa Lucia;*
- *sammelt Geld und Sachspenden für die Unterstützung unserer Parter;*
- *unterstützt Bochumer Schulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgruppen usw., die eine direkte Partnerschaftsbeziehung mit einer entsprechenden Einrichtung in Boaco oder Santa Lucia aufnehmen möchten;*
- *wirkt darauf hin, daß der Rat der Stadt Bochum sich diese Städtepartnerschaft offiziell zu eigen macht.*

Die Projektgruppe Nicaragua arbeitet mit dem Ziel, zwischen Bochum und Boaco/Santa Lucia eine dauerhafte und lebendige Städtepartnerschaft zu errichten. In ihr haben sich Bochumer Bürger, Mitglieder und Vertreter verschiedener Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Initiativen und ungebundene Einzelpersonen zusammengeschlossen.

(Aus „NICA PRESS“ Bochum)

Konkret bedeutet die Arbeit dieser Gruppe, daß zum einen das Thema Nicaragua in der Stadt bei vielen gewerkschaftlichen, kirchlichen Treffen, bei Veranstaltungen der Linken, der Szene oder durch eigene Aktivitäten permanent auftaucht. (Da werden dann auch Bananen verkauft!)

Zum zweiten unterstützt die Projektgruppe schon heute ein praktisches Projekt, nämlich den Aufbau einer Kindertagesstätte in Boaco, wo schon 150 Kinder ihre Eltern verloren haben.

Und zum dritten wird mit einer breiten Unterschriftensammlung die Stadt dazu aufgefordert, die jetzt schon bestehenden Beziehungen offiziell „abzusegnen“. Man sieht, es geht um mehr als ein neues Schild am Ortseingang.

Über 70 solcher Initiativen gibt es in der BRD und Westberlin schon. Acht nicaraguanisch-deutsche Städtepartnerschaften wurden inzwischen von den jeweiligen Stadträten beschlossen. Berlin-Kreuzberg — San Rafael del Norte, Bielefeld — Esteli, Dorsten — Wasala, Freiburg — Wiwili, Langenselbold — Diriamba, Nürnberg — San Carlos, Offenbach — Rivas, Schwerte — Pantasma-Tal.

Es liegt auf der Hand, daß das zunehmende Netz von Verbindungen nach Nicaragua — auch über die Kommunen — ein wirksames Insturment ist, um einerseits die Blockadepolitik der Bundesregierung zu bekämpfen, es ihr immer schwerer zu machen, die US-Politik widerspruchslos zu unterstützen. Zum anderen sind all diese Projekte — ob schon „offiziell“ oder noch nicht, wegen ihrer praktischen Ausrichtung auch immer ein Stück konkreter Hilfe für die nicaraguanische Revolution im Überlebenskampf.

Nicaragua muß überleben! Nicaragua debe sobrevivir!

Aufruf des Informationsbüros Nicaragua:

Nicaragua braucht unsere materielle und politische Solidarität. Viele Projekte der Revolution können nicht mehr sichergestellt werden angesichts des Krieges. Deshalb haben sich die verschiedenen Ministerien, Massenorganisationen und Institutionen nach gemeinsamen Beratungen zu diesem Hilferuf entschieden.

Um den Unterricht an den Schulen und in der Erwachsenenbildung fortführen zu können, braucht Nicaragua im nächsten Jahr: Bleistifte, Kugelschreiber, Rechenhefte etc.

Um den Anbau von Grundnahrungsmitteln sicherstellen zu können, braucht Nicaragua für die Versorgung der Kleinbauern und Campesinos: Macheten, Getreidehandmühlen, Messer etc.

Um die Produktion in den kleinen Handwerks- und Industriebetrieben aufrechterhalten zu können, braucht Nicaragua: Bäckerhefe, Maizena, Plastikknöpfe, Nähseide etc.

Um die kostenlose Gesundheitsversorgung der Bevölkerung weiterhin garantieren zu können, braucht Nicaragua: Wurmmittel, Sulfonamide, Antimalariamittel etc.

(Die komplette Liste können wir für 3,— DM in Briefmarken verschicken.)

Informationsbüro Nicaragua e.V. Postfach 101320, Hofaue 51, D-5600 Wuppertal 1, Spendenkonto: 976738 Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

Zwei Dokumente zu Südafrika

Auszüge aus zwei aktuellen Dokumenten zu Südafrika: Die Rede des Pastors Dr. Khumalo auf der Aktionärsversammlung von Daimler Benz in Stuttgart, in der das Wirken dieses Konzerns sehr konkret entlarvt wird, ist das eine. Erschienen ist der gesamte Redebeitrag im Verlag GNN, Stuttgart. Und Auszüge auch aus dem Bericht von Frau Mokhesi vor dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid über die Todesurteile gegen die „Sechs von Sharpeville“ im Dezember 85.

Beide Dokumente sind in zweierlei Hinsicht interessant. Einmal, weil es jeweils um konkrete Vorfälle bzw. Vorgehensweisen des Rassistenregimes und der kapitalistischen Konzerne geht, zum anderen, weil gerade dadurch etwas deutlicher als in ständigen relativ allgemeinen Meldungen über Widerstandsaktionen sichtbar wird, wie sich der Kampf gegen die Apartheid dort abspielt.

„Opfer politischer Entscheidungen, nicht eines Prozesses“

Aus dem Bericht an die UN-Sonderkommission

Am 13. Dezember 1985 wurden sechs Schwarze, unter ihnen eine 24jährige Frau, vom Obersten Gerichtshof in Pretoria zum Tode verurteilt. Die Sechs, alle aus Sharpeville, einem 1947 gegründeten schwarzen Township, sollen für den Tod des stellvertretenden Bürgermeisters Kuzwayo Jacob Dlamini gehängt werden. Er starb am 3. September 1984 während der Unruhen, als sich das schwarze Volk in den Vaal-Townships erhob, um gegen die Mieterhöhungen zu kämpfen, die die unpopulären lokalen Stadträte beschlossen hatten. Die Mieterhöhungen sollten am 1. September 1984 in Kraft treten. Das Township Sharpeville, das nach dem berüchtigten Massaker im März 1960 in die Schlagzeilen gekommen war, geriet erneut ins Rampenlicht. Eine Untersuchung der Ereignisse, die dazu führten, wird uns helfen zu verstehen, wohin sich die südafrikanische Gesellschaft entwickelt, und wird ebenso unsere Überzeugung bestärken, daß die Freiheit des schwarzen Volkes in Südafrika nicht länger unterdrückt werden kann.

Die Einwohner von Sharpeville, die der Richter, Herr W. J. Human (ein Name voller Ironie), des Mordes für schuldig befand, sind Mojafela Reginald Sefatsa, 30, Reid Malepo Mokoena, 22, Oupa Moses Diniso, 30, Theresa Ramashamula, 24, Duma Joshua Khumalo, 26, und Francis Don Mokhesi, 28. Zwei weitere Einwohner von Sharpeville, Motseki Christian Mokubung, 23, und Motsiri Gideon Mokone, 21, die von der Anklage des Mordes freigesprochen wurden, wurden zusammen mit den Sechs wegen „Subversion und böswilliger Sachbeschädigung und Brandstiftung“ zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Alle Angeklagten plädierten in allen Anklagepunkten auf nicht-schuldig.

Bei der Urteilsverkündung nannte der Richter die Mörder „grausam, rückständig und barbarisch“. Er erkannte keine mildernden Umstände an. Er schien keine Zweifel zu haben, daß die Acht schuldig waren und „Verachtung gezeigt hätten für eine friedliche Gesellschaft, für Recht und Ordnung“. (Morning Star, Großbritannien, 16.12.85)

Für uns ist das ein weiteres Anzeichen für die Tatsache, daß entweder der Richter und das Gesetz, das er sehr anbetet, von dem Los der Schwarzen in Südafrika wirklich keine Ahnung haben oder daß sie es bewußt ignorieren.

Im August 1984 genehmigten die Stadträte in den schwarzen Townships im Vaal-Gebiet Mietsteigerungen mit Wirkung vom 1. September des Jahres. Ein solcher Beschluß war für die Leute nicht akzeptabel, denn er bedeutete für einen schon geplagten Teil der Gesellschaft eine weitere finanzielle Belastung. Sie hatten bereits mit einer wesentlichen Steigerung der Umsatzsteuern, eine hohen Arbeitslosenrate und einer Inflation von ungefähr 14 Prozent im Jahr fertig zu werden. Um diese Tatsachen zu veranschaulichen, brauchen wir nur die Lebensumstände von einigen der Angeklagten zu betrachten.

Mojafela Sefatsa zum Beispiel war selbständig, er verkaufte zur Zeit seiner Festnahme Früchte und Gemüse. Seine 25 Jahre alte Frau ist arbeitslos, und sie haben ein 16 Monate altes Kind, das nach Sefatsas Verhaftung zur Welt kam. Khumalo war ein Student im zweiten Jahr am Sebokeng-College of Education. Theresa Ramashamula arbeitete in einer Raststätte. Obwohl die anderen leidlich Arbeit hatten, hatte keiner von ihnen eine eigene Wohnung. Sie lebten bei ihren Eltern, obwohl einige verheiratet waren.

Die Entscheidung, die Mieten zu erhöhen, wurde von unpopulären Stadträten getroffen, die mit einer nur sehr geringen Wahlbeteiligung gewählt worden sind und deshalb nicht als repräsentativ oder legitim angesehen werden. (Zu den Mieterhöhungen s. „The Guardian, Großbritannien, 5.9.84)

So wurden am 2. September im Vaal-Gebiet große Kundgebungen durchgeführt, um friedlichen Widerstand gegen die Mietsteigerungen zu leisten. Die Leute beschlossen, von Arbeit und Schulen fernzubleiben, wenn die Erhöhungen nicht zurückgenommen würden. Es muß betont werden, daß Gewalt nicht beabsichtigt war, als diese Protestversammlungen gegen die Mieterhöhungen stattfanden. Am 3. September marschierten die Leute zu ihrer jeweiligen örtlichen Entwicklungsbehörde, um eine Erklärung zu verlangen, den Behörden zu demonstrieren, daß die Mieterhöhungen von der Mehrheit der Bewohner abgelehnt werden, und um sie womöglich unter Druck zu setzen, die Erhöhungen zurückzunehmen.

In Sebokeng, einem Township ca. 20 km von Sharpeville entfernt, das in den frühen 70er Jahren errichtet worden war, versammelten sich die Leute vor dem Haus eines örtlichen Ratsmitglieds. Bevor er sich überhaupt nach den Beschwerden der Leute erkundigt hatte, begann er aus dem Fenster seines Hauses zu schießen, er traf fünf Menschen, darunter einen zwölfjährigen Jugendlichen, und tötete mindestens einen. Daraufhin wurde sein Haus mit Steinen beworfen, und er wurde gefaßt und getötet, als er zu entkommen versuchte.

In Sharpeville schoß der stellvertretende Bürgermeister Jacob Dlamini ebenfalls auf die Bevölkerung. Gideon M. Mokone, den er am Bein verwundete, erhielt eine achtjährige Gefängnisstrafe für „Subversion und böswillige Sachbeschädigung und Brandstiftung“. Mokone wurde festgenommen.

Der Richter betrachtet die Township-Bewohner als mörderischen, amoklaufenden Mob. Er läßt keine mildernden Umstände gelten. Aber wenn die Leute einen Mord geplant hätten, hätten sie heimlich eine kleine Gruppe organisieren können, die in der Nacht zu Dlaminis Haus gegangen wäre, nicht morgens um sieben. Sie hätten versuchen können, einen öffentlichen Zwischenfall zu vermeiden, um einer Verhaftung zu entgehen. Aber sie waren nicht auf Mord aus. Es ging um eine allgemeine, öffentliche Angelegenheit. Das Gericht will nicht anerkennen, daß es sich um wirkliche Beschwerden handelte. Es will nicht anerkennen, daß die Bevölkerung von Sharpeville zu Recht Erklärungen für die Mietererhöhungen forderte, und ebensowenig will es anerkennen, daß der stellvertretende Bürgermeister die Gewalt mit einer Schießerei eröffnet hatte. Hätte er anders reagiert, wären die Dinge womöglich anders gelaufen (...)

Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf einen Zeugen, einen Mr. X, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit aussagte. In der Tat sagten alle Zeugen der Anklage unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus, was es schwierig macht, ihre Aussagen zu beurteilen. Es wäre interessant herauszufinden, auf welcher Grundlage die Zeugen der Anklage ausgesucht und ausersehen wurden. Ebenso, auf welcher Grundlage die Angeklagten von der Polizei aufgegriffen wurden, denn sie wurden nicht während der Tat festgenommen. Geschah dies lediglich auf Grundlage der Information seitens der Zeugen der Anklage, identifizierten alle Zeugen die gleichen Leute, identifizierten sie sie mit Namen usw., und gibt es einen Grund zu glauben, daß die Zeugen sehen konnten, was damals geschah, ohne daß sie selbst in die Aufstände verwickelt waren? Der Sowetan berichtet am 1.10.85 über einen der Zeugen, Mr. X, folgendes:

„Mr. X sagte, er hätte so getan, als sei er Teil des wütenden Mobs gewesen, der das Haus des Ratsmitglieds an diesem Tag mit Steinen beworfen haben soll. Er sagte, daß er aus Furcht gehandelt habe, aber daß er sich selbst in einer Hütte habe verstecken können. Später an diesem Tag rief er die Polizei an und gab ihr einen Bericht von den Vorfällen.“

Wenn Mr. X mit seiner Aussage recht hat, daß er die Polizei am gleichen Tag des Vorfalls angerufen habe, warum wurde dann z.B. Mokhesi fünf Monate später, im Februar 1985, festgenommen? Während der ganzen Zeit hat Francis Mokhesi nicht versucht zu flüchten. Würde er nicht einen Fluchtversuch unternommen haben, wenn er schuldig gewesen wäre? Außerdem, wenn mehr als sechs oder acht Leute an dem Demonstrationsmarsch teilgenommen haben, wie das Beweismaterial eindeutig zeigt, wurden Anstrengungen unternommen, die anderen zu bekommen?

Ben Khumalo:

Daimler-Motoren für die südafrikanische Armee

Ich nehme die Gelegenheit wahr, mit Ihnen zu sprechen, da ich erschüttert — ja voller Empörung und Unverständnis bin über die Rolle, die die Firma Daimler-Benz in Zusammenhang mit ADE spielt. Diese Firma ist ja ein halbstaatliches Projekt der südafrikanischen Regierung, in der die DBAG eine 12,5-prozentige Beteiligung hat. Dort werden mit Daimler-Benz-Lizenz Dieselmotoren hergestellt, die in fast allen Militärfahrzeugen der südafrikanischen Armee eingebaut werden.

Selbst in Südafrika ist es keine Insider-Information mehr, daß das Projekt Atlantis Diesel Engines nicht zuletzt militärisch-strategischen Erwägungen entstammt. Im Jahr 1977 hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, mit der Stimme der Bundesrepublik Deutschland, ein Waffenembargo gegen Südafrika verhängt, das unter anderem auch die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung von Rüstungsgütern verbietet. Offensichtlich um das verhängte Waffenembargo zu umgehen, wurde die Gründung der ADE unter Führung der staatlichen IDC vorangetrieben, um die Versorgung mit schweren und schwersten Motoren sicherzustellen. Und so wurden zuverlässige Partner gesucht, um das technische Know-how für den Bau von Dieselmotoren zu liefern. Die Ausschreibungen enthielten, laut dem vorher zitierten Artikel in der „Financial Mail“, „allerlei Bedingungen bezüglich der Bereitschaft und Willigkeit, das Militär zu beliefern“. Über diese Bedingungen stolperte die US-amerikanische Firma Cummins und schied aus dem Rennen aus — die damalige Regierung der USA hielt sich an das Waffenembargo. Daimler-Benz und die britische Firma Perkins hatten solche Skrupel nicht und bekamen den Auftrag.

Die Dieselmotoren-Produktion in Atlantis sollte eine gewisse Monopolstellung erhalten. Staatlicherseits wurde eine 30-prozentige Einfuhrsteuer für Dieselmotoren erhoben. „Trucks and Transports“ kommentiert, die Idee sei, „sicherzustellen, daß die Privatwirtschaft für die Kosten der Subvention der militärischen Autonomie aufkommen sollte“.

Es ist empörend, ja eine Ungeheuerlichkeit, wenn die DB-Direktion gar wiederholt behauptet und sich bewußt so anstellt, als wüßte sich nicht von den Erwägungen und Hintergründen, die spätestens bei der Lizenzgewährung und im Zusammenhang mit der Kapitalbeteiligung Allgemeinwissen gewesen sein müßten. Selbst der Geschäftsführer von Mercedes-Benz of South Africa, Jürgen Schrempp, macht kein Hehl daraus, daß seine Aktiengesellschaft ein Projekt von militärisch-strategischer Bedeutung mitbetreibt. Zwar drückt er sich in einem Interview im „Leadership Magazin Profil“ etwas vornehm zurückhaltend aus; er sagt: „ADE wurde von den Behörden, so wie ich es verstehe, aus strategischen Gründen errichtet.“

(...)

Der Arbeitsalltag bei ADE sieht entsprechend aus.

Entgegen früherer Werbeparolen zur Umsiedlung nach Atlantis, denen zufolge Arbeit und Verdienstmöglichkeiten der Hülle und Fülle wären, sind von den einst 2700 heute nur noch 1800 Menschen bei Atlantis Diesel Engines beschäftigt. Gut über 60 Prozent der Bewohner im arbeitsfähigen Alter sind arbeitslos. Auf beiden Händen könnte man die Familienväter aufzählen, die zwei Monate im Gefängnis verbracht haben, da sie die Miete — monatlich Rand 250 — nicht mehr zahlen konnten. Derzeit bangen allein 456 Familien darum, daß man sie auf die Straße wirft, denn — nicht nur wegen der hohen Miete — die Stromkosten von monatlich R 60 bis R 80 sowie die Wasserrechnungen sind ihnen mittlerweile weit über den Kopf gewachsen. Diese Ausgaben werden bewußt und gezielt in die Höhe getrieben, berichtet eine Frau, denn selbst die Zähler werden nicht mehr jeden dritten Monat abgelesen, wie bisher, sondern monatlich. Bei jeder Ablesung wird eine Gebühr in Höhe von R 4,50 fällig; somit erhöhen sich die Wasserrechnungen um insgesamt R 13 in drei Monaten.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, erlauben Sie, daß ich an dieser Stelle schweige, statt Ihnen auch noch zu schildern, wie oft eine Familie in Atlantis pro Woche ohne Frühstück, ohne Mittagessen, ohne Abendessen, auskommen muß. Die Suppenküche, die die Bürgerinitiative Atlantis Residents' Association ins Leben gerufen hat und betreibt, wäre sonst ja nicht nötig. Nicht von ungefähr heißt die Arbeitersiedlung Atlantis heute im Volksmund „Hungry Town“ — Hungerstadt!

„Nedim Hazar. Einer von eineinhalb Millionen. Einer mit dem Akkordeon statt der Saz im Gepäck, der zunächst nach Australien auswanderte und seit 1980 in der BRD lebt. Ein Musiker und Sänger aus Leidenschaft und aus Trotz gegen arrogante Unkenntnis, Mißachtung und Verachtung türkischer Kultur hierzulande. Die Fähigkeit, kulturelle Grenzen zu wechseln und aus den verschiedenen Kulturen zu schöpfen, trifft auf ihn exemplarisch zu. Die sehr enge Zusammenarbeit mit deutschen Musikern in der Gruppe ‚Morgenland' hat diese Fähigkeit zum Ausdruck gebracht. ‚Morgenland', das sind heute Nedim Hazar und der Kölner Saxophonist und Flötist Geo Schaller. Beide sind seit 1985 fest bzw. als Gast beim ‚Ensemble der Ruhrfestspiele' engagiert. Ihre Musik will eine Brücke zwischen deutscher und türkischer Musik und Dichtung bilden, weil eben beides zur deutschen wie auch zur türkischen Wirklichkeit gehört, wie die Saz, ganz gleich ob es dem deutschen Ohr nun paßt oder nicht: ‚Wer sich selbst und andere kennt,/ wird auch hier erkennen: / Orient und Okzident / sind nicht mehr zu trennen.'" (Goethe)

Diese Sätze stammen von Jürgen Fischer, Dramaturg beim Ensemble der Ruhrfestspiele und Theaterschreiber. Vielen Lesern des ,,Roten Morgen" wird Nedim Hazar ein Begriff sein. Gemeinsam mit Günter Wallraff und der „Gelben Hand" war er jetzt auf Tournee gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Jetzt liegt seine erste Platte, produziert bei Eigelstein vor. Das rote Groschenheft „radikal" sprach mit Nedim Hazar und stellte dem „Roten Morgen" das Interview freundlicherweise zum Abdruck zur Verfügung.

radikal: Wie bist du zur Musik gekommen?

Nedim: Als ich fünf Jahre alt war, hat mir meine Mutter ein Akkordeon gekauft, und seitdem habe ich immer was mit Musik zu tun gehabt.

Während des Kampfes um die 35-Stunden-Woche habe ich mit einer Reihe anderer Musiker für die IG Metall vor Streiktoren gespielt. Dabei habe ich Georg kennengelernt. Wir haben festgestellt, daß wir beide in Köln wohnen und hatten starkes Interesse, miteinander Musik zu machen. Ich als Türke meine Musik, meine Perspektive — er als Deutscher seine Musik, seine Perspektive. Wir wollten versuchen, was daraus werden kann. Das war kein Labor-Ding, wo man sich hinsetzt und überlegt, Mischkultur zu machen, sondern wie haben zusammen das gemacht, was uns Spaß macht. Ohne große Theorie, einfach so, haben wir angefangen, zusammen zu spielen. Genau das hat den Leuten gut gefallen.

An die müden Menschen des Abendlandes

Du, müder Mensch des
Abendlandes
bleib mir nicht so fern
und nicht so fremd.
Dieses Herz und diese Hände
sind Geschenke aus Anatolien.
Ich grüße euch alle.
Versessen bin ich nicht
auf euer Brot oder Wasser.
Gekommen bin ich,
um mich neben euch zu setzen
und zusammen Lieder zu singen.

Radikal: Und diese ersten Versuche vor den Streiktoren haben zur Gruppe „Morgenland" geführt?

Nedim: Wir hatten ein ganz normales Gewerkschaftsband-Programm mit 35-Stunden-Woche und Hurra und so weiter. Georg und ich haben sehr schnell gemerkt, daß das nicht die richtige Sache war. Uns kam das vor wie Dallas auf gewerkschaftliche Art. Gerade da haben wir ein Lied, das jetzt auch auf der Platte ist, komponiert — „Vielleicht". Das war sozusagen unser Gedanke, wie man politische Musik machen kann — wenn überhaupt. Und zwar immer eine andere Ebene zu suchen, auf der es nicht um die aktuellen Dinge geht, das heißt, auch darum, aber ein bißchen höher, ein bißchen anders.

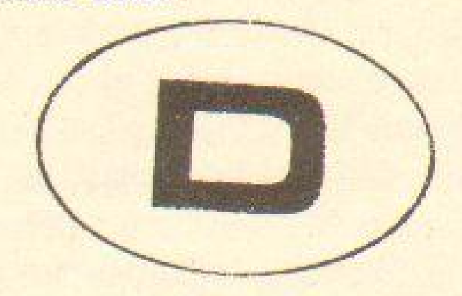
Bei diesen Gewerkschaftsliedern hörten die Menschen gar nicht mehr zu. Wir sind danach runtergegangen von der Bühne direkt zu den Menschen, Georg und ich, und da war das plötzlich völlig anders — die Leute hörten uns zu ... Das Programm, das wir während des Streiks und in der Zeit danach zusammengetragen haben, hat den Leuten in Recklinghausen gut gefallen — die suchten für ein Stück einen Türken — damit bin ich reingekommen — sie suchten auch noch einen Musiker — damit ist Georg reingekommen. Unser Programm haben sie danach erst richtig entdeckt. Das gehört heute zu den meistgespielten Programmen der Ruhrfestspiele.

Wir sind damit schon durch die ganze BRD gereist — mitunter sind wir in Orten aufgetreten, wo kein einziger Türke wohnt. Das war schon manchmal seltsam, wir haben vor 800 Kollegen gespielt, die mit den allermeisten Liedern direkt überhaupt nichts zu tun hatten, weil es eben um die Türkei etc. ging. Und trotzdem fanden sie das gut. Irgendwann ist die Idee entstanden, das Ganze als Platte aufzunehmen.

Die Musik ist im Radio mehrmals gelaufen, wir haben bis jetzt fünf Exclusivsendungen gehabt bei verschiedenen Anstalten. Wir haben einen Video-Clip von Max und Gülistan auf dem Nippeser Markt aufgenommen — das ist auch schon ein paarmal im Fernsehen gelaufen. Während der Herbst-Tournee (20. Oktober bis 25. November) werden wir auch noch ein paar Fernsehauftritte haben.



radikal: Mich interessiert noch genauer, wie ihr zu eurer Musik gekommen seid? Ihr nehmt eure Texte viel von Nazim Hikmet und anderen türksichen Dichtern — wie kriegt ihr eine Musik dazu hin — da sind ja sehr viele unterschiedliche Elemente drin.



Nedim: Bei der musikalischen Zusammensetzung haben wir erst mal die totale Freiheit gelassen, aber irgendwann dann Grenzen gezogen. Z. B. fängt die Grenze für uns da an, wo türkische Musik, oder auch deutsche, oder irgendwelche andere untergeordnet wird z. B. durch die Verwendung falscher Instrumente. Die Saz, die Surna, die Geige — also mehr die traditionellen Instrumente, die haben ihren Platz auf der Platte, die treten nicht völlig in den Hintergrund, aber die sind auch nicht ganz vorne. Genauso Saxophone, Piano, Schlagzeug etc.

radikal: Ihr dosiert das ja von Stück zu Stück sehr unterschiedlich. Für meine Hörgewohnheiten zunächst mal sehr ungewohnt. Üblicherweise spielen Gruppen mit mehr oder minder gleicher Besetzung ihre Stücke durch.

Nedim: Uns geht es um die Interpretation. Nimm z. B. Max und Gülistan, da haben wir uns die dritte Generation Türken hier in der BRD vorgestellt. Ein totaler Popper vom äußeren her, mit einem Walkmen auf, bei dem aus der einen Seite türkische Klänge — aus der anderen Disko-Klänge herauskommen. Deshalb haben wir unten einen Funk-Baß genommen und darauf eine ganz traditionelle türkische Melodie gelegt. Man muß jedes Lied für sich sehen. Dann kommt noch dazu: Das, was auf deutsch gesungen wird, ist ganz anders dekoriert als das, was auf türkisch gesungen ist.

Wir behaupten, wahnsinnigerweise, daß orientalische Musik, türkische Musik in den nächsten paar Jahren in sein wird! Wenn wir davon ausgehen, müssen wir dafür sorgen, daß unsere Musik für westliche Hörgewohnheiten immer ein Stück fremd bleibt. Wenn wir Disco-Sound daraus machen würden, würde viel zu viel davon kaputt gehen. Lieber sollten wir nach neuen Tänzen suchen, die man auf diese ungeraden Rhythmen tanzen kann. Das fände ich wahnsinnig interessant, wenn man sowas hinkriegen könnte, auch für Discos.

radikal: Es gibt ja eine ganze Reihe musikalischer Experimente in Richtung Orient-Oxident. Cem Caraca z. B. spielt mehr oder weniger Rockmusik und legt türkische Melodien darauf. Oder Türk Rock Alex, ein Deutscher, der auf der Saz anstelle der E-Guitarre spielt. Was hälst du von solchen Sachen?



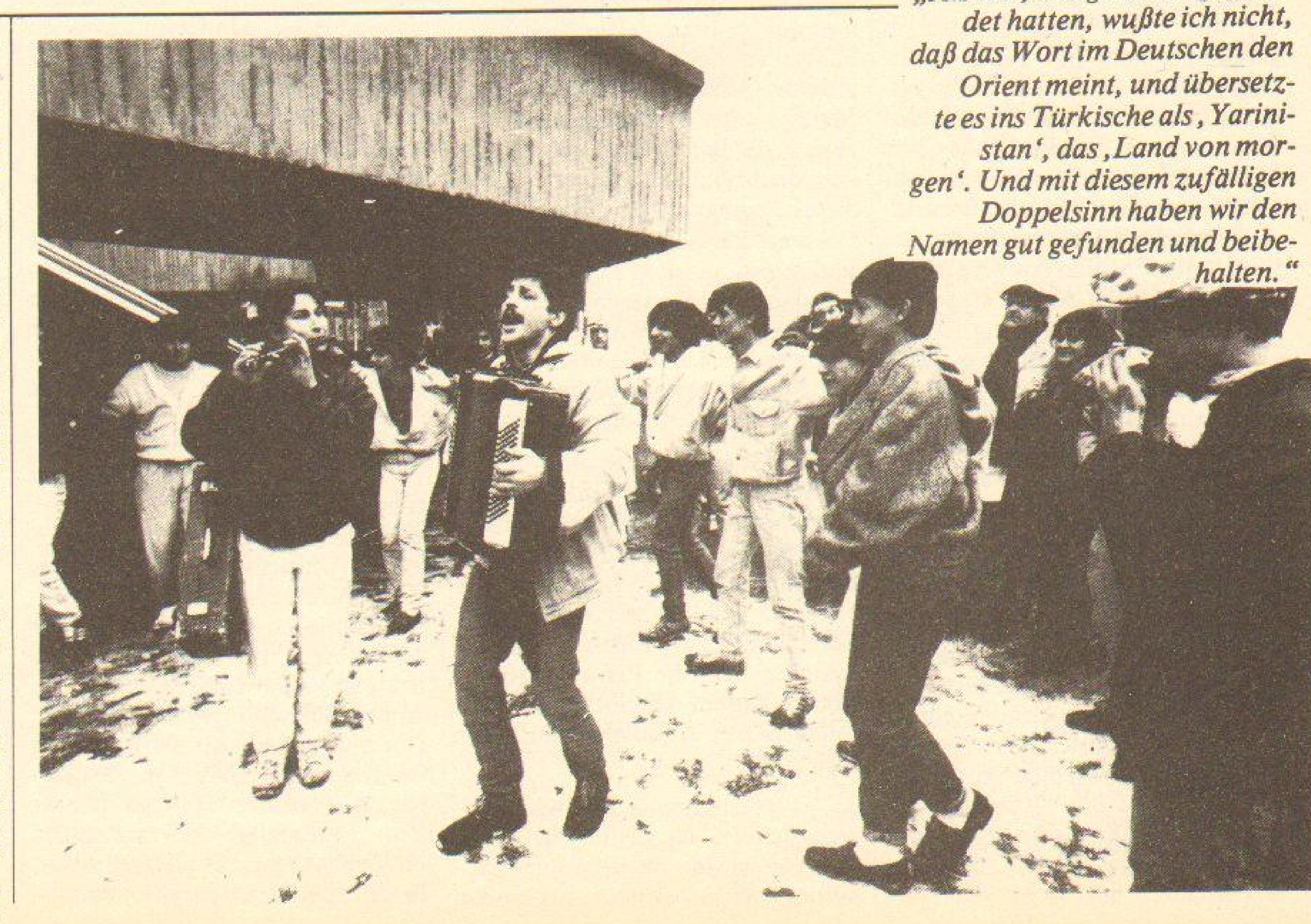
Nedim: Türk Rock Alex spielt seine Sachen schon seit 15 Jahren und hat quasi seine eigene Branche in der Pop-Musik — was soll man dazu sagen? Ich finde das auch irgendwie gut, und er soll weiter in der Richtung machen. Er spielt keine türkische Musik ... Cem ist vielleicht für Türken in der Türkei momentan immer noch was, aber die Musik, die er jetzt drauf hat, das gibt er wohl auch zu, ist zehn Jahre zu spät für Deutschland. Was ich bei ihm auf jeden Fall schade finde, ist, daß er nicht genug von unserem eigenen Instrumentarium, von unserem Rhythmus gebraucht.

Ich meine, die Emigranten in Europa sollten langsam anfangen, ihre eigene Kultur zu entwickeln. Die weder deutsch oder französisch ist, noch türkisch oder algerisch. Eine Art Minderheitskultur vielleicht.

Man kann nicht dauernd Kultur aus der Türkei exportieren. Man kann nicht dauerhaft mit dem Gedanken im Kopf leben, irgendwann zurückzugehen und solange halt hier weiterzuleben in türkischer Kultur. Genausowenig ist allerdings der Gedanke, eingedeutscht zu werden, richtig. Das kann man auch nicht machen. Was heißt hier eingedeutscht ... ich finde es z. B. schade,

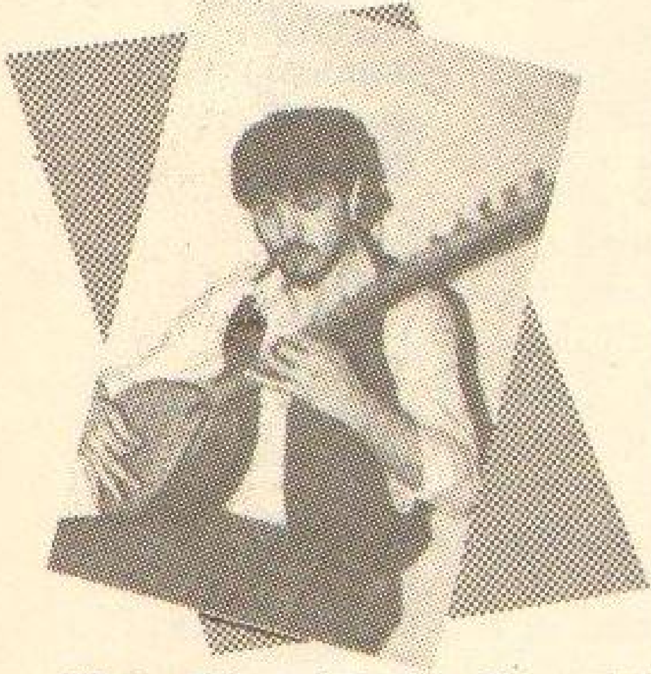
„VIELLEICHT" ist die Geschichte, die Hoffnung und die Musik des türkischen Sängers NEDIM HAZAR in der Emigration. „VIELLEICHT" ist ein hoffnungsfroher anatolischer Morgengruß, der den ganzen Reichtum der türkischen Kultur den müden Menschen des Abendlandes zu Füßen legt. „VIELLEICHT" der Anfang vom Ende der Mauer des Schweigens zwischen den Kulturen.

MORGENLAND



„Als wir ‚Morgenland' gegründet hatten, wußte ich nicht, daß das Wort im Deutschen den Orient meint, und übersetzte es ins Türkische als ‚Yarinistan', das ‚Land von morgen'. Und mit diesem zufälligen Doppelsinn haben wir den Namen gut gefunden und beibehalten."

daß Kinder hier in dem Klima von Ausländerfeindlichkeit etc. aufwachsen und darüber schnell dazu kommen, ihre türkischen Eltern zu verleugnen. Ich habe auch ein Kind, und ich fände es gut, wenn er stolz darauf wäre, obwohl er hier geboren ist, obwohl er als Kölner aufwächst, daß seine Eltern eine andere Kultur haben.



radikal: Für mich ist diese Art Musik, diese Vermischung verschiedener Kulturen, wie ihr sie macht, deshalb so interessant, weil ich neue Dinge kennenlerne, meine Ohren können sich in neue Klänge hineinhören. Es kommen Einflüsse einer „Volksmusik" zusammen mit der vorwiegend von Modeströmungen und Profitinteressen bestimmten westlichen Musik ...

Nedim: Mit dem Begriff „Volkskunst" wird viel Schindluder getrieben. Ich begreife „Volkskunst" nie als konservativ. Es gibt Musiker, die sehen es als das wichtigste an, jeden Ton, jede Liedzeile möglichst originalgetreu wiederzugeben. Das finde ich ganz falsch. Wir haben da einen Schatz in der Türkei. Die „Volksmusik" dort ist ein richtiger Schatz. Davon nehmen wir, aber wir leben hier in der Bundesrepublik und müssen es hier neu und anders mit Leben füllen.

Ich möchte Sachen, Texte und Musiken entwickeln, die vielleicht für Deutsche und Türken neu sind. Wenn du politische Musik machen willst, mußt du weit über diese platten Agit-prop-Sachen hinausgehen. Alles andere empfinde ich sogar eher als schädigend. Der fortschrittliche Aspekt soll so sein, daß er nicht nur im Text sich widerspiegelt. Z.B. möchte ich in Frage stellen, ob man unbedingt singen Streiktoren. Wir haben da am Tag etwa sieben Streiktore abgeklappert. Wir haben von einem Lkw herunter gespielt. Alles immer nur diese Dinger über 35-Stunden-Woche und jetzt erst recht, wirklich platte Texte und einfältige Melodien ... Die Leute wollten das einfach nicht hören, die hat das nicht interessiert. Sie stehen da ja, weil sie streiken für die 35-Stunden-Woche, und dann sollen sie sich auch noch die ganze Zeit solche Lieder anhören ...

Ich habe mal an einer Diskussion innerhalb der IG Druck und Papier teilgenommen, da ging es auch um Musik und Kultur. Ich habe gesagt, daß ich Gewerkschaftslieder normalerweise sehr schlecht finde, nur eins davon habe ich davon gut gefunden, und ich habe es zusammen mit Georg vorgespielt und gesungen. Es war ein etwa zweihundert Jahre altes englisches Bergarbeiterlied und heißt „The Blackcliff Miners". Vom Text her ist es nicht so ganz astrein, es sagt z.B. Ich haue dir was auf die Nase, wenn du nicht in die Gewerkschaft eintrittst. Aber es ist ein so lebendiges Lied. Und danach sind wir ziemlich angegriffen worden — wieso wir meinen würden, daß Arbeiterlieder, Gewerschaftslieder so schlecht seien. Ich habe geantwortet, wenn man sagt, die Arbeiterklasse ist die fortschrittlichste Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft, dann muß die Arbeiterklasse doch auch eine entsprechende Musik, eine entsprechende Kunst haben. Wenn das nicht so ist, wenn viele Lieder z.B. ganz einfach schlecht sind, was soll das dann ...



radikal: Was hälst du eigentlich von all den „Deutsch-Rockmusikern" von BAP bis Groenemeyer, von Klaus Lage bis zu Ulla Meinecke — die ja alle irgendwie Mainstream-Musik machen und Texte, die so ein bißchen Anspruch haben?



rität ausnutzen und sich in der Öffentlichkeit für fortschrittliche Sachen stark machen, durch Erklärungen, durch Konzerte etc.

radikal: Welche Schwierigkeiten hast du als ausländischer Künstler in der BRD?

Nedim: Es ist eine Ausnahme, daß ich z.B. als ausländischer Künstler in Recklinghausen eine Gage bekomme, engagiert worden bin. Sowas ist normalerweise für ausländische Künstler hier in der BRD so gut wie unmöglich. Die kriegen keine richtigen Konzerträume, wir sind sozusagen auch da eine absolute Ausnahme.



Oder nimm Radio und Fernsehen — im Fernsehen, im WDR, gibt es wöchentlich eine halbe Stunde in türkischer Sprache. Im Radio vierzig Minuten täglich. Das finde ich für eine Minderheit von eineinhalb Millionen Menschen fast gar nichts. Man hat von uns ein Interview und Lieder gesendet im türkischsprachigen Radioprogramm. Von den vierzig Minuten waren zwanzig Minuten über uns. Du sagst, du fändest solche Workshops mit deutschen und türkischen Jugendlichen gut — aber wo sind die Mittel und die Räume dafür? Oder man findet im Moment auch wie jedes deutsch verstrahlt wird ... Ich kann nicht jemanden wählen, der das abschaffen will. Obwohl ich hier lebe. Ich sehe auch in der fernen Zukunft einen Zugang der Ausländer hier in der BRD zur Kultur nur möglich durch eine politische und rechtliche Gleich-

Max und Gülistan

Er hat sie auf dem Marktplatz
das erste mal geseh'n.
mit Tüten und mit Taschen
blieb sie am Obststand steh'n.
Zwischen Äpfeln und Tomaten,
Salat und Paprika,
dunkle Augen wie Oliven,
rabenschwarzes Haar.
Das Lächeln und die Blicke,
mit denen sie sich ansah'n,
war der Anfang der Geschichte,
von Max und Gülistan.

Er trut ihr ihre Taschen
bis vor die Wohnungstür,
sie sagte: »Du, sei leise,
mein Vater der ist hier.«
Suchte ihre Schlüssel
und zog ein Kopftuch an.
»Ich möchte keinen Ärger,
wir seh'n uns irgendwann.
Mein Vater hatte Nachtschicht
und ist vielleicht schon wach,
ich muß jetzt Essen machen,
sonst gibt es bei uns Krach.
Der Hodja und mein Vater
erlauben sowas nicht
und Fensteraugen sehen
und Nachbarsmund, der spricht.«

Sie trafen sich ganz heimlich,
im kleinen Eiskaffee,
Max war etwas aufgeregt
und schüchtern wie ein Reh.
Gülistan, die machte
es dem Max nicht schwer.
Nahm ganz leise seine Hand:
»Du ich mag dich sehr.«
Aber weit weg in der Türkei,
im kleinen Dorf Cinar,
wartete der Mann,
dem sie versprochen war.
Sie packte ihren Koffer,
nach einer langen Nacht
und nur die Mutter wußte,
was Gülistan da macht.
Doch Hodja, Haß und Sprüche,
die schafften's einfach nicht
Sie lachten ihre Liebe
Allen ins Gesicht.

verständnis. Wenn sie nicht mehr mit einem Auge zurück in die Türkei schielend hier quasi auf Abruf leben, vertreten sie auch ganz anders ihre Belange hier. Dieser Gedanke, jetzt spare ich hier ein paar Jahre und dann gehe ich zurück, ist de facto gestorben. Die Realität nahezu aller derer, die zurückgegangen sind, hat in der Realität die Unmachbarkeit dieses Wunsches gezeigt. Faktisch gibt es für uns hier keine vorübergehende Lebenssituation mehr, wir müssen nur noch lernen, zu akzeptieren, daß dem so ist.



YARINİSTAN

muß „Weg mit dem Faschismus"? Man kann das auch ganz anders beschreiben, universaler — man muß überlegen, daß man gegen die ganze Struktur der Medien zu kämpfen hat, wenn man heute etwas Fortschrittliches, Politisches machen will. Wenn man dann nicht zumindest den Versuch unternimmt, qualitativ, künstlerisch besser zu sein, ist man von vornherein zum Scheitern verurteilt.



radikal: Mir fällt bei vielen Künstlern mit politischen Anspruch, gerade aus dem gewerkschaftlichen, aber auch aus dem DKP-orientierten Spektrum auf, daß ihr musikalisches und textliches Niveau die Zuhörer eigentlich für dumm, für bescheuert erklärt ...

Nedim: Das war für Georg und mich eine ganz konkrete Erfahrung, während dieser Konzerte vor den

Nedim: Zunächst muß man wohl feststellen, daß das eine deutsche Eigenart ist. Das hat man nicht in England, das hat man nicht in den USA, so viele Musiker, die textlich auf einem höheren Level sind, die anspruchsvollere Texte bringen. BAP fand ich bis auf die letzten Sachen eigentlich interessant, alleine schon durch ihre eigene Sprache. Aber insgesamt, finde ich, fehlt da was.

Für mich gehören Text und Musik immer zusammen, bilden eine Einheit. Deshalb kannst du solche Sachen, wie sie im Moment im gewerkschaftlichen Bereich teilweise bis zum Erbrechen gemacht werden, nicht machen: einfach so Schlagertexte wie das mit der Nordseeküste nehmen und da nur neue Texte drauflegen. Okay, das kann als Parodie mal ganz lustig sein, aber als ernsthaftes Lied haut das nicht hin. So ein bißchen in der Richtung empfinde ich aber die allermeisten der deutschen Musiker, die du angesprochen hast. Ich finde es allerdings gut, daß eine ganze Reihe von ihnen ihre Popula-



bei deutschen Musikern viel Interesse für unsere Skalenmusik. Warum wird nicht an der Musikhochschule ein Fach „Türkische Musik" eröffnet? Die allermeisten von uns sind doch hier, um hier zu bleiben!

Dazu muß ich sagen, das Hauptproblem ist, daß die Ausländer, daß wir Türken nicht politisch gleichberechtigt sind. Wir haben keinerlei bürgerliche Rechte. Ich habe z.B. nicht die Möglichkeit, jemand anderen zu wählen (unabhängig, was man von den zur Auswahl stehenden Alternativen halten mag und vom Parlamentarismus überhaupt), obwohl mein Kind genauso stellung. Und das ist sicher auch unter den herrschenden Bedingungen machbar, das hat das Beispiel anderer Länder gezeigt. Da muß man wirklich was tun in diesem Bereich Kultur, wenn man irgendwie weiter zusammenleben will und es nicht in Richtung 33 gehen soll.

radikal: Wen meinst du mit man?

Nedim: Einerseits sicher die Deutschen. Aber sehr stark auch die Ausländer. Die Türken hier z.B. müssen es endlich kapieren, daß sie zu einer Minderheit hier in diesem Land geworden sind. Wenn sich diese Einstellung durchsetzt, verändert sich an deren Haltung zum Leben auch etwas. Noch haben nur sehr wenige solch ein Selbst-



Mitteilung

Das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung teilt mit:

Am 12.7. traf sich eine Arbeitsgruppe, um inhaltlich und organisatorisch den Kongreß vorzubereiten, den die in der gemeinsamen Vollversammlung und der gemeinsamen Beilage zusammenarbeitenden Organisationen AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA im Herbst veranstalten. Die Arbeitsgruppe — vertreten waren BWK, GIM, KG (NHT), KPD und als Gast die Gruppe IV. Internationale — traf folgende Vereinbarungen:

Betrifft den Kongreß: „Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion"

1. Der Kongreß findet am Samstag/Sonntag, den 1./2. November 1986, in Köln statt. Er beginnt am Samstag um 13.00 Uhr mit Arbeitsgruppen (bis ca. 20.00 Uhr). Auf dem Plenum am Sonntag (Beginn: 9.30 Uhr) soll eine Schlußerklärung erörtert und verabschiedet werden, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenfaßt. Der Kongreß wird am Sonntag gegen 13.00 Uhr beendet sein.

2. Die Arbeitsgruppen werden zu folgenden Themen stattfinden und dabei sowohl die theoretischen Grundlagen — Übereinstimmungen und Differenzen der beteiligten Organisationen — wie Schlußfolgerungen für die Praxis behandeln:

a. Wirtschaftspolitik in der BRD: konservative und sozialdemokratische Strategien
b. Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Arbeitszeitgesetz
c. Sozialsystem in der BRD
d. Europastrategien des Kapitals
e. Außenpolitik der BRD: NATO-Bündnis und EG-Interessen, Entspannungs- und Konfrontationspolitik
f. BRD und Dritte Welt (Schwerpunkte: Mittelmeerraum und Südafrika)
g. Faschisierung und antifaschistischer Kampf
h. Konservativer Angriff auf die Frauen

3. Der Kongreß ist öffentlich. Die Interessenten sind gebeten, sich bis zum 15. Oktober beim Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung anzumelden (entweder: c/o BWK, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel.: (0221) 216442; oder: c/o KPD, 4600 Dortmund, Postfach 300526, Tel.: (0231) 433691). Ihnen werden die schriftlichen Materialien zum Kongreß zugeschickt, sobald diese vorliegen.

4. Die Arbeitsgruppe tritt sich am 4.9. erneut, um einen Aufruf zum Kongreß zu erarbeiten, die Themen der Arbeitsgruppen und ihre Arbeitsweise näher zu bestimmen und weitere inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen zu treffen.

Aufgespießt

Straßenbahn fuhr führerlos durch Zürich

Zürich (ap) – Eine leere Straßenbahn hat sich am Freitag in Zürich selbstständig gemacht und ist ohne Wagenführer rund zwei Kilometer durch die Stadt gefahren. An einer Haltestelle vor dem Bahnhof fuhr die „Geisterbahn" auf eine stehende Straßenbahn auf. Dabei wurde eine Person verletzt. Wie die Polizei mitteilte, hatte ein Wagenführer die Straßenbahn aus einem Depot geholt und dann die Fahrerkabine verlassen, um eine Weiche zu stellen. Da fuhr die Bahn los. Der Fahrer versuchte vergeblich, noch auf die Bahn aufzuspringen, und verfolgte die führerlose Bahn mit dem Auto.

„Ich frage mich, ob wir vorher schon mal einen Kanzler gehabt haben, der sich der Frauenprobleme in jüngster Zeit so sehr angenommen hat wie er."

Rita Süssmuth (CDU) über Kohls Haltung in der Frauenfrage

„Ein Volk von Jammerlappen"

Kurt Fiebich, Aktionär, auf der VEW-Hauptversammlung über die Reaktionen der Menschen auf Tschernobyl

Mehr Polizei statt Gesetze

Hilden. (wda) Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt davor, nach dem Mord an Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts und seinem Chauffeur neue Gesetze gegen Gewalttäter zu fordern. (...) GdP-Vorsitzender Günter Schröder fordert 25000 zusätzliche Polizisten zur Eindämmung des Terrorismus.

(Welt der Arbeit, 17.7.86)

„Nicht schießen, Herr Hillermeier, der Chaot könnte ihr V-Mann sein."

Plakattext eines Demonstranten bei der WAA in Wackersdorf

„Möglicherweise ist Rau schöner als Kohl, ob er aber schöner ist als ich, wage ich zu bezweifeln."



CDU-Generalsekretär Heiner Geißler

Hauptsache Kandidat

Ins Gespräch zu kommen ist alles. Heinz Suhr, grüner Bundestagsabgeordneter, beherrscht diese Disziplin besonders gut: kurz bevor in Bayern die neuen MdB-Kandidaten gekürt werden, bewegte er sich pressewirksam auf einem Solarmobil Richtung Bundespressekonferenz, um dort eine „Energiewende" zu fordern. Ob seine Basis ihn deshalb wählen wird, ist ungewiß, denn einen Schönheitsfehler hat die Suhr'sche Aktion: das Solaromobil wurde vom österreichischen Rüstungskonzern Steyr-Puch gesponsored.

Variationen zum Thema: Vaterland

Lerninhalt

Zehnjährige müssen es auswendig lernen: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt". Selbstverständlich auch die folgende Ergänzung zum Erdkunde-Unterricht: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt."

Völlig falsch: Die Rede ist nicht von einem Gruppenabend der Wiking-Jugend, sondern vom Lehrplan baden-württembergischer Grundschulen. Das Erlernen aller drei Strophen des Deutschlandliedes gehört hier nämlich zum Lerninhalt der vierten Klasse. So will es der Kultusminister Meyer-Vorfelder. Meyer-Vorfelder, auch mit Wiederbelebungsversuchen der unsäglichen Zwergschule befaßt, beklagt, daß in der jüngeren Generation „eine Tendenz zur gänzlichen Ablehnung nationaler Symbole" bestünde. Er sieht es als „Aufgabe der Bildungseinrichtungen", bei der Vermittlung nationaler Symbole darauf zu achten, „daß die Schüler ein normales Verhältnis zu ihrer Nation bekommen."

Mit sicherem Instinkt, wie er Unionspolitikern offensichtlich zusammen mit der Gnade der späten Geburt in

Vater-
land!

die Wiege gelegt wird, weiß Meyer-Vorfelder beispielhaft zu erläutern, was national-gesinnungsmäßig normal ist: „Die Franzosen arbeiten ihre Geschichte des Dritten Reiches auch auf, die in Frankreich gar nicht viel einfacher war als die Geschichte des Dritten Reiches bei uns." Aber kein Franzose käme auf die Idee, dem Schulminister



Vorwürfe zu machen, daß er die Schüler alle sieben Strophen der Marseillaise auswendig lernen läßt.

Jetzt wissen wir es: Meyer-Vorfelder hat zur deutschen Geschichte ein so normales Verhältnis wie zur französischen. Er nimmt es den Franzosen nicht übel, daß sie heute noch die Marseillaise singen, von der er weiß, daß sie 1792 als Kriegslied (!) gegen (!) die Deutschen (!) geschrieben wurde.

Wer also könnte was dagegen haben, daß Baden-Württembergs Zehnjährige „Deutschland, Deutschland über alles" schmettern und Maas und Memel heim ins Reich gröhlen?

Meyer-Vorfelder jedenfalls sieht offensichtlich keinen anderen Weg, die Rekrutierungsprobleme der deutschen Wehrsportgruppen zu lösen.

(hdk)

VATERLAND
vaterland



Variationen um das Wort Vaterland. Übungsarbeiten der Staatlichen Hochschule für bildende Künste, Hamburg.

CDU auf Abwegen?

CDU Christlich-Demokratische Union Landesverband Hamburg e. V.

CDU, Leinpfad 74, 2000 Hamburg 60

Buchhandlung
Thälmann
Margaretenstraße 55

2000 Hamburg 6

Der Landesvorsitzende

Leinpfad 74
2000 Hamburg 60
Tel. (040) 4 60 10 11
Telex 2 13 585
Wolbernbank 80/080
(BLZ 200 309 00)

19.06.1986
e-p/schne

Sehr geehrter Herr Thälmann,

1986 und 1987 sind politisch außerordentlich wichtige Jahre, insbesondere für uns in Hamburg.

Sie wissen: wir denken an die kommenden Wahlen. Das Ergebnis in Niedersachsen hat ganz deutlich gemacht: Jetzt geht es um mehr als bei vielen Wahlen in der Vergangenheit. Die nächsten Wahlen entscheiden wie bisher kaum andere über unsere Zukunft: darüber, ob der positive Trend sich fortsetzt oder ob wir wieder in eine neue, dann um so schlimmere Stagnation hineinschlittern.

Deshalb tragen wir heute die Bitte an Sie heran, uns besonders in diesem Jahr der Bürgerschaftswahl und der Vorbereitung auf die Bundestagswahl durch Ihre Spende zu unterstützen. Es geht um unsere Zukunft in Hamburg und der Bundesrepublik Deutschland.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Thälmann, schon jetzt herzlich für Ihre Unterstützung unserer Arbeit.

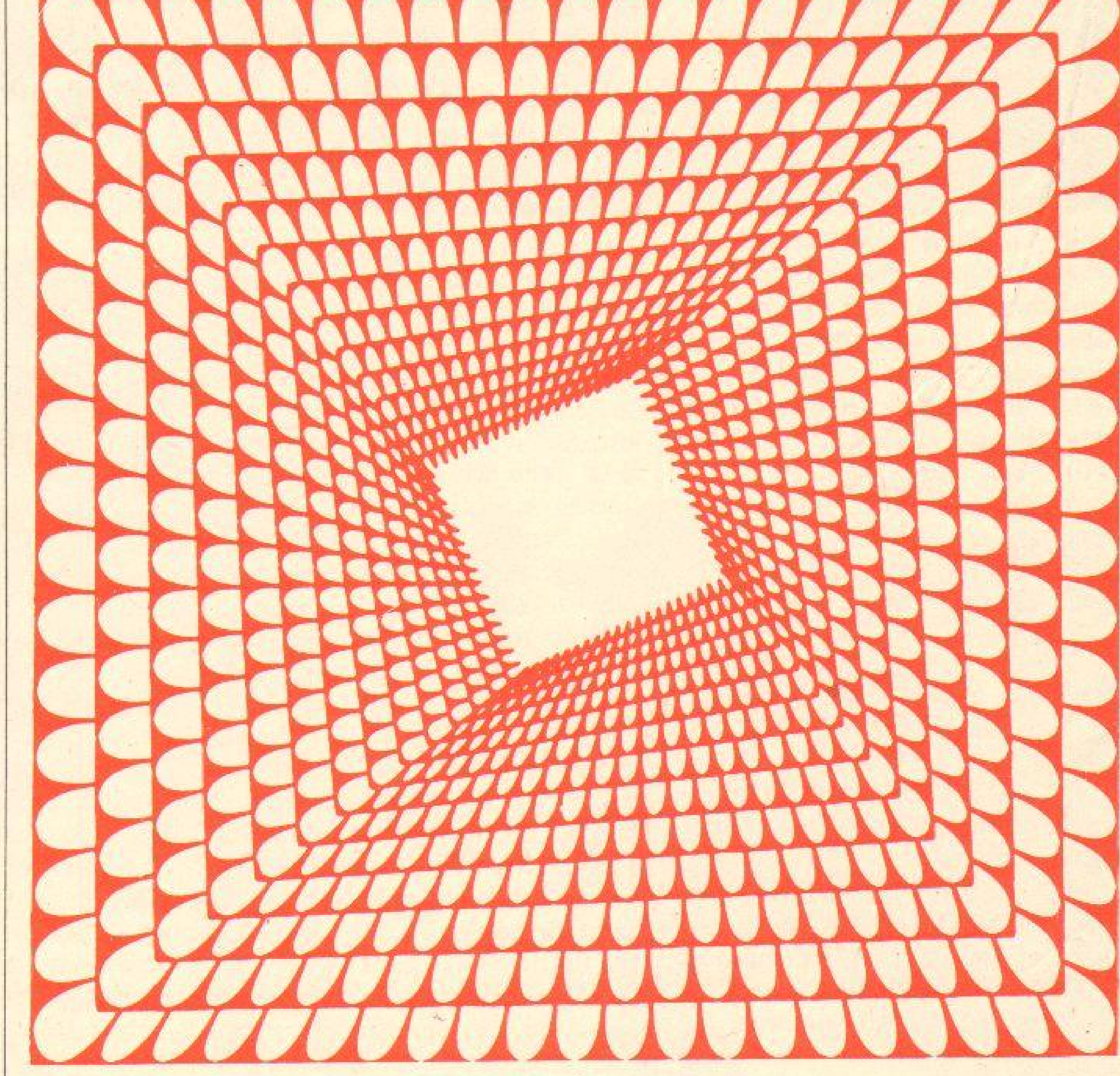
Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Echternach, Landesvorsitzender der CDU

Hartmut Perschau, CDU-Bürgermeister-Kandidat

Sehr geehrte Frau CDU,
hiermit teilen wir Ihnen mit, daß die Geschäftsführung unserer Buchhandlung von Herrn Thälmann an Frau Rosa Luxemburg übergeben wurde.
Mit freundlichen Grüßen

Ernst Thälmann



Das Sommerloch